



Johann Emter:

Innovative Verwertung von Klärschlamm

Mit einer hochmodernen Klärschlammverbrennungsanlage schafft das Unternehmen dringend benötigte Kapazitäten im Oberland. **Seite 11**



Dr. Werner Schnappauf:

Entschlossen gegen Trinkexzesse vorgehen

Jugendliche über die Folgen von Alkoholkonsum intensiv zu informieren, hat nach Ansicht des Gesundheitsministers oberste Priorität. **Seite 2**



Dr. Edmund Stoiber:

Auszeichnung mit „Zukunftspreis 2007“

Für ihre wegweisende Haushaltspolitik wurden der Ministerpräsident und Finanzminister Falthaus vom Bund der Steuerzahler gewürdigt. **Seite 2**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 22. März 2007

58. Jahrgang / Nummer 6



Die Vilshofener Preisträger - Karlheinz Ebner, 3. Bürgermeister, Hans Gschwendtner, 1. Bürgermeister und Georg Krenn, 2. Bürgermeister - in die Mitte genommen haben Wirtschaftsminister Erwin Huber (l.) und Landrat Hanns Dorfner (2. v. l.) sowie die Staatssekretäre Georg Schmid (2. v. r.) und Franz Meyer (r.). Gemeinsam mit Vilshofen wurden Bamberg und Mertingen ausgezeichnet. □

Bamberg, Mertingen und Vilshofen:

Dreifache Freude

Bayerischer Qualitätspreis 2007 an „wirtschaftsfreundliche Gemeinden“

Kleines Jubiläum für den Bayerischen Qualitätspreis: Zum 10. Mal wurde er heuer in der Münchner Residenz an „wirtschaftsfreundliche Gemeinden“ verliehen. Wirtschaftsminister Erwin Huber beehrte die Ehrung für Bamberg, Mertingen und Vilshofen als „ein weiteres Beispiel für die sich verändernde Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft“.

Die Kommunen könnten dabei durchaus auch von Unternehmen lernen, erläuterte Huber. Auch die Standorte stünden zunehmend im globalen Wettbewerb. Es gehe um Investitionen, Betriebserweiterungen oder Neuanstellungen. Dies stelle die Verwaltungen vor neue, teilweise auch ungewohnte Herausforderungen. Investoren könnten heute zwischen einer Vielzahl von Standorten wählen, weshalb sie mit ganz bestimmten Anforderungsprofilen aufräten.

Dienstleistung für gleichrangige Partner

Dies wiederum bringe einen tief greifenden Wandel mit sich. Heute stehe die Dienstleistung für gleichrangige Partner im Vordergrund, nicht mehr die klassische Hoheitsverwaltung. Es gehe darum, gemeinsam zu tragfähigen Lösungen zu kommen. „Mit dem Qualitätspreis wollen wir die Kommunen dafür moti-

vieren, noch kundenorientierter und bürgerfreundlicher zu handeln“, betonte der Minister. Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen sollten dauerhaft optimiert werden.

Kommunen profitieren

Größter Profiteur eines gelebten Qualitätsgedankens seien die Kommunen selbst. Motivierte



Den Erwerb des Londoner Design-Wolkenkratzers „The Gherkin“ finanzierte die BayernLB gemeinsam mit ihrer Tochter Real LS AG. Damit ist die größte Verkaufstransaktion einer Büroimmobilie in London erfolgreich abgeschlossen. Insgesamt bietet der 180 Meter hohe, wegen seiner Form als „Die Gurke“ bekannte Wolkenkratzer 47.035 qm Bürofläche für 4.000 Menschen auf 40 Obergeschossen. Was die S-Finanzgruppe, die Genossenschaftsbanken und die Privatbanken an Finanzthemen für Bayerns Kommunen bieten, berichten wir auf den Seiten 5 bis 10 in dieser GZ-Ausgabe. □

Mitarbeiter und zufriedene Nachfrager stellen einen wichtigen Wettbewerbsvorteil dar. Hubers Appell: „Nutzen Sie ihn konsequent für die Weiterentwicklung Ihrer Gemeinde!“

Als Vertreter der wirtschaftsfreundlichen Gemeinde Bamberg nahm Oberbürgermeister Andreas Starke anschließend einen der drei Qualitätspreise entgegen. Laut Würdigung ist die Stadt Bamberg mit ihren rund 70.000 Einwohnern das wirtschaftliche Zentrum des Regierungsbezirks Oberfranken mit einer traditionell starken Stellung in der Elektronik- und Automobilzulieferindustrie. Die oberfränkische Stadt ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort mit annähernd 50.000 Arbeitsplätzen.

Neben der traditionell starken Industrie und dem Handwerk hat sich (Fortsetzung auf Seite 4)

Nachhaltige Kommunalentwicklung:

Den Wandel gestalten

Tagung des Bayerischen Gemeindetags in Neumarkt i. d. OPf.

Weniger Kinder, mehr Senioren und ungleiche Wanderungsbewegungen verändern das Gesicht der Städte und Gemeinden. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge sind betroffen, der Standortwettbewerb zwischen den Kommunen gewinnt an Schärfe. Mit den Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort setzte sich jüngst eine vom Bayerischen Gemeindetag, dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und dem Bayerischen Umweltministerium veranstaltete Tagung in Neumarkt i. d. OPf. auseinander.

Laut Gerhard Dix vom Bayerischen Gemeindetag sind beim demografischen Wandel bayernweit deutliche regionale Unterschiede anzutreffen: Während um den Spessart und die Rhön, im Bayerischen Wald sowie im Donauried die Bevölkerung langfristig abnehmen wird, ist im Umfeld um München, Augsburg und Nürnberg mit einer Zunahme zu rechnen. Diese beruht mit Ausnahme der Landeshauptstadt und des Landkreises Freising auf Zuwanderung.

Diese zu erwartende Entwicklung sei, so Dix, bei allen kom-

munalpolitischen Entscheidungen zu Grunde zu legen. Es empfehle sich, eine entsprechende Anpassungsstrategie vor Ort zu entwickeln. Grundlage für diese Strategie könnten folgende Schritte sein:

1. Ausführliche Ist-Analyse der lokalen Situation (Bevölkerungszusammensetzung, Stand der Bauleitplanung, Wohnungsbestand, Infrastruktur, Gewerbe, Arbeitsplätze, etc.)
2. Aufstellen einer Prognose über die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung
3. Erstellen einer Zielvorgabe

Wissenspotenzials der Senioren), familienfreundliche Kommunalpolitik, Integration ausländischer Mitbürger.

Viele Folgen aus dem demografischen Wandel können die



Gerhard Dix. □

Kommunen nur gemeinsam mit der Bürgerschaft bewältigen, sowohl was die Konzepte als auch deren Umsetzung betrifft. In vier parallelen Workshops wurde aufgezeigt, dass umgekehrt die Chance besteht, Lebensqualität, Bürgersinn und Gemeinschaft einen neuen Schub zu geben. Hierfür stehen zunächst exemplarisch die „Dorfläden Allgäu“: (Fortsetzung auf Seite 4)



Beispiel für bürgerschaftliches Engagement: 2004 knüpfte das Bürgerhausteam in Neumarkt ein neues „Kommunikationsnetz“. □

Sicherheit in Städten und Gemeinden:

Ein wichtiges Stück Lebensqualität

Positionspapier von DStGB und Polizeigewerkschaft

Eine unverändert hohe Kriminalitätsbelastung in zahlreichen Städten und Gemeinden, die Verwahrlosung öffentlicher Räume durch Vandalismus und illegale Müllbeseitigung, eine Zunahme der „Regelverletzungen“ und unerwünschten sozialen Verhaltensweisen verbreiten Angst und mindern die Lebensqualität der Bürger. Ein Positionspapier des DStGB in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Polizei listet eine Reihe von Möglichkeiten auf, wie diesen Missständen präventiv begegnet werden kann.

In den vergangenen Jahren hat insbesondere die Gewaltbereitschaft zugenommen. Seit 1999 ist die registrierte Gewaltkriminalität bundesweit um fast 20 Prozent gestiegen, die Körperverletzungen haben sich seit 1994 nahezu verdoppelt. Wo subjektive Furcht vor Kriminalität herrscht, nimmt laut Papier nicht nur das Vertrauen in den Staat ab, „sondern besteht auch die Gefahr, dass sich dies negativ

auf den örtlichen Handel und die lokale Wirtschaft auswirkt“.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Neben dem Appell, Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, wird dazu aufgerufen, die Gewaltprävention vom Kindergarten (mittels Rollenspielen) bis zum Alten- (Fortsetzung auf Seite 4)

für die Entwicklung der Gemeinde (unter Einbeziehung aller gesellschaftlicher Gruppen)
4. Strategien nach außen: Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden (Planung, Leistungsangebote, Aufgabendurchführung)
5. Strategien nach innen: frühzeitige Information und Einbindung der Bürger (Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, der Nachbarschaftshilfe, Nutzen des Erfahrungs- und

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kommunale Energieversorger im Existenzkampf	2
Kooperationsvereinbarung zum Regionalmanagement	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Zwang zum Handeln bei der Pflegehilfe	3
Neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum	3
Engagement gegen Kinderarbeit	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	5 - 10
Wasser · Abwasser	11/12
Kommunaler Bau	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Neues von Sabrina



Der Bürgermeister hat keine Lust mehr auf das ewige Europa-Genörgel. Spätestens im Mai zum Europatag plant er eine Fete - Imageproblem hin, Imageproblem her. Schließlich muss es nicht immer so sein, wie es eine französische Publizistin namens Brigitte Sauzay formuliert hat. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Kommunale Energieversorger im Existenzkampf

Erhöhung der Einkaufspreise, Senkung der Nutzungsentgelte und staatliche Anreizregulierung hemmen den Wettbewerb mit Konzernen

Die kommunalen Energieversorgungsunternehmen sehen sich in einem gnadenlosen Wettbewerb mit den großen, teils internationalen Konzernen - und das bei einer „Wahnsinnsbürokratie“ in Bayern und Deutschland. Von der Politik in München und Berlin fordern die rund 300 bayerischen Unternehmen eine Kursänderung, damit es statt Preisdikтата der Bundes- und Landesregulierungsbehörden Chancengleichheit für einen fairen Wettbewerb mit den Konzernen gibt.

In einem Fachforum der SPD-Landtagsfraktion im Maximilianeum, geleitet von deren wirtschaftspolitischer Sprecherin, Dr. Hildegard Kronawitter, war die Tendenz der 44 erschienenen Unternehmensvertreter und Bürgermeister eindeutig, wie es u. a. Geschäftsführer Reiner Knäusl vom Bayerischen Städtetag zusammenfasste: Wenn die Politik nicht entsprechend handle, „gehen die Stadtwerke kaputt“. In diesem Sinne habe er auch gegenüber Wirtschaftsminister Erwin Huber Stellung bezogen. Fritz Schweiger von der Erdinger E-Werk OHG bekam Zustimmung zur Feststellung, „wir sehen eine Vernichtung der Stadtwerke und des Mittelstandes“.

Vor der Diskussion hatte Dr. Graus Gebhardt, der Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg, aus den Fakten auf dem Strom-

und Gasmarkt die Folgerung gezogen, die kleinen und mittleren Unternehmen müssten sich zusammenschließen. Nur „vitale Stadtwerke“ könnten überleben.

Das Problem beginnt beim Einkauf

Das Problem beginne beim Einkauf, wo man beim Strom großenteils auf die Konzerne angewiesen sei und es beim Erdgas mit einem Oligopol Russland, Niederlande, Norwegen zu tun habe. In dieser Situation lasse es der Wettbewerb nicht zu, Gewinne einfach an alle Verbraucher weiterzugeben, zumal nur 20 % des Preises beeinflussbar seien. Gebhardt differenzierte zwischen Kleinabnehmern und Industriekunden.

Ortsnähe der kommunalen Unternehmen sei nach wie vor

ein Plus, doch seien die vielen kleinen und mittleren Unternehmen nur durch Zusammenschlüsse vital zu machen oder zu erhalten. Für die Politik gehe es um europäische, ja globale Aspekte. Dem stimmten die Forumsteilnehmer zu, auch die Sprecher der Münchner Stadtwerke und der Gewerkschaften.

Kritik an der Gesetzeslage

Hart kritisiert wurden die Gesetzeslage und die Anreizregulierung. Die Stadtwerke seien im Stich gelassen worden, sagte Bürgermeister Felix Schwaller aus Bad Aibling. Dr. Christian Prael vom Verband der Elektrizitätswerke (VBew) forderte einen wirtschaftsgerechten Um-

Mittelstands-Union München:

Lob für Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Ausdrücklich begrüßt hat jetzt die Mittelstands-Union München den Entwurf eines „Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“. Vorgesehen sind unter anderem eine Anhebung der Höchstgrenzen für den Spendenabzug sowie eine Erhöhung der steuerfreien „Übungsleiterpauschale“ von 1.848 auf 2.100 Euro. „Wir begrüßen diesen Beschluss der Bundesregierung, das Gemeinnützigkeitsrecht zu reformieren. Dies war längst überfällig und wird vor allem den Vereinen in München eine große Hilfe sein“, so Stadtrat Thomas Schmatz, Bezirksvorsitzender der Mittelstands-Union München.

Die Vergünstigungen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2007 gelten. Nun müssen noch die Bundesländer im Bundesrat zustimmen. „Wir sprechen uns dafür aus, dass auch Bayern diese Initiative nachdrücklich unterstützt“, so Schmatz. Insgesamt werden die Neuregelungen bei Bund, Ländern und Gemeinden zu ca. 440 Millionen Euro Steuerausfällen jährlich führen. Schmatz hierzu: „Wir halten dies aber für vertretbar, denn um für Bürgerengagement zu werben, brauchen wir bestmögliche Rahmenbedingungen.“

Nach dem Gesetzentwurf sollen die Höchstgrenzen für den Spendenabzug auf einheitlich 20

Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte angehoben werden.

Bisher dürfen für Spenden bis zu fünf, bzw. zehn Prozent der Einkünfte steuermindernd geltend gemacht werden. Dies stellt also eine deutliche Verbesserung dar, meint Schmatz.

Besonders begrüßt die Mittelstands-Union München, dass auch diejenigen profitieren sollen, die für ein gemeinnütziges Unternehmen 20 Stunden im Monat kostenlos alte, kranke oder behinderte Menschen betreuen. Für diese Tätigkeiten soll ein neuer Steuerabzug von jährlich 300 Euro eingeführt werden. Geplant ist ferner, die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche

Landkreistag unterzeichnet:

Kooperationsvereinbarung zum Regionalmanagement

Präsident Theo Zellner: „Ländlicher Raum wird stärker“

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, und der Bayerische Wirtschaftsminister Erwin Huber unterzeichneten eine Kooperationsvereinbarung zum Regionalmanagement. Zellner: „Jetzt können wir projekt- und umsetzungsorientiert die Entwicklung der Regionen gestalten und vorantreiben.“

In Ergänzung zur Clusterstrategie will das Regionalmanagement als zweite Säule der „Allianz Bayern Innovativ“ Entwicklungs- und Wachstumspotentiale der Regionen vor Ort erkennen und fördern. Zellner: „Die Möglichkeiten des ländlichen Raumes werden so erschlossen, gebündelt und in konkrete Projekte umgesetzt.“ Das Regionalmanagement wird von unten nach oben initiiert, ein Überstülpen von Projekten, die auf die Einzelregion nicht passen, wird damit vermieden. „Mit der Unterstützung des Regionalmanagements wird es dem ländlichen Raum möglich sein, seine Stärke selbst auszubauen und aus ihr zu profitieren.“ so der Präsident des Landkreistags. □

Betätigungen von Stiftungen und gemeinnützigen Vereinen auf 35.000 Euro Einnahmen im Jahr zu erhöhen. Derzeit muss ein Verein bis zu einer Freigrenze von 30.678 keine Steuern zahlen.

Die Mittelstands-Union München sieht in der Neuregelung die Chance für ein einfacheres Spendenrecht. Dies könnte in Zukunft die Unterstützung von Vereinen oder ehrenamtlichen Bürgerinitiativen erleichtern und die Bereitschaft hierfür erhöhen,

hofft Schmatz. Die Mittelstands-Union München fordert darüber hinaus, sich nicht allein auf das Steuerrecht zu beschränken. „Bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme von Verantwortung ist noch immer mit Haftungsfragen verbunden. Wir sprechen uns dafür aus, dass der Schutz vor Haftungsrisiken verstärkt und zudem unnötige Bürokratie aus dem Vereinsrecht herausgenommen wird, so Thomas Schmatz abschließend. □

Entschlossen gegen Trinkexzesse vorgehen

Schnappauf: Gemeinsame Verantwortung von Eltern, Schule, Industrie, Politik und Gesellschaft

Vordringlicher als eine neue Generaldebatte ist es, entschlossen gegen Trinkexzesse bei Jugendlichen vorzugehen. Dies betonte Bayerns Gesundheitsminister Werner Schnappauf in München nach dem tragischen Fall in Berlin.

Schnappauf: „Koma-Saufen auf so genannten Flatrate-Partys kommt immer mehr in Mode. Gaststätten und Diskotheken überbieten sich geradezu mit Lockangeboten von 15 Euro Saufpauschalen. Das ist unverantwortlich und verleitet regelrecht zu Trinkexzessen.“ Hier müsse sich der Gesetzgeber schon die Frage stellen, ob dagegen vorgegangen werden kann. In erster Linie sollte aber nach Auffassung Schnappaufs der

konsequente Vollzug bestehenden Rechts stehen. „Der 16-jährige, der in Berlin ins Koma gefallen ist, hätte nach geltendem Recht vom Barkeeper überhaupt keinen Schnaps bekommen dürfen“, so Schnappauf. Striktes Einhalten der Jugendschutzgesetze sind das eine; gleichermaßen wichtig ist, Jugendlichen über die Folgen von Alkoholkonsum intensiv zu informieren. Eltern, Schule, Industrie, Politik und Gesellschaft seien dem Minister zufolge hier gemeinsam gefordert, Verantwortung zu übernehmen.

Notwendig für eine gelungene Fete

Laut Gesundheitsstudie 2005 trinkt jeder zehnte Jugendliche mindestens fünf mal im Monat exzessiv, 18 Prozent der Jugendlichen trinken mehrmals in der Woche; zwei von drei Jugendlichen hatten mit 15 Jahren bereits einen Vollrausch. Darüber hinaus sei es für den Minister besonders schockierend, dass mittlerweile rund die Hälfte aller Jugendlichen Alkohol als notwendig für eine gelungene Fete erachten; 1990 war es nur jeder vierte.

Weit reichende Folgen

Die Folgen des hohen Alkoholkonsums der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind weitreichend. Schnappauf warnt vor Störungen der Gehirn-Entwicklung. Die Gehirnstrukturen, die für das Lernen zuständig sind, sind bei trinkenden Jugendlichen zehn Prozent kleiner als bei nichttrinkenden. In der Folge litten Leistungs- und Lernfähigkeit. Langfristiger Alkoholkonsum schädigt außerdem die Leber, aber auch die Bauchspeicheldrüse, den Magen und den Herzmuskel. Jährlich sterben in Bayern mehr als 6.000, in Deutschland mehr als 40.000 Menschen an den Folgen übermäßigen Alkoholkonsums. □

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister r Johann Bader
82293 Mittelstetten
am 31.3.

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister r Adolf Pielmeier
93101 Pfakofen
am 31.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister r Hans Götz
92699 Bechtsrieth
am 30.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Fahr
87640 Biessenhofen
am 31.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Szubert
86859 Igling
am 1.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Döhler
96126 Ermershausen
am 2.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Forster jun.
91809 Weilheim
am 3.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Ficker
97677 Stöttwang
am 5.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Grath
87534 Oberstaufen
am 6.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmuth Wolf
92260 Ammerthal
am 28.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Eugen Albert
97702 Münnerstadt
am 30.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ignaz Sperger
83308 Trostberg
am 4.4.

Bürgermeister Bernhard Kern

63937 Weilbach
am 5.4.

Bürgermeister Gerald Tretter

82433 Bad Kohlgrub
am 7.4.

Bürgermeister Walter Brilmayer

85560 Ebersberg
am 29.3.

Bürgermeisterin Karin Schäfer

86633 Rohrenfels
am 30.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arno Zengerle

87499 Wildpoldsried
am 1.4.

Bürgermeisterin Margit Menrad

82057 Icking
am 4.4.

Bürgermeister Josef Schweinberger

86807 Buchloe
am 8.4.

Bürgermeister Leonhard Eder

90587 Tuchenbach
am 9.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Angelika Krebs

63828 Kleinkahl
am 5.4.

Bürgermeister Josef Dachs

93479 Grafenwiesen
am 7.4.

Bürgermeister Josef Daxenberger

83329 Waging am See
am 10.4.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Schwarz

91593 Burgbernheim
am 29.3.

Erster Haushalt ohne Neuverschuldung seit 30 Jahren:

Zukunftspreis für Stoiber und Falthäuser

Bund der Steuerzahler würdigt Bayern als „Vorreiter für neue Stabilitätskultur in Deutschland“/„Bundesweit einzigartige Leistung“

Den „Zukunftspreis 2007“ des Bundes der Steuerzahler erhielten Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Finanzminister Professor Dr. Kurt Falthäuser bei einem Festakt in der Berliner Zentrale der Dresdner Bank. Die Auszeichnung wurde verliehen für „herausragende Leistungen im Wirtschafts- und Finanzsektor mit bundesweiter Bedeutung“. Gewürdigt werden sollte mit der Preisverleihung die erfolgreiche und bundesweit wegweisende Haushaltspolitik der Bayerischen Staatsregierung.

Für den Bund der Steuerzahler war es ein „bundesweit beachteter historischer Tag“, als Bayern im März 2006 erstmals seit 30 Jahren in Deutschland einen öffentlichen Haushalt ohne neue Schulden verabschiedet hat. Der Bund der Steuerzahler begründet damit den Zukunftspreis für Stoiber und Falthäuser, dass der ausgeglichene Haushalt 2006 „eine bundesweit einzigartige Leistung, als Ergebnis einer soliden und nachhaltigen an der Generationengerechtigkeit orientierten Finanzpolitik“ war. Bayern sei damit „Vorreiter für eine neue Stabilitätskultur in Deutschland“. Das Land Bayern habe sich nicht wie andere blindlings in die Verschuldung treiben lassen.

Steiniger Weg der Konsolidierung

Heute erkenne jeder Gutwillige, dass der steinige Weg der Konsolidierung Spielräume für Investitionen in Zukunftsfelder eröffnet habe, um die Bayern beneidet werde. Bayern schaffe auch mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 zum zweiten und zum dritten Mal in Folge einen ausgegli-

chenen Haushalt ohne einen Cent Neuverschuldung. Sieben Bundesländer seien inzwischen dem Beispiel Bayerns gefolgt und hätten zumindest Termine für künftige Haushalte ohne Neuverschuldung genannt.

Gegen Widerstände und Anfeindungen

Für die Landesverbände des Bundes der Steuerzahler sei diese an den Interessen der Steuerbürger orientierte bayerische Finanzpolitik vorbildlich. Die beiden Preisträger, Ministerpräsident Stoiber und Finanzminister Falthäuser hätten ihren Sparkurs gegen Widerstände und Anfeindungen durchgestanden. Sie hätten langfristig einen ausgeglichenen Haushalt geplant und auch erreicht und damit das Ende neuer Schulden durchgesetzt. Für diese herausragende Leistung mit bundesweiter Wirkung und Beachtung sei, so der Bund der Steuerzahler, der Zukunftspreis 2007 die gut begründete, verdiente öffentliche Anerkennung.

Der Bund der Steuerzahler würdigt mit seiner höchsten Verbandsauszeichnung in Form eines Löwen mit goldener Mähne herausragende Verdienste und Leistungen mit bundesweiter Bedeutung im Wirtschafts- und Finanzsektor. Der Zukunftspreis des Bundes der Steuerzahler wurde gestiftet, um über die politischen Auseinandersetzungen hinweg Menschen zu ehren, die außergewöhnliche Leistungen für die Gesellschaft erbracht haben. Voraussetzung ist eine bundesweit einmalige Leistung mit positiver und nachhaltiger Wirkung auf kommende Generationen. □

Neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum:

Von Utopien zu realen Taten

Neueste Technologien werden längst auch auf dem Land genutzt

Facettenreiche Beiträge aus Theorie und Praxis zur Tagung „Neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum - Von Utopien zu realen Taten!“ im Freilichtmuseum Glentleiten enthält eine soeben veröffentlichte Broschüre der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum. Tenor der Veranstaltung: Der ländliche Raum hat eine Chance, die es zu nutzen gilt!

Wie Univ. Prof. Dr. Dr. h. c. Alois Heißenhuber, Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaus der TU München-Weihenstephan einleitend darstellte, bestehe ein Novum der heutigen Zeit darin, dass neueste Technologien teilweise nicht mehr nur in großen Fabriken und nicht mehr nur in der Stadt genutzt werden können. Die Bandbreite reiche von der de-

schon seit 1996 fester Bestandteil der Arbeit, erklärte Löhner.

Hierbleiben wollen und hierbleiben können

Unter dem Titel „Zukunft Landkreis Neumarkt“ sei ein umfassendes Regionalentwicklungskonzept erarbeitet worden, das gegen den zunehmenden Trend

und Landwirtschaft (BMVEL) den Wettbewerb „Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft“ aus. Über 200 regionale Initiativen beteiligten sich an diesem Wettbewerb und nach einem ersten Auswählen mit zunächst 33 verbliebenen Regionen wurden schließlich 18 Modellregionen für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgewählt. Dazu zählte auch die federführende Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) der Regionalgruppe Chiemgau/Salzach, die, so der Umweltbeauftragte der Diözese Passau, Josef Rottenbacher, Halsbach, „ganze Arbeit geleistet und mit dem Modellvorhaben Region Chiemgau-Innsalzach die Jury überzeugt hat“.

Bürokratische Hürden bei visionären Ideen

Ein Regionalentwicklungsprojekt über ein flächenmäßig so großes Gebiet sei Wagnis und Herausforderung zugleich gewesen, konstatierte Rottenbacher. Wie bei jedem betretenen Neuland habe es bis heute auch hier „stürmische Zeiten und turbulente Entwicklungen mit enttäuschten Hoffnungen, hohen Arbeitsbelastungen und Personalwechseln“ gegeben. Unterschiedliche Interessen aus fünf beteiligten Landkreisen einigermaßen unter einen Hut zu bringen, benötige viel Kraft und Fingerspitzengefühl des Personals. Bürokratische Hürden bei visionären Ideen bremsen zudem oft die Kreativität und den Mut.

Dass in den wenigen Jahren jedoch 64 Projekte auf den Weg gebracht worden seien, um die Region in menschlicher, sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht voranzubringen, sei eine bemerkenswerte Leistung, „um die uns wesentlich „ältere“ Organisationen oder Behörden durchaus beneiden dürfen“, meinte der Referent.

Zusammenarbeit mit Tourismusorganisationen

Marianne Pesold, Leitende Hauswirtschaftsdirektorin, Regensburg, stellte ihrerseits die neue Qualifizierungsmaßnahme für sog. Kräuterpädagogen vor. Sie richtet sich in Bayern an - derzeit etwa 300 - Bäuerinnen und Bauern und wird an den Ämtern für Landwirtschaft durchgeführt. Die zertifizierten Kräuterpädagogen geben ihr Wissen in Seminaren und bei Führungen an andere weiter. Sie können ihre Veranstaltungen in Eigenverantwortung auf ihren Höfen oder in Zusammenarbeit u. a. mit den Tourismusorganisationen vor Ort, mit Hotels oder Gastronomie, mit Jugendherbergen, Schulen und Kindergärten sowie kirchlichen und sozialen Einrichtungen anbieten.

Regionale Ressource „Un-Kraut“

„Was bislang nicht als Schatz rund um den Bauernhof betrachtet wurde, zeigt sich in der Chamer Region heute als regionale Ressource: das Un-Kraut“, bemerkte Pesold. Nach Abschluss der Qualifizierung hätten die Chamer Kräuterpädagogen eine Interessensgemeinschaft gebildet, die sich den werbewirksamen Namen „Un-Krautschule“ gegeben hat. Wichtige Ziele wie die Erhaltung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum sowie die Erhöhung der wirtschaftlichen Wertschöpfung in der Region seien bereits erreicht worden. Das Zauberwort heiße „Integration statt Isolation von vielfältigen Angeboten“. Dazu habe der

GZ

Kolumne
Hanns Dorfner



Liebe Lesern

wer gedacht hatte, dass nach einem ausführlichen Diskussionsprozess auf Landesebene zur Frage der Zuständigkeitsverlagerungen bei der Eingliederungshilfe und bei der Hilfe zur Pflege, nunmehr die angekündigten Neuregelungen in die Tat umgesetzt werden, der sieht sich derzeit gewaltig getäuscht und auch enttäuscht.

Wohl wird es im Bereich der Eingliederungshilfe aufgrund des breiten Konsenses zur Frage

Zwang zum Handeln bei der Pflegehilfe

der Bündelung der Zuständigkeit auf der Ebene der Bezirke ein Inkraftsetzen der Neuregelung zum 1. Januar 2008 geben, doch bei der Hilfe zur Pflege soll alles beim Alten bleiben und die bisherige gesplittete Zuständigkeit bei ambulanter und stationärer Pflegehilfe weiter bestehen. Dies ist umso unverständlicher als sich die bayerischen Landkreise mit deutlicher Mehrheit zu einer Übernahme der Zuständigkeit für den gesamten Bereich der Hilfe zur Pflege durchgerungen haben. Was also hindert die Staatsregierung daran, die Neuordnung der Zuständigkeiten beider Hilfearten nunmehr parallel in Kraft zu setzen?

Ich denke die Argumente pro und contra Verlagerung der Hilfe zur Pflege von den Bezirken auf die Ebene der örtlichen Sozialhilfeträger, d.h. die Landkreise und kreisfreien Städte sind intensiv ausgetauscht worden. Die Landräte haben dabei stets erklärt, dass sie sich dieser neuen zukunftsweisenden Aufgabe nicht nur stellen, sondern dieser auch gewachsen sind. Dafür sprechen zahlreiche Gründe wie beispielsweise die demographische Entwicklung oder aber die Sachnähe der örtlichen Träger. Die Landkreise kennen aus ihrer jahrzehntelangen Erfahrung im Sozialhilfebereich die Bevölkerungsstruktur sowie die Bedürfnisse der Betroffenen, was durch die Ortsnähe nur von großem

Vorteil bei der Gewährung der passenden Hilfeform sein kann. Schon jetzt sind die Landratsämter bekanntlich erste Anlaufstelle für Ratsuchende mit Hilfebedarf.

Es gibt daher aus meiner Sicht keine Gründe die Zuständigkeitsverlagerung nur teilweise umzusetzen und den Bereich der Pflegehilfe auf einen unbekanntem Zeitpunkt zu verschieben. Alle Beteiligten des intensiven Dialogs um die Neuordnung der Zuständigkeiten sind im Übrigen von einem parallelen Verlagern von Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege ausgegangen, zumal ein Splitting keinen sachlich zu rechtfertigenden Grund ergibt und nur Probleme bei der Personalstellung bringt. Warum folgt man nicht dem Beispiel Baden-Württembergs, wo die Neuregelungen bereits vollzogen wurden und entsprechende gute Erfahrungen vorliegen?

Unverständlich ist die Verschiebung auch deswegen, weil Frau Sozialministerin Christa Stewens beim Landräteseminar in Amberg intensiv und mit überzeugenden Argumenten für eine Aufgabenverlagerung bei der Hilfe zur Pflege eingetreten ist. In gleicher Weise hat die CSU-Landtagsfraktion bei ihrer Tagung im Kloster Banz deutlich gemacht, dass die Landkreise diese Aufgabe übernehmen können und sollten. Zu Recht ist man bei den Landkreisen daher von einer sog. Pakettlösung ausgegangen. Jedenfalls können die erforderlichen finanziellen Ausgleichsberechnungen für die Zuständigkeitsneuordnung die plötzliche Verschiebung nicht rechtfertigen.

Außer Zweifel besteht daher Zwang zum Handeln, denn ein, wenn auch nur vorübergehender, Ausstieg für den Teilbereich der Pflegehilfe auf gerade mal halb zurückgelegter Reformstrecke wäre nicht nachvollziehbar und würde eine wichtige und notwendige Weichenstellung für die Zukunft abrupt abbremsen.

Hanns Dorfner

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

zentralen Energieerzeugung bis hin zur EDV-Nutzung per schneller Datenleitung im ländlichen Raum. In erster Linie seien es bis heute „visionäre und engagierte Personen einer Region“, die sich zu einer erfolgreichen Allianz verbündeten.

Netzwerke und Kreisläufe schaffen

„Wenn wir Arbeitsplätze in ländlichen Gemeinden als wesentliche Voraussetzung für eine Zukunft dieses Raumes haben wollen, müssen wir aktiv werden und bleiben“, betonte Albert Löhner, Landrat des Landkreises Neumarkt i. d. Opf. Es sei notwendig, „auf regionaler und lokaler Ebene Netzwerke und Kreisläufe zu schaffen „und unser eigenes, endogenes Potential zu nutzen“. Dieses Bewusstsein um die Bedeutung von regionaler Wirtschaft und Wertschöpfung sei in der Kommunalpolitik seines Landkreises

zur Globalisierung bewusst und zielgerichtet die Entwicklung des ländlichen Raumes fördern will. Löhner: „Unser Ziel ist es, Wachstumsregion zum Hierbleibenwollen und Hierbleibenkönnen zu sein, mit eigener Identität und unter Schonung unserer Natur und Umwelt.“ Zahlreiche Projekte hierzu seien in den vergangenen Jahren bereits auf den Weg gebracht worden - stellvertretend nannte der Landrat „die vielen Teilnehmer an unserer Regionalmarke für gesunde Ernährung“, Projekte zur regenerativen Energieerzeugung, den naturnahen Tourismus, die Förderung von Existenzgründern, die Etablierung des regionalen Bonusystems Regionaldo sowie Initiativen zur Regionalvermarktung (Juradistl-Lamm, Bauernmärkte).

Über 200 Bewerber

Im Jahre 2001 schrieb das seinerzeitige Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung

Umweltminister Dr. Werner Schnappauf:

Aktion Sauberes Bayern

Start frei für landesweite Frühjahrsputz-Aktionen

Start frei für landesweite Frühjahrsputz-Aktionen - die im Auftrag von Umweltminister Werner Schnappauf ausgearbeitete Initiative „Aktion Sauberes Bayern“ erhielt die Zustimmung des Ministerrats.

Schnappauf: „Wir wollen mit konzertierten Aktionen vom Kindergartenkind bis zum Senioren, vom Bergwanderer bis zum Autofahrer, vom kaugummi-kauenden Teenie bis zum Spaziergänger mit Hund alle ansprechen mitzuhelfen, dass Bayern noch sauberer wird. Im ganzen Land sollen achtlos weggeworfene Abfälle eingesammelt werden.“ Das Konzept für eine solche landesweite Aktion wurde vom Umweltministerium zusammen mit den Kommunalen Spitzenverbänden entwickelt. Es soll am 20. April im Landkreis Straubing-Bogen gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Ziel ist, mit möglichst vielen freiwilligen Helfern Verunreinigungen vor der eigenen Haustür zu beseitigen, sei es der örtliche Badeseer, der Kinderspielplatz um die Ecke, Hundehaufen auf dem Gehweg oder Zigarettenkippen an der Bushaltestelle. Das verringert dem Minister zufolge die Kosten für Reinigung und Abfallentsorgung, stärkt das Umwelt-Bewusstsein in der Bevölkerung und ist ein Imagegewinn für Stadt und Land.

Unter der gemeinsamen Dachmarke „Aktion Sauberes Bayern“ sollen die vielfältigen, oft seit langem eingeführten Säuberungsaktionen zusammengefasst und neue Aktionen initiiert werden. Eine Projektgruppe plant und bündelt die verschiedenen Aktionen, die die Verwaltungen der Landkreise, Städte und Gemeinden sowie die Vereine durchführen wollen und unterstützt sie in ihren Aktivitäten. Mitglieder der Projektgruppe sind das Ministerium, die Kommunalen Spitzenverbände und das Bayerische Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik. Je nach Aktion können weitere Mitglieder in die Projektgruppe berufen werden. □

Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Theo Zellner, Cham, erklärt: „Die Kräuterpädagogen sind ein Aktivposten für unsere Region.“

Die Interessensgemeinschaft „Kräuterpädagogen in Bayern“ hat ihren Sitz an der Schule der Dorf- und Landentwicklung, Abtei Plankstetten. Von dort werde die Fortbildung, Aufgabenunter-

stützung und Vernetzung der Kräuterpädagogen im ländlichen Raum künftig ausgehen.

„Unkraut vergeht nicht - Wissen macht stark, Erkenntnis macht Spaß. Nur was wir kennen und erkennen bedeutet uns etwas. Nur reale Taten beweisen die Liebe zu unserer Region“, so die Direktorin abschließend. DK

Engagement gegen Kinderarbeit:

Ude fordert Rechtsklarheit

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude hat Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul in einem Brief um Fürsprache gebeten, damit das Engagement der deutschen Kommunen gegen ausbeuterische Kinderarbeit eine eindeutige rechtliche Legitimation erhält.

Die Landeshauptstadt hatte unter Federführung von Bürgermeister Hep Monatzeder im Jahr 2002 als erste deutsche Stadt Vergabekriterien zur Vermeidung von Kinderarbeit aufgestellt. Mehr als 50 Kommunen in Deutschland sind diesem Beispiel in den vergangenen Jahren gefolgt; sie fordern nun ebenfalls von ihren Lieferanten Bestätigungen, dass die eingekauften Produkte nicht mittels ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden.

Bewusstes Einkaufsverhalten

Bürgermeister Monatzeder erläutert dazu: „Dieser Ansatz der Städte und Gemeinden, durch bewusstes Einkaufsverhalten auf weltweite soziale Missstände zu reagieren, darf nicht unterschätzt werden. Denn Jahr für Jahr erteilt die öffentliche Hand in Höhe

von 250 Milliarden Euro, das entspricht zwölf Prozent des Bruttoinlandproduktes. Zirka 50 Prozent davon entfallen auf die Kommunen, was diese zum bedeutendsten öffentlichen Auftraggeber macht. Daneben üben die Kommunen eine wichtige Vorbildfunktion aus, sowohl für andere Großverbraucher als auch für die privaten Konsumenten.“ Leider stünden die Aktivitäten der Kommunen rechtlich auf wackligen Beinen. Sie würden durch die deutschen Vergabebestimmungen nur ungenügend gedeckt - hier seien bisher ausschließlich wirtschaftliche Abwägungen und Kriterien der Produktqualität als Entscheidungsmerkmale vorgesehen. Wenn sie Kriterien gegen Kinderarbeit anwenden, riskierten die Kommunen Klagen gegen das Ausschreibungsverfahren.

Bei einer Informationsveranstaltung für bayerische Kommunen zum nachhaltigen Be-

schaffungswesen im Herbst vergangenen Jahres, zu dem Bürgermeister Monatzeder zusammen mit dem Eine-Welt-Netzwerk-Bayern und dem Bayerischen Städtetag eingeladen hatte, wurde sehr deutlich, dass viele Städte und Gemeinden es aufgrund dieser rechtlichen Unsicherheit nicht wagen, sich überhaupt zu engagieren.

Novellierung des Wettbewerbsrechts

Eine Chance, Rechtssicherheit zu schaffen, bietet sich nun im Rahmen der Novellierung des Wettbewerbsrechts. Die entsprechenden EU-Richtlinien erlauben seit kurzem den Einsatz sozialer Kriterien ausdrücklich, jedoch bedarf diese Regelung der Umsetzung in nationales Recht. Ein erster Entwurf des zuständigen Bundeswirtschaftsministeriums zur Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen liegt nun vor. Dieser sieht jedoch - im Gegensatz zu den Regelungen in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten - bisher nicht vor, den Spielraum der EU-Vergaberegeln zu nutzen und auch soziale Belange als Vergabekriterien zuzulassen. Der Wunsch nach „Entschlankung“ des Wirtschaftsrechts steht dem wohl entgegen.

Oberbürgermeister Ude hat Wiecek-Zeul, sich deutlich für die Legitimierung sozialer Vergabekriterien auszusprechen und damit das Engagement der Kommunen zu stützen und zu befördern: „Es gilt, einen fast perversen zu nennenden Zustand zu beseitigen. Denn es kann doch nicht angehen, dass Kommunen verklagt werden können, weil sie sich weigern, sich an der üblen Ausbeutung von Kindern in den ärmsten Regionen der Welt zu beteiligen.“ DK

Standesbeamte begrüßen neues Gesetz:

Abschied von der Bismarckzeit

30.000 Standesbeamte erhalten neue Rechtsgrundlagen

Nach vielen Jahren, in denen der Bundesverband der Deutschen Standesbeamten und Standesbeamtinnen e.V. (BDS) immer wieder auf eine Neufassung des Personenstandsgesetzes von 1876 gedrängt hatte, sind jetzt neue effektivere Regelungen in Sicht. Am 23. Februar 2007 wurde im Bundesgesetzblatt das „Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts“ veröffentlicht (BGBl. I, Nr. 5, Seite 122).

Wesentliche Teile des Vorhabens werden zwar erst am 1. Januar 2009 wirksam. Der Präsident des Bundesverbandes, der Düsseldorfer Regierungspräsident Jürgen Büssow, freut sich aber schon jetzt besonders über zeitgemäße bürgerfreundliche Regelungen.

Elektronische Register ersetzen gedruckte Bücher

So werden elektronische Personenstandsregister bald die herkömmlichen Personenstandsbücher ersetzen, so dass Urkunden schneller ausgestellt werden können. Auch die Beurkundungsdaten sollen nur noch im erforderlichen Umfang erfasst werden, wodurch die Zahl von Nachfragen und Ermittlungen sinken dürfte.

Die Nutzung der Register durch die Bürgerinnen und Bürger, aber auch durch die Forschung, wird vereinfacht. Auch dies ein Teil der umfassenden Bemühungen um Bürokratieabbau.

Noch mehr Bürgernähe erreicht

Etliche Zuständigkeiten werden in die örtlichen Standesämter verlagert, was wiederum den Bürgerinnen und Bürgern manche Wege ersparen wird. Beispielsweise können Personenstandsfälle von Deutschen im Ausland bald im örtlichen Standesamt beurkundet werden. Bisher ist dafür zentral das Standesamt I in Berlin zuständig.

Föderalismus gestärkt

Die Bundesländer erhalten zusätzliche Regelungsmöglichkeiten. Sie dürfen nun, wenn von

ihnen für sinnvoll gehalten, eigene Organisationsformen für die Beurkundung der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle einführen, außerdem die Voraussetzungen für die Ernennung von Standesbeamten und die Höhe der standesamtlichen Gebühren regeln. „Zwar konnten nicht alle Wünsche der Praxis an das neue Gesetz vom Gesetzgeber berücksichtigt werden“ so Verbandspräsident Jürgen Büssow. „Manche Möglichkeiten der Speicherung von Daten und des Austausches von Informationen zwischen den Standesämtern lassen sich noch nicht ausschöpfen“.

Echte Reform verwirklicht

Alles in allem freuen sich die Standesbeamtinnen und Standesbeamten aber auf die Neufassung des Gesetzes, das endlich Regelungen ablöst, die zum Teil bis auf die Bismarckzeit zurückgehen. Die Umsetzung der Personenstandsreform hat allerdings für die Städte und Gemeinden als Träger der Standesämter organisatorische und finanzielle Auswirkungen zur Folge. Ebenso sind vielfältige Anpassungen der bundes- und landesrechtlichen Vorschriften nötig. Deshalb werden wesentliche Teile der neuen Reform, vor allem die Einführung der elektronischen Register, erst zum 1. Januar 2009 wirksam werden.

Die Daten laufen - nicht die Bürger

Trotzdem kann schon heute festgestellt werden: auch in den Standesämtern sollen bald die Daten laufen, nicht die Bürgerinnen und Bürger. Übrigens: Der Datenschutz wurde in den Standesämtern schon angewendet, als der Begriff noch gar nicht existierte, nämlich seit 1876. Und das, so Jürgen Büssow als Repräsentant der 30.000 deutschen Standesbeamtinnen und Standesbeamten, wird auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes so bleiben.

Weitere Informationen: www.standesbeamte.de und www.standesbeamte-bayern.de. □

Ein wichtiges Stück ...

(Fortsetzung von Seite 1) heim zu etablieren. Wirksamer müsse auch die Gewalt an Schulen bekämpft werden, fordern DStGB und Polizeigewerkschaft. Sicherheit an den mehr als 40.000 Schulen in Deutschland sei eine Grundvoraussetzung dafür, dem Erziehungs- und Bildungsauftrag nachzukommen. Schulleiter, Lehrkräfte, Schüler und Eltern seien hier gemeinsam gefordert. Wer Gewalt an Schulen bekämpfen will, müsse bereits im Elternhaus ansetzen.

Streitschlichterschulung

Die Streitschlichterschulung sei im Stundenplan verbindlich zu verankern. Die jüngsten Gewalttaten an Schulen zeigten zugleich, dass auch die Polizei in die Gewaltprävention an Schulen eingebunden werden muss. Nur so könnten erste Warnsignale, die auf eine drohende Gewalttat hindeuten, erkannt und eine Gegenstrategie entwickelt werden.

Kinderschutz verbessern

Vor dem Hintergrund, dass es nach Schätzungen deutschlandweit etwa 150.000 Fälle von Kindesmisshandlungen pro Jahr gibt, sei auch der Kinderschutz zu verbessern. In den allermeisten Fällen gelänge es zwar, durch sensible und entschlossene Arbeit der Kommunen die Vernachlässigung oder die Missbehandlung von Kindern zu verhindern; allerdings nähmen die Vorfälle zu, weil die herkömmlichen sozialen Strukturen von Familien, Nachbarn und Umfeld weniger leistungsfähig und belastbar sind als früher. Notwendig sei ein soziales Frühwarnsystem zum Schutz der Kinder, aber auch als Hilfe für die Eltern. Eltern-Kind-Zentren könnten hier wertvolle Hilfe leisten.

Erforderlich hierfür sei wiederum ein Netzwerk mit Informationsaustausch und Informa-

nem zentralen Ort in der Altstadt, einer ehemaligen Gaststätte, zu treffen und eigene Projekte zu entwickeln. Das Kommunikationszentrum wird im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ gefördert.

Im Vordergrund stehen Veranstaltungen wie z.B. Vorträge, Workshops, Schulungen und Kurse. Die Räume sollen aber auch Vereinen sowie gesellschaftlichen Gruppen z.B. für Beratungsstunden, Ausstellungen und Aktionen zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Räume von möglichst vielen Gruppen abwechselnd und flexibel genutzt werden können.

Natur und Umwelt besonders schützen

In der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach schließlich haben sich die Gemeinden Edelsfeld und Gebenbach, die Märkte Freihung und Hahnbach sowie die Städte Hirschau, Schnaittenbach und Vilseck zusammengeschlossen.

Laut Waltraud Lobenhofer, AOVE GmbH, Hahnbach, ist es das gemeinsame Ziel, den Raum für die Menschen attraktiver zu gestalten. Unterstützt werde man dabei insbesondere von der 5 b-Stelle der Regierung der Oberpfalz in Nabburg und der Direktion für Ländliche Entwicklung in Regensburg. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit sei es, Natur und Umwelt in den Mitgliedsgemeinden besonders zu schützen und vorhandenen Missständen entgegenzuwirken. Von Beginn an habe das Wasserwirtschaftsamt Amberg die Arbeit der AG fachlich bestens unterstützt. **DK**

tionspflichten. Das beginne bei der Hebamme und setze sich fort beim Kinderarzt, dem Kindergarten, der Schule, dem Jugendamt, der Polizei und betreffe auch die Justiz. Dazu gehöre zum Beispiel eine Checkliste von typischen Warnsignalen, die Hinweise auf Misshandlungen oder Vernachlässigungen geben können. Auch der rechtliche Rahmen muss DStGB und Gewerkschaft zufolge verändert werden. Kinderschutz sei wichtiger als Datenschutz. Das bedeutet: „Die Jugendämter müssen ein umfassendes Auskunftsrecht beim Bundeszentralregister für Strafsachen erhalten.“

Erfolgsmodell Sicherheitspartnerschaften

Neben der Forderung, das Erfolgsmodell Sicherheitspartnerschaften zu stärken und Konzept gegen Rechtsradikalismus weiter zu entwickeln (Stichwort: gezielte Ausbildungs- und Arbeitsplatzoffensive), müssen laut Positionspapier die Polizeipräsenz in der Fläche ausgebaut und die Videüberwachung an Bahnhöfen und im Nahverkehr erhöht werden. Der Schutz der Bürger sei wichtiger als übertriebener

Dreifache Freude ...

(Fortsetzung von Seite 1) in den vergangenen Jahren ein weiterer wirtschaftlicher Schwerpunkt in der „New Economy“ gebildet. Die Entwicklung Bambergs hin zu einem innovativen Wirtschaftszentrum ist ein Beleg für das wirtschaftsfreundliche Klima und die hohe Standortqualität dieser Stadt. Die Stadtverwaltung zeichnet sich aufgrund von Bürgernähe und Verwaltungseffizienz als modernes Dienstleistungsunternehmen aus. Dies unterstützt ein Managementsystem für Bürgeranliegen und ein virtuelles Rathaus mit eGovernment-Dienstleistungen.

Umfassende Betreuung

Auch die ansässigen Unternehmen werden umfassend betreut: Regelmäßige Unternehmensbesuche und Standortfragen stellen die Zufriedenheit der Unternehmen in den Mittelpunkt. Standortmarketing und interkommunales Regionalmanagement sowie die Errichtung eines Innovations- und Gründerzentrums und ein „Round Table Mittelstand“ sind beispielhaft, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Bamberg zu fördern.

Weiterer Preisträger ist die schwäbische Gemeinde Mertingen mit ihrem Ersten Bürgermeister Albert Lohner. Mertingen ist mit ca. 3.800 Einwohnern einer der attraktivsten Industrie- und Gewerbestandorte in Nordschwaben. Die Kommune besitzt eine attraktive geografische Lage in der Mitte zwischen München und Nürnberg und eine optimale Verkehrsanbindung. Annähernd 2.500 Arbeitsplätze stehen am Ort zur Verfügung. Die Ansiedlung von über 30 Betrieben mit mehr als 800 Beschäftigten innerhalb von zehn Jahren ist auch ein Erfolg über den Ort hinaus.

Interkommunale Zusammenarbeit

Kooperationen und Arbeitskreise, insbesondere die interkommunale Zusammenarbeit bei der Gewerbeansiedlung, sind Faktoren für die wirtschaftliche Entfaltung der Gemeinde Mertingen. Ein gesunder Branchenmix aus produzierendem Gewerbe, Handel und Handwerk mit modernsten Technologien sowie

Datenschutz. Ob und in welchem Umfang die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen eingesetzt wird, sollte vor Ort zwischen Kommune und Polizei entschieden werden. Dabei müsse aber auch vor übertriebenen Erwartungen gewarnt werden. Öffentliche Präsenz von Polizeibeamten sei dadurch nicht zu ersetzen. Im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere in den S- und U-Bahnen, sollten verstärkt Sicherheitskräfte eingesetzt werden.

Ehrenamt fördern

Gerade bei den freiwilligen Feuerwehren lernen junge Menschen frühzeitig, sich für die Gemeinschaft zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Dieses ehrenamtliche Engagement muss nach Ansicht von DStGB und Polizeigewerkschaft besser gefördert werden. Dazu gehöre eine bessere Finanzausstattung durch Bund und Länder, aber auch eine deutlichere Anerkennung dieses Engagement durch die Arbeitgeber. „Es kann nicht angehen, dass junge Menschen, die sich in der freiwilligen Feuerwehr engagieren, bei der Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden, weil sie zeitweise Einsätze fahren müssen“, so das Papier abschließend. **DK**

Dienstleistungen garantieren ausgewogene Strukturen.

Nach dem Motto „alles aus einer Hand“ werden im Bürgerbüro alle Aufgaben mit einem Gesprächspartner geklärt. Betriebswirtschaftliches Denken und Handeln kennzeichnen das „Dienstleistungsunternehmen Gemeindeverwaltung“. Ausgestattet mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zeichnet es sich bei Wünschen und Anliegen der Bürger durch kurze Reaktionszeiten aus.

Last but not least erhielt Vilshofen an der Donau mit Stadtoberhaupt Hans Gschwendtner und seinen Stellvertretern Georg Krenn und Karl-Heinz Eber den begehrten Preis. Die niederbayerische Stadt liegt am Zusammenfluss von Vils und Donau und zählt rund 17.000 Einwohner. Mit ihrer sanierten Altstadt ist sie ein historischer Erholungsort nahe dem Bayerischen Wald. Durch die zentrale Lage im erweiterten Europa ist der Anschluss nach Ost- und Südosteuropa gegeben. Ebenso eröffnet die überregionale Entwicklungssachse Nürnberg-Regensburg-Passau gute Entwicklungsmöglichkeiten.

Schlanke Verwaltungsstrukturen

1994 wurde Vilshofen zum Mittelzentrum erhoben. Es ist sehr gut erschlossen und verfügt neben Autobahnanschluss, Bahnanschlüssen, Schiffsstraßen sogar über einen eigenen Verkehrslandeplatz. Auf Bürgernähe und wirtschaftliche Entwicklung legt die Stadt Vilshofen besonderen Wert.

Ein Bürgerbüro mit flexiblen Öffnungszeiten, schlanke Verwaltungsstrukturen und ein interaktiver Internetauftritt machen die Stadt für die Bürger und Unternehmen attraktiv.

Für das wirtschaftliche Wachstum ist die überregionale Kooperation mit Passau bedeutend. Die Gründung des Netzwerks „GO Passau“ und die voranschreitende Erschließung regionaler und überregionaler Gewerbegebiete führten in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Neuanstellungen. Dies hat zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen und stellt einen ausschlaggebenden Indikator für Wirtschaftlichkeit und Qualität dar. **DK**

Den Wandel gestalten ...

(Fortsetzung von Seite 1) Wie Irmgard Osterberger von der gleichnamigen Projektentwicklung erläuterte, verschlechterten sich im Unterallgäu die Einkaufsmöglichkeiten für Güter des täglichen Bedarfs in kleineren Gemeinden zusehends. Die Unterallgäu Aktiv GmbH habe es sich deshalb u. a. zusammen mit der Projektentwicklung Osterberger zum Ziel gesetzt, die Nahversorgung im ländlichen Raum durch ein professionell geführtes Netzwerk von Dorfläden nachhaltig zu sichern. 2004 sei eine Gesamtkonzeption für die Dorfläden Allgäu GmbH vorgelegt worden.

Beteiligung am Dorfladen

Dabei werden die Bürger der jeweiligen Gemeinden mit ins Boot genommen und am Dorfladen beteiligt. Die Neugründungen profitieren dabei vom Know-how der Unterallgäu Aktiv GmbH, die interessierte Gemeinden von den ersten Überlegungen über die Gründung bis hin zum laufenden Betrieb begleitet.

Durch den Zusammenschluss mehrerer Dorfläden können u. a. für den Kunden ein günstiges Preis-Leistungsverhältnis erzielt und eine nachhaltige Sicherung der Versorgung vor Ort gewährleistet werden. Im Einzelnen setzt sich das Konzept Dorfläden Allgäu aus folgenden Bestandteilen zusammen:

- Finanzielle und emotionale Beteiligung der Bevölkerung durch Zeichnung von Anteilscheinen und Mitarbeit der Bevölkerung im Laden vor Ort (6 bis 8 Kräfte auf 400 Basis und ein bis zwei Festangestellte) und damit die Schaffung von flexibel einteilbaren Teilzeit-Arbeitsplätzen vor allem für Frauen.

- Ein an die örtliche Situation angepasstes Angebot, mit den Schwerpunkten Frischwaren (z.B. Back-, Wurst- und Fleisch-

waren) und regionalen Produkten (z.B. Apfelsaft, Honig, Mehl, Milch ...).

- Beteiligung lokaler und regionaler Anbieter als Lieferanten des Dorfladens, insbesondere im Frischwarenbereich.
- Nutzung örtlicher Infrastruktur in Form von geeigneten leerstehenden Gebäuden in den Ortskernen oder aber Schaffung eines solchen multifunktionalen Gebäudes in Innenortslage, zur Entwicklung eines Versorgungs-, Treff- und Kommunikationsortes in der Gemeinde.

Als Pilotprojekt im Unterallgäu wurde im Dezember 2004 der Dorfladen in Niederrieden eröffnet. Das Projekt wurde über die EU-Gemeinschaftsinitiative Leader+ gefördert.

Die Münchner Koordinationsstelle „Wohnen zu Hause - Konzepte, Initiativen und Visionen fürs Alter“ wiederum ist Sabine Wennig zufolge ein Projekt der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Selbstständig Leben und Wohnen im Alter

Sie soll alle Bemühungen zum selbstständigen Leben und Wohnen im Alter bündeln, koordinieren und zudem helfen, zukunfts-trächtige Ansätze weiter zu entwickeln. Drei Schwerpunkte stehen im Vordergrund: die Sichtung und Zusammenstellung bestehender Wohnkonzepte und -projekte, die Entwicklung und Verbreitung neuer Ansätze und die weitere Ausgestaltung von Bewährtem.

Wie Frau Wennig betonte, sieht die Koordinationsstelle eine gute Chance darin, das Thema „Wohnen zu Hause“ in Bayern noch stärker zu etablieren, weil es bereits tragfähige konzeptionelle Ansätze gebe, die gerade auch für

kleinere Gemeinden geeignet sind und das Thema den Wunsch der älteren Menschen aufgreift, möglichst lange zu Hause wohnen bleiben zu können. Chancen für eine Erweiterung der Projektaktivitäten würden darin gesehen, neben den Mitteln des Sozialministeriums weitere Finanzierungsquellen über Sponsoren zu erschließen, die dann der Entwicklung regionaler Projekte dienen sollen. Das 2006 gestartete Projekt ist für drei Jahre finanziert, wird aber so angelegt, dass es im Sinne einer Nachhaltigkeit über diesen Zeitrahmen hinaus wirkt.

Bildungspaten

Seit 2005 nehmen sich die sog. Bildungspaten des Zentrums Aktiver Bürger (ZAB) in Fürth der Problematik Ausbildungsplatzsuchender Jugendlichen an. Wie Jochen Sahr von der städtischen Integrationsberatung ausführte, wurden bislang einige Dutzend junger Menschen erfolgreich begleitet und aktiv unterstützt. Manche von ihnen haben inzwischen eine Ausbildung begonnen, weitere konnten eine Arbeitsstelle finden, andere bereiten sich mit Unterstützung der Bildungspaten intensiv auf ihre schulischen Abschlussprüfungen vor. Die Unterstützung der Paten ist dabei so unterschiedlich wie die Situation der Jugendlichen selbst: Von Berufsorientierung über Bewerbungshilfe, Nachhilfeunterricht bis hin zur Lehr- und Praktikumsstellen-suche reicht die Angebotspalette der Ehrenamtlichen.

Mit dem im Oktober 2004 eingerichteten Bürgerhaus Neumarkt i. d. OPf. ist laut Ralf Mützel eine neue Einrichtung als Ergebnis des Agenda 21-Prozesses geschaffen worden, um das Bürgerengagement sowie eine nachhaltige Stadtentwicklung zu fördern. Den Bürgern wird die Möglichkeit gegeben, sich an ei-

Bayerischer Sparkassenverband:

Sparkassenrecht ist Länderrecht!

Gegen Brüsseler „Nadelstiche“ - Gutes Betriebsergebnis

Gegen eine ständige Politik der „Nadelstiche“ der Brüsseler EU-Kommission wehrte sich der Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, Siegfried Naser. Bei der Jahresbilanz-Presskonferenz in München kritisierte er die Ankündigung von EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, das deutsche Drei-Säulen-System auf Rechtswidrigkeit zu untersuchen. „Alle im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien, die Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände stehen uneingeschränkt hinter dem bewährten Geschäftsmodell öffentlich-rechtlicher Sparkassen in kommunaler Trägerschaft“, betonte Naser. Dies sei im Artikel 295 des EU-Vertrages klar geregelt.

Was die Arbeit und Bilanz der 77 bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr anbelangt, so erhöhte sich die zusammengefasste Bilanzsumme auf 155,7 Milliarden Euro. Im vierten Jahr in Folge ist der Jahresüberschuss weiter um 3,4 Prozent auf 324,5 Millionen Euro gestiegen. Bei den Kundenkrediten erhöhten sich die Bestände an Unternehmenskrediten um 145 Millionen Euro, während die Kredite an Privatpersonen um 154 Millionen Euro abnahmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahr die Abschaffung der staatlichen Eigenheimförderung zu erheblichen Vorzieheffekten geführt hat.

Fördergeschäft

Ergänzt man den Blick auf die Kreditbestände um das Fördergeschäft, so ergeben sich deutliche Steigerungen. Die bayerischen Sparkassen und die BayernLB vermittelten gemeinsam 2006 über zwei Milliarden an zinsverbilligten Förderkrediten der LfA Förderbank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Im Vorjahr lag diese Summe noch bei

rund 1,3 Milliarden Euro. Im Einlagengeschäft stieg die Jahreszuwachsrate gegenüber dem Vorjahr von 1,2 Prozent auf 2,4 Prozent. Damit wurde ein Volumen von 118,9 Milliarden Euro erreicht.

Stabiles Betriebsergebnis

Zuwächse verzeichnen vor allem die Eigenemissionen, also Sparkassenbriefe, Sparkassen-Inhaberschuldverschreibungen sowie Termineinlagen. Die Wertpapierumsätze stiegen um 14,2 Prozent. Dabei wurden bei den festverzinslichen Papieren die Bestände um rund eine Milliarde Euro erhöht. Insgesamt betrug der Nettoabsatz von Wertpapieren 268 Millionen Euro. Der Zinsüberschuss fiel von 2,36 Prozent im Vorjahr auf 2,31 Prozent. Die zweite Ertragskomponente, der Provisionsüberschuss, stieg auf 0,61 Prozent an. Das Betriebsergebnis vor Bewertung blieb mit 1,57 Milliarden Euro weitgehend stabil. „Damit haben die bayerischen Sparkassen jetzt schon im vierten Jahr in Folge nach den schlechten Jahren 2001/2002 ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis erzielt“, betonte Naser.

Sparkassenfusionen waren 2006 nicht zu verzeichnen. Heuer stehen zwei Zusammenschlüsse von Sparkassen auf der Agenda. Die Fusion der städtischen Sparkasse Schweinfurt mit der Kreis Sparkasse Schweinfurt erfolgte Anfang des Jahres sowie die Fusion der Sparkassen Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau

Kreissparkasse München Starnberg:

Jahr des Erfolgs

2006 war ein erfolgreiches Jahr für die Kreissparkasse München Starnberg (KSKMS). Wie Vorstandsvorsitzender Karl-Ludwig Kamprath auf einer Pressekonferenz in der Landeshauptstadt betonte, legte die Bilanzsumme um 1,5% auf über 6,1 Mrd. Euro zu. Sowohl im Passiv- als auch im Aktivgeschäft konnten wieder Steigerungen verzeichnet werden.

Bei den Gesamteinlagen war Kamprath zufolge „ein äußerst erfreulicher Anstieg“ von 6,2% auf 4,93 Mrd. Euro zu verzeichnen. „Das ist der absolut höchste Kundeneinlagenzuwachs unserer Sparkasse seit Bestehen. Wir haben damit unsere Marktführerschaft ausgebaut. Im Verbandsdurchschnitt der bayerischen Sparkassen beträgt der Anstieg lediglich 2,4%“, so der Vorstand.

Innovative Produkte

Für diesen Erfolg seien in erster Linie die innovativen Produkte der Kreissparkasse München Starnberg verantwortlich. Für Kunden zum Beispiel, die eine reine Geldanlage in Wertpapiere scheuen, aber nicht auf die Chancen der Aktien- und Immobilienmärkte verzichten wollen, bietet die Bank ihr „Twin-Set“ an: 50% des Anlagebetrags können bis zu einem Jahr für 5% in Sparkassenbriefen oder Festgeld, 50% in Fonds angelegt werden.

In zehn erarbeiteten geschäftspolitischen Grundsätzen wurde festgelegt, ein „breites, bedarfsorientiertes Angebot, das sich an alle Kundengruppen richtet“ anzubieten. Auch deshalb konnte die Bank bei nahezu allen Einlageformen und Fristigkeiten weiter zulegen. Besonders die Jubiläumsprodukte verkauften sich sehr gut. Mit einem Zuwachs von 9,7% erfreute sich das Wachstumssparen bei den Kunden aufgrund attraktiver Konditionen besonderer Beliebtheit. Die Sparkassenbriefe verzeichneten ein Plus von 17,2% auf knapp 500 Mio. Euro. Auch bei den Sichteinlagen konnte sich die Kreissparkasse gegen starke Konkurrenz vor allem der Direktbanken behaupten und „ein sehr erfreuliches Plus“ von 6,9% erreichen, was einem Zuwachs von

zur neuen Sparkasse Niederbayern-Mitte ab April. Ab diesem Zeitpunkt gibt es dann 75 selbstständige Sparkassen in Bayern, die durchschnittliche Bilanzsumme eines Instituts beträgt dann 2,08 Milliarden Euro.

Keine Entlassungen

2006 haben Bayerns Sparkassen knapp 48.000 Menschen beschäftigt, das waren einige hundert weniger als 2005. „Durch Fusionen und technologische Entwicklungen wird der Trend anhalten, nicht jeden frei werdenden Ar-

beitsplatz neu zu besetzen“, meinte Naser. Es werde jedoch niemand entlassen.

Integrierte Verbund-Arbeit

Vizepräsident Rudolf Faltermeier wies darauf hin, dass die Aktivitäten der Sparkassen nicht nur ihren Niederschlag in der Sparkassen-Bilanz, sondern zunehmend auch in den Büchern der Verbundpartner finden. Zu diesem Zweck sei in den letzten Jahren die integrierte Verbund-Arbeit zu einer Beratungssystematik, dem „Sparkassen-Finanzkonzept“ weiterentwickelt worden. Mit dem Beratungskonzept könnten für alle Kunden bedarfsgerechte Lösungen bei Finanzanlagen erreicht werden. In diesem Zusammenhang erinnerte Faltermeier auch an die erfolgreiche Arbeit des Kommunalen Kompetenz-Centers, das für die kommunalen Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Kredit- und Anlagebereich erarbeitet. Bei-

spielhaft dafür sei die gemeinsame Finanzierung des Geothermie-Projektes in Unterhaching durch die Kreissparkasse München Starnberg und die BayernLB.

Auslandsaktivitäten

Als Marktführer im mittelständischen Firmenkundengeschäft begleiten die Sparkassen ihre Kunden auch bei deren Auslandsaktivitäten. Durch die eigenen Auslandsstützpunkte der BayernLB und ihre Kooperationsabkommen mit ausländischen Banken erhalten die Kunden der bayerischen Sparkassen Zugang zu den wichtigsten Finanzdienstleistungen im Ausland, insbesondere auch in den aussichtsreichen Märkten Osteuropas und Asiens.

Die bayerischen Sparkassen, so Naser, spüren die Konkurrenz nicht nur im Bietergefecht. Wegen des verschärften Wettbewerbs werde man wohl das Betriebsergebnis von 2006 heuer nicht wieder erreichen. **E. Scholl**

121,4 Mio. Euro auf 1.875 Mio. Euro entspricht.

Kamprath: „Summa summarum waren es die Unternehmen und Selbständigen, die mit zusätzlichen Krediten von 2,3% das Wachstum im Kreditbereich stützten. Leider wurden nicht alle von uns zu gesagten Krediten auch in Anspruch genommen - ein Indiz für uns, dass der Investitionsschub bei kleinen und mittelständischen Unternehmen erst noch bevorsteht und momentan noch Ersatzinvestitionen und eine gestiegene Innenfinanzierung das Bild bestimmen. Für dieses Jahr sind wir hier deutlich positiver gestimmt.“

Kredite und Wertpapiere

Im Jahr 2006 zahlte das Bankinstitut 531 Mio. Euro Kredite aus. Dem standen Tilgungen in Höhe von 493 Mio. Euro gegenüber, so dass der Kreditbestand um rund 38 Mio. Euro auf 4,15 Mrd. Euro anstieg. Auch hier konnte sich die Kreissparkasse München Starnberg mit einem Zuwachs von 0,9% positiv vom bayerischen Durchschnitt der Sparkassen (minus 0,2%) abheben. Grundsätzlich setzt sich laut Vorstand der Trend der vergangenen Jahre fort, dass die langfristigen Kredite am stärksten zunehmen. Kredite mit einer Laufzeit von über 4 Jahren wuchsen um 1,6% auf 3,52 Mrd. Euro.

Im „Jahr des Wertpapiers“ konnte der Wertpapierumsatz um 23% auf knapp 1.030 Mio. Euro gesteigert werden. Auch hier spielen die geschäftspolitischen Grundsätze der KSKMS eine wichtige Rolle und geben die Stoßrichtung vor: „In Ergänzung unserer eigenen Produkte bieten wir vorrangig die Produkte unserer Verbundpartner an.“ So war die KSKMS im abgelaufenen Ge-

schäftsjahr „Bayerischer Meister“ beim Nettoabsatz von DEKA-Produkten.

„Beim Bauspargeschäft haben sich unsere Erwartungen bezüglich der Volumensziele erfüllt“, fuhr Kamprath fort. Die Bausparsumme erreichte knapp 180 Mio. Euro. Allerdings nahm die Zahl der abgeschlossenen Verträge auf 4.601 Stück ab, wobei die durchschnittliche Bausparsumme deutlich anstieg, und zwar um 6.100 Euro auf 39.000 Euro.

Versicherungen

Nach einem besonders schwachen Jahr 2005 konnte die Absatzleistung bei Lebens- und Rentenversicherungen im Jahr 2006 wieder gesteigert werden. Im Berichtsjahr 2006 wurden 1.436 Versicherungen mit einer Beitragssumme von 43,5 Mio. Euro abgeschlossen.

Wie der Vorstand zudem berichtete, begann das Jahr 2006 witterungsbedingt sehr schwierig. Trotzdem konnte mit 175 Immobilien ein Kaufpreisvolumen von rund 50 Mio. Euro umgesetzt werden. Kamprath: „Wir sind mit unseren drei Immobiliencentern und einem flächendeckenden Geschäftstellennetz ein notwendiger und kompetenter Ansprechpartner für Privatverkäufer, Bauherren und Käufer von Immobilienobjekten. Deshalb planen wir im Laufe des Jahres die Eröffnung eines weiteren Immobiliencenters in Lohhof.“

Mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 0,98% der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) bzw. 59,3 Mio. Euro erreichte die Bank im vergangenen Jahr ihr selbst gestecktes Ziel. Die entspannte Risikolage im Kreditgeschäft hat zur Folge, dass die Kreissparkasse München Starnberg im Jahr 2006

mit 0,86% DBS bzw. 52,6 Mio. Euro eines ihrer besten Ergebnisse im wichtigen Betriebsergebnis nach Bewertung erreichen konnte. Erwirtschaftet wurde „ein sehr beachtliches Jahresergebnis“ von 17,4 Mio. Euro. Damit lag die KSKMS „noch besser als im vergangenen Jahr“.

Auch die ordentlichen Aufwendungen entwickelten sich erfreulich: Mit 1,89% DBS Verwaltungsaufwand konnten gegenüber 2005 weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer effizienteren Kostenstruktur erzielt werden. Sowohl die Sach- als auch die Personalkosten wurden reduziert. Kamprath: „Betriebsbedingte Kündigungen sind allerdings für uns wie auch für nahezu alle Sparkassen in ganz Deutschland kein adäquates Mittel und Ausdruck kurzfristig orientierter und kurzfristiger Managementmethoden.“

Bekanntnis zur Verantwortung

Bei den ordentlichen Erträgen mussten geringe Einbußen auf nunmehr 0,60% DBS in Kauf genommen werden. Der Rückgang konnte allerdings durch die geringeren Aufwendungen mehr als kompensiert werden. Zusammen mit der gesunkenen Zinsspanne ergibt sich in der Summe aber eine geringfügig verschlechterte Kosten-Ertrags-Relation oder Cost-Income-Ratio (CIR) von 66,0%.

Insgesamt wurden 1,14 Mio. Euro „direkt in Form von Ausschüttungen der drei Stiftungen, von Spenden und Sponsoring an die Menschen, Institutionen und Vereine der Region, aus der wir kommen“, zurückgegeben. „Ein klares Bekenntnis zu unserer Verantwortung gegenüber den Menschen in unserer Region“, wie Kamprath hervorhob. **DK**



16 Sparkassenbücher verlost

Als Anreiz und Anerkennung für die Kursteilnehmer der Aktion „Köner durch Erfahrung“ haben die bayerischen Sparkassen 16 Sparbücher mit einer Einlage von jeweils 550 Euro gespendet. Außerdem wurden weitere 34.500 Euro von den bayerischen Sparkassen für zentrale Verkehrssicherheitsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Anlässlich der Bilanzveranstaltung trafen sich (v. l.): Benedikt Kirschner, Gewinner eines BMW, Innenstaatssekretär Georg Schmid, Michael Kirsch, Unternehmenskommunikation BMW Group; Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern; Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern und Horst Schneider, Präsident der Landesverkehrswacht Bayern. □

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911 / 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911 / 23 20 920
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müller	Tel. 0941 / 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921 / 78 42-0

Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH

BayernGrund

– der Erschließungsträger der Kommunen

- ✓ Geld sparen
- ✓ Zeit sparen
- ✓ Ärger sparen

Neugierig? Wir beraten Sie gerne. Rufen Sie uns doch einfach an. Tel.: (089) 21 71-2 19 25.

Info und Kontakt: www.bayerngrund.de

2006 ein Rekordjahr für Volks- und Raiffeisenbanken

Aber: Heftige Kritik aus Bayern an Brüsseler Finanzmarkt-Plänen

2006 war für die bayerischen Genossenschaftsbanken, nicht zuletzt auf Grund der guten Konjunktur, „aber auch wegen der großen eigenen Anstrengungen“, ein Rekordjahr. Bilanzsumme, Einlagen und Ausleihungen konnten weiter gesteigert werden. Dennoch, so Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern in der Bilanzpressekonferenz, gab das Betriebsergebnis um ein Zehntel auf 0,90 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) nach. Wegen des harten Wettbewerbs in der Branche und der äußerst flachen Zinsstrukturkurve sei man dennoch mit diesem Ergebnis zufrieden. Das Rekordjahr 2006 gebe Zuversicht für 2007, sagte der GVB-Präsident, der die Pressekonferenz zu heftiger Kritik an den Finanzmarktplänen der EU, an der deutschen Finanzaufsicht und dem nach wie vor nicht festzustellenden Bürokratieabbau nutzte.

Die addierte Bilanzsumme aller 336 Genossenschaftsbanken wuchs um 2,2 Prozent auf 103,8 Mrd. Euro. Das war das stärkste Wachstum seit 2001. Die durchschnittliche Bilanzsumme erreichte 309 (287) Mio. Euro. Die Kundeneinlagen nahmen um 2,1 Prozent auf 82,6 Mrd. Euro zu, die Ausleihungen um 1,2 Prozent auf 60,2 Mrd. Euro. Mit 3577 LfA-Förderkrediten konnten die Genossenschaftsbanken in diesem Bereich ihre Marktführerschaft verteidigen.

Harter Wettbewerb

In der Ergebnisrechnung machte sich der harte Wettbewerb im Kreditgewerbe bemerkbar. Obwohl die Provisionseinnahmen stiegen und die Verwaltungsaufwendungen weiter auf 2,31 (2,35) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme gedrückt werden konnten, fiel das Betriebsergebnis, wie schon erwähnt, um ein Zehntel geringer aus. Dies vor allem, weil die Zinsspanne auf 2,42

(2,57) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme absackte. Dennoch zeigte sich Götzl mit diesem Ergebnis angesichts der Konkurrenzlage nicht unzufrieden. Sehr zufrieden hingegen war er mit den Risikoaufwendungen im Kreditgeschäft, die auf 0,13 (0,15) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme gedrückt werden konnten. Damit wurde die Benchmark des Verbandes von 0,20 Prozent erneut deutlich übertroffen. Resonanz gefunden hat dieser Erfolg im externen Rating, z.B. bei Standard & Poor's, das die bayerischen Kreditgenossenschaften von „A positiv“ auf „A+ stabil“ heraufgestuft hat. Götzl: „Damit liegen wir unter den deutschen Banken hinter der Deutschen Bank an zweiter Stelle.“ 86 Prozent der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken zählen „nach den strengen internen Risikoabsicherungsverfahren“ zu den Topbanken.

Einen Wermutstropfen in der Erfolgsbilanz nannte Götzl die relativ hohe, weiter gestiegene

Cost-Income-Ratio (Relation von Aufwendungen zu Erträgen) von 73,3 (71,6) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme. Hier könnten und müssten die Volks- und Raiffeisenbank besser werden. Der Handlungsbedarf sei erkannt. Handlungsbedarf heiße für die bayerischen Genossenschaftsbanken aber nicht, den bei Kostendruck üblichen Weg zu gehen und Entlastung über aktiven Personalabbau zu suchen. Man habe vielmehr einen anderen Weg eingeschlagen: Zusammen mit einem renommierten Wirtschaftsberatungsinstitut analysierten die Genossenschaftsbanken zurzeit Geschäftsprozesse, um Effizienzreserven in den Strukturen zu heben. Das werde sich schon im laufenden Geschäftsjahr positiv in der Kostenstruktur bemerkbar machen. Götzl: „Wir sind sicher, dass wir auch 2007 an die letztjährigen Erfolge anknüpfen können. Geschäftslage sowie Geschäfts- und Ertragsreserven seien ausgesprochen gut. Das Kreditgeschäft ziehe weiter an, weil die Kunden wieder investierten.“

Keine Bankenoligopole

Mit Blick auf die Brüsseler Finanzmarktpläne beteuerte Götzl, er werde alles dafür tun, dass in Deutschland keine von Investmentbanken dominierten Bankenoligopole entstehen. „Wir werden uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen, wenn aus industriepolitischen Gründen und mit faden-

scheinigen Argumenten versucht wird, Märkte dirigistisch neu zu ordnen. Vor allem dann, wenn damit womöglich die Wünsche jener erfüllt werden, die sich nicht die Mühe machen, Filialstrukturen selbst aufzubauen, sondern sie lieber per EU-Dekret zugeschlagen bekommen wollen.“

Teilnehmer der Pressekonferenz hatten den Eindruck, dass Götzl mit diesen Ausführungen gleichermaßen auf die auch in Deutschland stark engagierte niederländische Direktbank Ing-Diba und die niederländische Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes anspielte. Der Kommissarin seien dezentrale Bankengruppen offenbar ein Dorn im Auge, weil diese ihrer Meinung nach den Wettbewerb beschränkten. Im Visier habe sie vor allem die Genossenschaftsbanken und Sparkassen in Deutschland. Götzl warf Frau Kroes vor, vom deutschen Bankensystem nicht allzu viel zu verstehen - und auch gar nicht verstehen zu wollen.

Offen wie ein Scheunentor

In Wirklichkeit sei der deutsche Bankenmarkt offen wie ein Scheunentor. Dies zeigten zum Beispiel die Kundenzuwächse der Direktbanken. Allein in Bayern müssten sich die 336 (2005: 354) Genossenschaftsbanken mit ihren 3275 (3346) Bankstellen gegen mehr als 150 Konkurrenten behaupten. Kreditgenossenschaften und Sparkassen seien oft die einzigen Banken vor Ort. Nur regionale Banken sicherten die Versorgung mit Bankdienstleistungen in der Fläche. Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken, die im Freistaat über das dichteste Filialnetz verfügten, unterhielten in Bayern mehr Geschäftstellen als Hypo Vereinsbank und Commerzbank bundesweit zusammen. Die Genossenschaftsbanken seien im Bayern so nah beim Kunden wie keine andere Bank. In England, wo es nur noch wenige große Banken gebe, hätten viele Bürger kaum noch Zugang zu Finanzdienstleistungen. Dort müsse man schon von einem Marktversagen sprechen.

Gewachsener Kern

Zusammen mit Kirche, Rat und Wirtshaus gehörten die Genossenschaftsbanken zum gewachsenen Kern einer bayerischen Gemeinde. Sie trügen ganz wesentlich zur Entwicklung der ländlichen Räume durch ihre Fokussierung auf den Mittelstand und Privatkunden bei. Deutschlands Bankenbereich mit seiner Drei-Säulen-Struktur aus privaten Geschäftsbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken sei ein Erfolgsmodell, das sich durch Stabilität auszeichne und Vertrauen erwecke. Dass Genossenschaftsbanken stabiler seien als Geschäftsbanken, weise eine Analyse des Internationalen Währungsfonds vom Januar 2007 eindeutig aus. Denn sie seien geringeren Renditeschwankungen ausgesetzt, weil sie nicht allein auf unternehmerisches Gewinnstreben ausgerichtet seien, sondern auch die Bedürfnisse ihrer Mitglieder berücksichtigten.

Als Missgriff bezeichnete Götzl die neue (in Deutschland anstehende, aber noch nicht verabschiedete) europäische Finanzmarkttrichtlinie (MiFID), die den Wertpapiermarkt harmonisieren und die Rechte der Verbraucher stärken soll. Sie bringe aber für Kunden und Banken erhebliche zusätzliche bürokratische Auflagen wie Informations- und Dokumentationspflichten mit sich. Kunden sollten nach ihren finanziellen und intellektuellen Voraussetzungen für den Abschluss von Wertpapiergeschäften kategorisiert werden, so dass nicht mehr der Kunde selbst, sondern die Kategorie, in die er einsortiert werde, die Freiheitsgrade seines

Jubiläum bei der LBS-Bayern:

65 Milliarden für die eigenen vier Wände

200. Zuteilungshandlung nach dem zweiten Weltkrieg

Die LBS Bayerische Landesbausparkasse hat seit der Währungsreform 1948 fast 4,7 Millionen Bausparverträge mit einer Gesamtsumme von rund 65 Milliarden Euro zugeteilt. Mit dem Geld haben die LBS-Bausparer den Erwerb und den Erhalt von Wohneigentum in Bayern finanziert. Mehr als 1,5 Millionen Wohnungen, hauptsächlich in Ein- und Zweifamilienhäusern, haben in den vergangenen 60 Jahren davon profitiert. Diese gewaltige Aufbauleistung betonte Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern, anlässlich der 200. Zuteilungshandlung der Bausparkasse in ihrer Münchner Zentrale.

Mit der so genannten Zuteilung bekommt der Bausparer nach einer bestimmten Ansparzeit und der Erfüllung weiterer Voraussetzungen die gesamte Summe seines Vertrages zur Finanzierung seines Vorhabens zur Verfügung gestellt. Bei der LBS Bayern passiert dies seit zwei Jahren zwölf Mal im Jahr, so dass die Bausparer unverzüglich zu ihrem Geld kommen. Überwacht werden die Zuteilungen vier Mal pro Jahr im Rahmen der Zuteilungshandlung von einem dafür gesetzlich vorgesehenen Vertrauensmann des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen.

Vertrauensmann Oswald

Für die LBS Bayern ist dies seit fünf Jahren der ehemalige Bundesbauminister Eduard Oswald. Er bestätigte mit seiner Unterschrift unter die Jubiläums-Urkunde der 200. Zuteilungshandlung, dass auch diesmal wieder die Bestimmungen laut Gesetz eingehalten und alle

Wollens bestimme. Dies alles aber solle nur für Filialbanken, nicht aber für Direktbanken gelten. Hier drohten, so der GVB-Präsident, ein Bürokratiemoloch und gravierende Wettbewerbsverzerrungen.

Von dem seit Jahren angekündigten Bürokratieabbau sei ohnehin nichts zu spüren, wie eine Umfrage bei den bayerischen Genossenschaftsbanken ergeben habe. Am dringendsten sei der Abbau bei den Auflagen der Finanzaufsicht, im Steuerrecht, bei den EU-Anforderungen und bei den Statistikpflichten. Besonders aus dem Ruder gelaufen sei das Beauftragtenwesen. Derzeit müsse eine Bank etwa 20 Beauftragte haben. Die Bürokratie koste die bayerischen Genossenschaftsbanken im Jahr nach Untersuchungen des IW-Instituts in Köln jährlich etwa 164 Mio. Euro. Deutschlandweit auf alle Banken hochgerechnet addierten sich die Kosten auf sage und schreibe 3,1 Mrd. Euro. Götzl: „Das nenne ich bürokratisch organisierten Bankraub.“

Defizite und Ärgernisse

Effizienz und Transparenz vermisst der Genossenschaftsverband seit Jahren bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die Tatsache, dass dem Präsidenten nahezu alle Macht gegeben sei, sei nur schwer mit der freiheitlichen Grundordnung sowie den Grundsätzen ministerieller Verantwortung und parlamentarischer Kontrolle vereinbar. Deshalb brauche die BaFin einen Vorstand, ein Kollegialgremium mit klaren Ressortzuständigkeiten. Außerdem müsse die Bankenaufsicht mit der Bundesbank verzahnt werden, um Doppelarbeit zu vermeiden. Auch sei endlich exakt zu definieren, welche BaFin-Leistungen durch die Banken und welche durch die BaFin selbst zu bezahlen seien. Die Banken sollten nicht länger die Kosten für hoheitliche Aufgaben des Staates übernehmen müssen.

Bausparer gleich behandelt wurden.

Steigender Marktanteil nach Bausparsumme

Waren es im ersten Geschäftsjahr der Bausparkasse 1930 noch genau 889 neu abgeschlossene Bausparverträge über die Summe von 3,6 Millionen Reichsmark, so betreuen die LBS- und Sparkassenberater in Bayern heute 1,5 Millionen LBS-Bausparer mit mehr als zwei Millionen Verträgen über die Summe von knapp 49 Milliarden Euro. Damit besitzt jeder achte Bayer mindestens einen LBS-Bausparvertrag. Genau 242.772 Mal unterschrieben Menschen im Freistaat im vergangenen Jahr einen Bausparvertrag beim Marktführer. Aufgrund der Vertriebskraft der bayerischen Sparkassen und des eigenen Außendienstes konnte die LBS Bayern ihren Marktanteil nach Bausparsumme erneut um 1,3 Prozentpunkte auf 38,4 Prozent steigern. □

Ein besonderes Ärgernis sind für Götzl die Brüsseler Bestrebungen, die internationale Bilanzierungsregelungen IAS/IFRS auch für mittelständische Unternehmen einzuführen. Mittelständler könnten auch weiterhin nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) ordentlich bilanzieren. Im bestimmenden IAS-Board, das von internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Finanzkonzern dominiert werde, sei der deutsche Mittelstand, der zu 90 Prozent die deutsche Volkswirtschaft trage, überhaupt nicht vertreten. Er werde von dem Kartell der internationalen Finanzunternehmen, „das sich seine eigenen Gesetze macht“, noch nicht einmal angehört. Götzl: „Das ist nicht hinnehmbar, und deshalb werden wir unsere bayerische Stimme weiter erheben.“

Erhöhte Vertriebsanstrengungen

Geschäftspolitisch wollen Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken in diesem Jahr ihre Vertriebsanstrengungen erhöhen. Vor allem in den Bereichen Girokonten, kurzfristige Geldanlage und Baufinanzierung sehen die Kreditgenossenschaften einen wachsenden Konkurrenzdruck. Im Privatkundengeschäft, neben dem Geschäft mit der mittelständischen Wirtschaft die zweite Geschäftssäule, soll der Blick auf alle Altersgruppen gerichtet werden. Einen hohen Stellenwert werde dabei das Bildungssparen haben. Deshalb trete der Genossenschaftsbereich intensiv dafür ein, die angesparte Summe im Falle des Falles vom Hartz-IV-Zugriff auszunehmen und Bildungssparen staatlich zu fördern, vergleichbar dem Bausparen. Götzl: „Wer selbst beginnt, Geld für seine Bildung zur Seite zu legen, sollte dafür nicht bestraft werden.“ Besonders interessant ist auch die Gruppe der über 60-jährigen, das sogenannte neue Mittelalter. Denn keine Altersgruppe sei wohlhabender. dhg.



Münchener Hypothekbank eG

Kommunale Finanzierungen mit Erfahrung und Kompetenz >>

- >> Erstklassiger Service bei der Finanzierung Ihrer Investitionsprojekte
- >> Unser hervorragendes Rating sichert Ihnen ein optimales Preis-Leistungsverhältnis

Sprechen Sie mit dem Berater Ihrer Volksbank/Raiffeisenbank.

Planspiel Börse der bayerischen Sparkassen:

Die Sieger kommen aus Pegnitz

Fotofinish beim größten Schüler-Börsenspiel Europas

Die jüngste „Planspiel Börse“ - Runde verlief in Bayern spannend wie selten. Nach jeder Abrechnung wurden die Spitzenteams durcheinander gemischt. Sicher konnten sich die Sieger daher erst ganz zum Schluss sein. Mit einem Depotwert von 62.087,15 Euro setzte sich das Team „Bänderriss“ vom Gymnasium Pegnitz in Bayern gegen 9.459 Konkurrenten durch. In ganz Deutschland wurden bis zum Spielende 39.774 Teams gewertet. Bis zum Ende lieferten sich die Gymnasiasten, die von der Sparkasse Bayreuth betreut wurden, ein „Kopf an Kopf“-Rennen mit der zweitplatzierten Gruppe „Trendy“, betreut von der Sparkasse Nürnberg, die sich mit einer Differenz von nur 442,55 Euro geschlagen geben mussten.

Die Teams profitierten in diesem Herbst vom steigenden DAX. So auch „Bänderriss“ vom Gymnasium Pegnitz. Den zweiten Platz erarbeitete sich das Team „Trendy“ vom Paul-Pfinzing-Gymnasium Hersbruck mit einem Zuwachs von 23,3 Prozent und einem Depotwert von 61.644,60 Euro. „Trendy“ hatte sich schon den Titel des Herbstmeisters anlässlich des Münchner Börsentages am 11. November 2006 sichern können. Seit Spielmitte waren vor allem die Aktien von Acerinox mit einem Zuwachs von 45,4 Prozent, gefolgt von Air France KLM mit 29,1 Prozent, Garantien für eine gute Depotentwicklung.

Platz 3 auf Bundesebene

Auf Bundesebene belegte die Spielgruppe „Bänderriss“ den dritten Platz, die Spielgruppe „Trendy“ Platz vier. Die sechs besten Spielgruppen aus Deutschland wurden am 16. März 2007 zur Bundessiegererhebung nach Berlin eingeladen

Sparkassen erhalten von DBRS A (high) Rating

Die kanadische Ratingagentur Dominion Bond Rating Service (DBRS) hat der Sparkassen-Finanzgruppe ein Floor-Rating von A (high) für langfristige Verbindlichkeiten bzw. von R-1 (middle) für kurzfristige Verbindlichkeiten erteilt. Damit bewertet DBRS die Kreditwürdigkeit aller Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen mindestens mit A (high). Das Floor-Rating ist dabei unmittelbar kapitalmarktfähig.

„Das Floor-Rating von A (high) spiegelt die wirtschaftliche Stärke des Verbundes der Sparkassen-Finanzgruppe zutreffend wider, zumal auf Einzelinstitutsebene ja noch Potenzial nach oben verbleibt“, so Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), in Berlin.

Erfolgreiches Modell

Ausschlaggebend für das sehr gute Ergebnis sind laut DBRS vor allem der starke Zusammenhalt unter den Sparkassen, die fortschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe, der verlässliche Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, das erfolgreiche Geschäftsmodell der Gruppe und ihre hohen Marktanteile, die aktuelle Verkaufsoffensive 1 VORAUS sowie das ausgewogene Risikoprofil. Das von DBRS vergebene Floor-Rating von A (high) ist auf der Ratingnotenskala der kanadischen Agentur das Pendant zu Moody's A1. Damit erteilen zwei anerkannte Ratingagenturen unabhängig voneinander der Sparkassen-Finanzgruppe eine sehr hohe Ratinguntergrenze. □

Börse, sie bildete auch den Startschuss in das Jubiläumsjahr 2007.

Version für Studenten

Der Sparkassenverband Bayern nimmt dieses Jubiläum auch zum Anlass, um das Planspiel Börse zusätzlich in einer Version für Studenten anzubieten. Das Planspiel Börse wird in einer für Studenten veränderten Fassung zunächst in einer Pilotphase an ausgewählten Hochschulstandorten in Bayern angeboten. Die Sparkassenfinanzgruppe verstärkt damit ihren seit Jahren gepflegten wirtschaftspädagogischen Ansatz. Weitere Infos gibt es auch im Internet unter www.planspiel-boerse.de. □



V. l.: Dr. Robert Ertl, Marketingleiter Börse München; Rudolf Faltermeier, Vizepräsident Sparkassenverband Bayern; Direktor Siegmund Schiminski, Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Bayreuth; Wolfgang Schreiber, betreuender Lehrer Gymnasium Pegnitz; Oberstudiendirektor Rainer Roth, Schulleiter Gymnasium Pegnitz; Kunigunde Haas, Spielbetreuerin Planspiel Börse der Sparkasse Bayreuth; Ministerialdirigent Herrmann Lück, Bayerisches Wirtschaftsministerium. □

| absicherung kann ganz schön einengen |
INTELLIGENTE WERTSICHERUNGS-KONZEPTE NICHT. SIE LASSEN IHR ANLAGE-PORTFOLIO FRISCHE BÖRSENLUFT SCHNUPPERN - UND ERFÜLLEN HAUSHALTSRECHT! 100% SIND ENDE JEDEN JAHRES IMMER 100%. MINDESTENS!
| ideen nach vorn |

COMMERZBANK 

| Holen Sie sich jetzt Ihr individuelles Angebot! |

Finanzdaten für 2006 und 2007:

Lichtblicke am Horizont

Jahresprognose der kommunalen Spitzenverbände

Die Finanzlage vieler Städte hat sich im Jahr 2006 verbessert, vor allem durch einen starken Zuwachs der Gewerbesteuer-Einnahmen. Für das Jahr 2007 rechnen die Kommunen mit einem geringen Zuwachs der Steuereinnahmen und einem etwas stärkeren Plus bei den Investitionen. Dies geht aus der vom Deutschen Städtetag veröffentlichten aktuellen Jahresprognose der kommunalen Spitzenverbände zur Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise hervor.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, kommentierte die Finanzlage wie folgt: „Unsere Einnahmen haben sich 2006 so gut entwickelt wie lange nicht mehr. Das ist ein erfreulicher Lichtblick und stärkt die kommunale Finanzkraft. Die tief sitzenden strukturellen Finanzprobleme vieler Städte lösen sich allerdings dadurch nicht in Luft auf. Den Städten geht es genauso wie Bund und Ländern, die 2006 ebenfalls ein starkes Plus bei den Steuereinnahmen verzeichnen konnten, aber längst noch nicht finanziell saniert sind. Außerdem fallen die Zuwächse der kommunalen Einnahmen örtlich sehr unterschiedlich aus.“

Ude nannte folgende zentrale Fakten zum kommunalen Gesamthaushalt in den Jahren 2006 und 2007:

1. Die Einnahmen der Städte und Gemeinden aus der Gewerbesteuer (einschließlich Stadtstaaten) stiegen 2006 um gut 5 Milliarden auf einen Höchststand von 31 Milliarden Euro. Das Gesamtaufkommen der

Gewerbesteuer einschließlich der Bund und Länder zustehenden Gewerbesteuerumlage betrug 38 Milliarden Euro. Der Zuwachs der kommunalen Gewerbesteuer fiel ebenso wie bei der Körperschaftsteuer von Bund und Ländern erheblich stärker aus als von allen Experten erwartet. Für 2007 wird ein leichter Rückgang des Gewerbesteueraufkommens um 2,6 Prozent erwartet.

2. Erstmals seit dem Jahr 2000 verzeichneten die Kommunen im Jahr 2006 kein Jahresdefizit zwischen Einnahmen und Ausgaben. Der Finanzierungssaldo ist positiv, die Einnahmen der Gesamtheit der Kommunen lagen um 1,75 Milliarden Euro über den Ausgaben. 1 Milliarde Euro davon sind jedoch auf die Einnahmen der Stadt Dresden aus dem Wohnungsverkauf zurückzuführen. Für 2007 wird mit einem positiven Saldo von 1,3 Milliarden Euro gerechnet.

3. Trotzdem mussten die Kassenkredite der Kommunen 2006 bis Ende September um weitere 3,9 Milliarden auf 27,6 Milliarden Euro aufgestockt werden.

Finanzschwache Gemeinden nicht vergessen!

Erfreut zeigte sich der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, über die Ergebnisse der Steuereinnahmen 2006 laut kommunaler Kassenstatistik. Mit insgesamt 11,2 Milliarden Euro wurde ein neuer Höchststand erreicht. Etwa die Hälfte davon dieser Einnahmen stammt allein aus der Gewerbesteuer, die mit Brutto 6.244,4 Millionen Euro bzw. nach Abzug der Gewerbesteuerumlage mit Netto 5.060,7 Millionen Euro eine sehr positive Entwicklung genommen hat.

Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verzeichnet eine positive Entwicklung und liegt mit nunmehr 4.146,9 Millionen Euro fast wieder auf dem Niveau des Jahres 2000. Sogar der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer mit nunmehr 448,9 Millionen Euro weist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 4,2 Prozent aus; das ist ein deutliches Zeichen für die verbesserte konjunkturelle Lage. Das Grundsteueraufkommen hingegen ist relativ stabil geblieben.

Insgesamt verzeichnen die kommunalen Steuereinnahmen einen Zuwachs von 11,8 Prozent. „Jedoch darf nicht übersehen werden, dass die stetig steigenden Sozialleistungen diese Einnahmen größtenteils kompensieren. Zudem wird der Kuchen ungleich verteilt. Mehr als 50 Prozent des Geldes geht an die 25 Großstädte in Bayern. Die 2.031 kleineren bis mittelgroßen Städte, Märkte und Gemeinden müssen sich mit weniger als der Hälfte des Aufkommens begnügen. Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit. Wir dürfen die finanzschwachen Städte und Gemeinden nicht vergessen.“

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Finanz- und Innenministeriums sowie der kommunalen Spitzenverbände ist seit geraumer Zeit damit beschäftigt, Anpassungen am System des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern zu entwickeln. Im Sommer soll ein Gutachten Vorschläge verbreiten, wie mehr Verteilungsgerechtigkeit geschaffen werden kann. □

Denn der positive Abschluss des kommunalen Gesamthaushalts setzt sich zusammen aus Haushaltsüberschüssen und Haushaltsdefiziten in unterschiedlichen Kommunen. Dabei sind die Städte mit Defiziten weiter auf Kassenkredite angewiesen. Seit Anfang 2000 hat sich die Summe der Kassenkredite mehr als vervierfacht, damals beliefen sie sich auf nur

rund 6 Milliarden Euro. Ursache für den Anstieg sind nach wie vor hohe Defizite in den Verwaltungshaushalten vieler Städte. Sie summieren sich allein in den unmittelbaren Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages 2005 auf über 10,8 Milliarden Euro, Rechnungsergebnisse für 2006 liegen noch nicht vor.

4. Die Talfahrt der Investitionen in den Kommunalhaushalten wurde 2006 gestoppt. Nach einem leichten Plus von 1,3 Prozent im vergangenen Jahr wird 2007 ein Anstieg um 3,7 Prozent auf 19,6 Milliarden Euro erwartet. Zum Vergleich: 1992 hatten die kommunalen Investitionen noch bei über 33 Milliarden Euro gelegen. DK

Stoiber auf der IHM:

Plädoyer für weitere Reformen

Ministerpräsident Edmund Stoiber hat im Rahmen der IHM in München dazu aufgefordert, den Aufschwung konsequent für weitere Reformen zugunsten von Handwerk und Mittelstand zu nutzen. Stoiber: „Mit der unionsgeführten Bundesregierung dominieren in Deutschland wieder Optimismus und Aufbruchstimmung gerade im Mittelstand. Die wirtschaftspolitische Trendwende ist seit einem Jahr zugunsten von Wirtschaft und Arbeitsplätzen geschafft. Jetzt müssen wir den konjunkturellen Rückenwind für weitere Verbesserungen im Mittelstand und Handwerk nutzen.“

Unternehmensteuerreform

Als vordringliche Maßnahmen nannte Stoiber die Umsetzung der Unternehmensteuerreform mit einer deutlichen Entlastung vor allem auch für die mittelständischen Betriebe und die Erleichterung von Unternehmensnachfolgen bei der Erbschaftsteuer. Bayern wird nach den Worten Stoibers alles dafür tun, dass die Erbschaftsteuerreform mit der Erleichterung der Unternehmensnachfolge im Interesse von Handwerk und Mittelstand, wie vereinbart, in diesem Jahr kommt. Stoiber: „Wir wollen die Verbesserungen für unsere Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen so umsetzen, damit sie rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.“ □

Forderung des Bayerischen Städtetags:

Sonderprogramm für Krippenausbau!

Der Bayerische Städtetag begrüßt es, dass Bundesfamilienministerin von der Leyen für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Krippenplatz zur Verfügung stellen will. Der Vorsitzende, der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger, erklärte dazu: „Bereits bei unserer Jahrestagung 2005 zum Thema 'Städte ohne Kinder?' haben wir festgestellt, dass nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 90 Prozent der Mütter von Kleinkindern als Grund für ihre Nichterwerbstätigkeit angeben, keine ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten zu finden. Damit besteht akuter Handlungsbedarf, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Der Ausbau von Krippen ist dazu ein notwendiger Beitrag.“

Derzeit gibt es in Bayern für knapp 10 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz. Um die von der Ministerin vorgeschlagenen 35 Prozent zu erreichen, wären zusätzlich ca. 80.000 neue Krippenplätze für Bayern erforderlich.

Wie diese Kosten bezahlt werden sollen, sei ungewiss. Gehe man von Investitionskosten pro Krippenplatz von 37.000 Euro aus (Schätzung des Bundes), so betragen die Investitionskosten allein für die 80.000 zusätzlichen Krippenplätze in Bayern rund 3 Milliarden Euro. Die von Frau von der Leyen genannten 3 Milliarden insgesamt reichten also gerade mal für den Krippenausbau in Bayern.

Auch die jährlichen Betriebskosten sind Schaidinger zufolge nicht finanziert. Nach Schätzung des Bundes betragen die Betriebskosten eines Ganztagskrippenplatzes pro Jahr rund 12.000 Euro. Das bedeutet, dass die zusätzlichen 80.000 neuen Krippenplätze in Bayern jährlich zusätzlich rund eine Milliarde Euro kosten.

Nach dem bisherigen Verteilungsschlüssel zahlen der Frei-

staat, die Kommunen und die Eltern die Krippenkosten im Verhältnis von 40:40:20. Das bedeutet, dass für die 80.000 neuen Krippenplätze der Freistaat Bayern sowie die bayerischen Kommunen jeweils jährlich 400 Millionen Euro zusätzlich aufzubringen hätten. Zum Vergleich: Im Staatshaushalt sind laut Schaidinger nicht 400 Millionen Euro zusätzlich, sondern gerade mal 43 Millionen Euro insgesamt vorgesehen. Und auch wenn man den Kommunen nach dem Taschenspielertrick des Bundes vorrechnet, sie sollten doch die 100 Millionen Euro Entlastung durch die Hartz IV-Reform für die Kinderkrippen einsetzen, blieben immer noch 300 Millionen Euro jährliche Finanzierungslücke.

Schaidinger: „Der Ausbau der Krippenplätze ist richtig und notwendig. Wenn der Bund solche Ziele formuliert, muss er aber auch ein entsprechendes Sonderfinanzierungsprogramm aufstellen, wie beispielsweise beim IZBB für die Ganztagschulen. Ohne einen Finanzierungsvorschlag bleiben solche Ankündigungen ungedeckte Luftbuchungen.“ □

Mittelstands-Union München:

Mindestlöhne sind unsozial!

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Europaparlament wird von der Bundesregierung derzeit die Einführung von tariflichen oder gesetzlichen Mindestlöhnen geprüft. „Wenn sozial ist, was Arbeitsplätze schafft, dann sind Mindestlöhne unsozial. Sie zerstören Arbeitsplätze statt neue zu schaffen. Denn von Unternehmen, die ihre eigene Existenz nicht gefährden wollen, können nur Arbeitsplätze angeboten werden, die sich auch rechnen und ihre Löhne zumindest erwirtschaften“, meint dazu Thomas Schmatz, Bezirksvorsitzender der Mittelstands-Union München.

Durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sind Mindestlöhne bereits für das Baugewerbe festgeschrieben. Für das Gebäudereinigerhandwerk soll ein entsprechendes Gesetz im März 2007 verabschiedet werden. In der politischen Diskussion ist, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auch auf die Zeitarbeitsbranche auszuweiten. Nach den Vorstellungen der SPD soll ein branchenspezifischer Mindestlohn u.a. auch im Bereich der Gastronomie, des Friseurhandwerks und des Einzelhandels eingeführt werden.

Ausgrenzung der Schwächsten

„Löhne, die auf dem Markt nicht erwirtschaftet werden können, dürfen nicht vom Staat erzwungen werden. Versucht der Staat es dennoch, drohen Arbeitsplatzabbau, Verlagerung ins Ausland und zunehmende Schwarzarbeit. Dies gilt für gesetzliche wie für branchenspezifische Mindestlöhne gleichermaßen“, erklärt Thomas Schmatz. Dabei wendet sich die Mittelstands-Union München gleichermaßen entschieden gegen Dumpinglöhne: „Dumpinglöhne sind schon nach geltendem Recht sittenwidrig und Lohnwucher ist strafbar. Dabei soll es auch bleiben“, so Schmatz.

Nach Auffassung der Mittelstands-Union grenzt aber ein Mindestlohn vor allem die Schwächsten aus. „Arbeitnehmer mit man-

gelder Ausbildung oder Behinderungen werden durch den Mindestlohn vom Arbeitsmarkt verdrängt und sind somit auch hier in München zur Arbeitslosigkeit verdammt“, so Thomas Schmatz. Besonders betroffen wären nach Ansicht der Mittelstands-Union München jugendliche Berufsanfänger und Frauen mit Hinzuverdiensten, die überproportional im Niedriglohnbereich arbeiten. „Ein niedriger Lohn ist nicht mit Armut gleichzusetzen. Bei gering entlohnter Beschäftigung handelt es sich... in der Regel um Hinzuverdienste“, so Schmatz.

Solidargemeinschaft

Tatsächlich gibt es in Deutschland längst ein garantiertes Mindesteinkommen: Reicht das eigene Einkommen für die Existenzsicherung nicht aus, hilft die Solidargemeinschaft der Bürger durch soziale Transfers. „Der Staat darf diese Verantwortung nicht auf die Unternehmer abwälzen“, findet Schmatz. Denn ein Mindestlohn schütze auch nicht vor ausländischer Konkurrenz. Der verschärfte Wettbewerb im geringqualifizierten Bereich entstehe in erster Linie durch selbständige Tätigkeit, nicht durch Lohnarbeit. Der Mindestlohn biete sogar im Gegenteil besserqualifizierten Ausländern einen Anreiz, auf Stellen in Deutschland zu wechseln. Dadurch werden zusätzlich Geringqualifizierte verdrängt. □

Hürden gemeinsam meistern.
Zinslasten senken –
Marktchancen nutzen

Besuchen Sie unsere Veranstaltung
Kommunales Schuldenmanagement
am 16. April 2007, 10:30 – 16:30 Uhr
in der Deutschen Bank,
Promenadeplatz 15, 80333 München.

Anmeldung und weitere Informationen bei
Hans-Jürgen Gerlach – Kontaktdaten siehe unten.

Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement: Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner:
Hans-Jürgen Gerlach, Tel.: 0 89-23 90 22 09
E-Mail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com

www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor

Leistung aus Leidenschaft.

Deutsche Bank



Rettungsanker für Kommunen

Tagung in Beilngries rückte Genossenschaften in den Fokus der kommunalen Praxis

Im Rahmen des 2. KommFor.Schwerpunkts „Gemeinsam. Gleichberechtigt. Gewinnbringend. Genossenschaft“ fand in der Akademie Bayerischer Genossenschaften in Beilngries die Tagung „Die Genossenschaft als Betriebsform für public citizen partnership und interkommunale Zusammenarbeit“ statt, zu der KommFor.de Forum für Kommunikation in Zusammenarbeit mit dem Genossenschaftsverband Bayern eingeladen hatte.

Dass sich hinter dem Schlagwort „Public Citizen Partnership“ nicht nur eine leere Worthülse, sondern ein gangbarer Weg aus der kommunalen Finanzkrise verbirgt, wurde insbesondere anhand von Praxisbeispielen deutlich. Die Teilnehmer, darunter Bürgermeister und Kämmerer aus ganz unterschiedlich strukturierten Kommunen, waren sichtlich mit den Problemen vertraut, die im Rahmen des Seminars zur Sprache kamen. Mut machen konnte den kommunalen Finanzjongleuren insbesondere Frank Priebe, Vorstandsvorsitzender der Hallenbad Nörten-Hardenberg eG - die Umstrukturierung vom kommunalen Betrieb zur Genossenschaft hatte die Einrichtung vor der Schließung bewahrt.

Einführung

In die Materie führte Prof. Dr. Wolfgang Harbrecht vom Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg ein: „Die Genossenschaft als Unternehmensform zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben - Möglichkeiten und Grenzen“ lautete der Titel seines Vortrags, an den sich ein Vergleich verschiedener Unternehmensformen anschloss. Dr. Andrea Althanns vom Genossenschaftsverband Bayern

setzte die Genossenschaft in Relation zu Verein und GmbH und ging dabei auch auf die durch die Genossenschaftsnovelle in Kraft getretenen Änderungen ein. Als Beispiele für den öffentlichen Bereich nannte sie unter anderem Elektrizitätsgenossenschaften, Stadtmarketing sowie Hallenbäder, Heimatmuseen und Dorfläden. Die steuerlichen Besonderheiten der Genossenschaft stellte Uwe Pietzonka vom Genossenschaftsverband Bayern heraus.

Geschwächte Kassen

Was die Genossenschaft jedoch für Kommunen im Kern so attraktiv macht, wenn Zuschussbetriebe die geschwächten Kassen auszubluten drohen, machte Frank Priebe, 1. Bürgermeister der Gemeinde Nörten-Hardenberg in Niedersachsen, deutlich. Im Mai 2004 musste dort das Hallenbad geschlossen werden, da die Kommune nicht mehr in der Lage war, das Defizit von jährlich 250.000 Euro zu stemmen. „Wir sind mit einem Förderverein hausieren gegangen und haben um die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft geworben“, so Priebe, der sich persönlich für den Erhalt der Einrichtung stark gemacht hatte. Was er damit bewirkte, war vor allem breites bürgerschaftliches Engage-

ment. Bei einer Informationsveranstaltung hätten ihn die örtlichen Unternehmer belächelt, danach, beim dritten Bier, sah alles anders aus: „Da habe ich sie bei ihrer Ehre gepackt.“ So übernahm die gegründete Genossenschaft den Betrieb des Hallenbads, das im Jahr 2005 nach einer Generalsanierung wieder eröffnet werden konnte. Nicht nur die tarifrechtlichen Regelungen der freien Wirtschaft hatten zur Senkung des Defizits geführt, auch die Lieferanten gingen mit der Genossenschaft anders um als zuvor mit der Gemeinde. So senkte der Chemielieferant seine Preise um die Hälfte des bisherigen Betrags. Vor allem aber das ehrenamtliche Engagement der mittlerweile über 300 Genossenschaftsmitglieder wirkte sich positiv auf die Betriebsbilanz aus, so Priebe, der anhand von Folien die Struktur des Unternehmens darstellte.

Beispiel aus der Praxis

Ein Praxisbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit lieferte den Tagungsteilnehmern Anja Terpitz, Regionalmanagerin der Genossenschaft „Sächsisches Zweistromland“. Was dort in der Region zwischen Dresden, Leipzig und Chemnitz mit einem Ansturm auf den EU-Fördertopf „LEADER+“ begann, gilt inzwischen als der einzige im Rahmen einer Genossenschaft agierende kommunale Verband in Deutschland. Über drei Landkreise hinweg haben sich Gemeinden und Städte zusammengeschlossen, um gemeinsames Regionalmar-

keting zu betreiben. „Die Genossenschaft dient der kommunalen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region zum Zweck der langfristigen Verbesserung der Lebens- und Standortqualität im ländlichen Raum“, zitierte Terpitz die Zielsetzung des bislang einzigartigen Unternehmens.

Die Tagungsteilnehmer versorgte die Diplom-Geographin mit vielen praktischen Tipps zur Gründung und steckte die Grenzen zwischen den einzelnen Organen der Genossenschaft ab. In der darauf folgenden Diskussion ergaben sich viele Anregungen für interkommunale Zusammenarbeit, unter anderem in den Bereichen Verwaltung, Bauhof und Kinderbetreuung. Die Genossenschaft wurde hier als klare Alternative zum Zweckverband hervorgehoben. Allerdings betonte Anja Terpitz: „Man muss noch etwas für das Image der Genossenschaften tun“ - insbesondere im Osten Deutschlands sei der Begriff noch aus DDR-Zeiten negativ besetzt.

Kommunale Kooperationen

Wolfdieter von Trotha vom Genossenschaftsverband Bayern (GVB) schwor im Zuge der Debatte die Tagungsteilnehmer auf das Analysieren von Problemfeldern ein: „Der Ansatz muss sein: Wie kriege ich bestehende Probleme in den Griff? Die Lösung liegt zunehmend in kommunalen Kooperationen.“ Im Anschluss referierte von Trotha über die sechs klassischen Schritte zur Gründung einer Genossenschaft - von der Unternehmens- und Wirtschaftlichkeitskonzeption über die Gründungsversammlung bis hin zur notariellen Eintragung - und hob die kostenfreie Beratung durch den Genossenschaftsverband hervor. □



Hans-Jürgen Fröchtenicht, Vorsitzender des Kreisverbandes der Genossenschaftsbanken im Landkreis Augsburg und Vorstand der Raiffeisenbank Bobingen (links), zusammen mit dem schwäbischen Europaabgeordneten Markus Ferber. □

Genossenschaftsbanken contra EU-Pläne

Landkreis Augsburg (pm). Eine aktuelle Studie der EU-Kommission hat das Drei-Säulen-Modell der deutschen Bankenstruktur aus Genossenschaftsbanken, Sparkassen und Privatbanken als wettbewerbsverzerrend bezeichnet. Insbesondere die regionale Gebietsaufteilung im öffentlichen Bankenwesen wird als protektionistisch eingestuft, und die Verbundstrukturen von Genossenschaftsbanken und Sparkassen seien ein Wettbewerbshindernis.

Als Ergebnis könne eine kartellrechtliche Untersuchung der Bankengeschäftsmodelle hierzu nicht ausgeschlossen werden. Schwabens Europaparlamentarier Markus Ferber widersprach diesen Vorwürfen energisch: „Das deutsche Bankenwesen ist vielseitig, jeder Kunde kann das für ihn individuelle Angebot finden, in anderen Ländern ist diese Auswahl nicht möglich.“

Höchste Auszeichnung

Bei einem Arbeitsgespräch mit Hans-Jürgen Fröchtenicht, dem Vorsitzenden des Kreisver-

bandes der Genossenschaftsbanken im Landkreis Augsburg und Vorstand der Raiffeisenbank Bobingen, informierte sich Ferber über die Reaktion der Genossenschaftsbanken auf die Forderungen aus Brüssel. Fröchtenicht betonte, „dass es in keinem anderen Land eine vergleichbare flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen gibt“. Gleichzeitig setzten Kunden aus der Region in der Regel auf langfristige Bankverbindungen. „Das ist die höchste Auszeichnung, die der Kunde im wettbewerbsintensiven Markt zu vergeben hat“, so Fröchtenicht. □

Keine Bank ist näher!

Partner vor Ort

- in mehr als 3.300 Geschäftsstellen mit 16.000 Beratern
- für über 7 Mio. Mitglieder und Kunden in Bayern
- Persönliches Engagement, das Sie in den Mittelpunkt stellt

Volksbanken
Raiffeisenbanken 

Europaweite Einführung von SEPA:

Die neue Zahlungsverkehrswelt

Nichts ist so beständig wie der Wandel - Nach der Euroumstellung kommt nun der einheitliche „Euro/Europäische Zahlungsverkehr“

Von Götz Rinn und Frank Prescher

Die jüngste Veränderung im vereinten Europa betrifft den gesamten Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden innereuropäischen Zahlungsverkehrs. Die Kommunen und insbesondere ihre Unternehmen mit starkem Zahlungsverkehrsaufkommen sind davon massiv betroffen - und zwar bei allen Zahlungen. Ab 2008 wird ein einheitlicher europäischer Zahlungsverkehrsraum, in dem es nur noch einen Binnenzahlungsverkehr und keine Unterschiede zwischen inländischem und europäischem grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr mehr gibt, Wirklichkeit werden.

Neben den enormen Vorteilen bringt dies tiefgreifende Veränderungen für die bestehenden Zahlungswege und -systeme, technischen Voraussetzungen und nicht

dieser so genannten Single Euro Payment Area (SEPA) im Hinblick auf den Umfang, die Komplexität und die Bedeutung für den europäischen Wirtschafts-

Kommunen sollen Vorreiter sein

Die EZB bestätigt in ihrem Fortschrittsbericht die bereits mit der europäischen Kreditwirtschaft einvernehmlich definierten Termine für die Umsetzung der SEPA. So sollen ab 2008 die ersten grenzüberschreitenden Instrumente bereit stehen. Nach einer Übergangszeit, in der sowohl die „alten“ Systeme als auch die neuen Instrumente parallel zur Verfügung stehen werden, soll die SEPA bis spätestens 2010 vollumfänglich eingeführt und ausschließlich verfügbar sein. In diesem Prozess regt die EZB insbesondere an, dass Regierungsstellen und öffentliche Institutionen als Bankkunden die SEPA-Verfahren frühzeitig unterstützen sollten - denn sie sind „heavy user“ und decken einen nicht unbedeutenden Anteil am zukünftigen SEPA-Zahlungsverkehrsvolumen ab.

Kein Stein bleibt auf dem anderen

Um den europaweiten Zahlungsverkehr zu harmonisieren, wurde von den europäischen Spitzenverbänden der Kreditwirtschaft das European Payment Council (EPC), eine mit dem zentralen Kreditausschuss in Deutschland vergleichbare Institution, gegründet. Dieses erarbeitet neue Zahlungsinstrumente, Formate und Standards um europaweit automatisierte Zah-

Unsere Autoren



Götz Rinn, Kommunalkundenbetreuer, München, Tel.: 089/35641060, eMail: goetz.rinn@commerzbank.com.



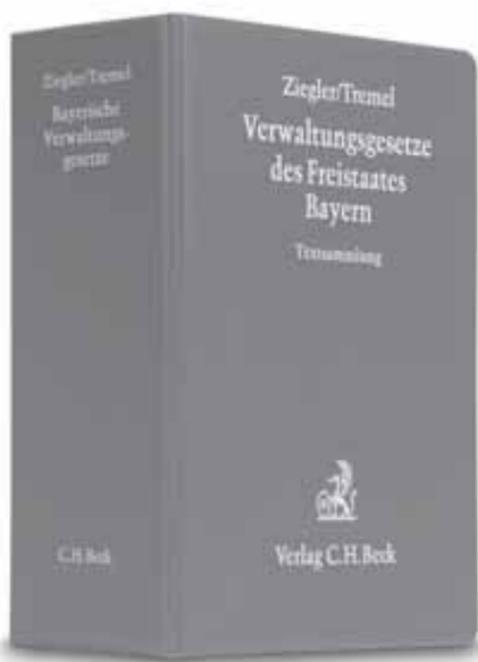
Frank Prescher, Kommunalkundenbetreuer, Nürnberg, Tel.: 0911/1311245, eMail: frank.prescher@commerzbank.com.

zuletzt den rechtlichen Rahmen mit sich - im europäischen Ausland wie auch in Deutschland.

Die Europäische Zentralbank (EZB) vergleicht die Umsetzung

raum mit der Einführung des Euros. Dies erfordert auch von den Kommunen und kommunalen Unternehmen eine erhebliche Kraftanstrengung.

Die Textsammlung zum bayerischen Landesrecht



Neu mit Stand Januar 2007:

u. a. mit den Änderungen der Gemeindeordnung, der Bezirksordnung und der Landkreisordnung. Darüber hinaus wurden die neuesten Änderungen des Gesetzes über das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes und der Bayerischen Hochschul-Lehrerenebenverordnungen eingearbeitet.

Der »Ziegler-Tremel«

ist die umfassende Textsammlung zum Bayerischen Verwaltungs- und Verfassungsrecht. Sie enthält, alphabetisch geordnet, die in Praxis und Ausbildung wichtigen Gesetze und Verordnungen. Das Werk bietet im übrigen umfassende Verweisungen auf andere Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Bekanntmachungen.

Fax-Coupon

Exempl. 978-3-406-45217-8
Ziegler/Tremel, Verwaltungsgesetze des Freistaates Bayern
94. Auflage, 2007, Rd. 3300 Seiten. Im Ordner € 45,-
Ergänzungslieferungen erhalten Sie bis auf Widerruf.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum/Unterschrift _____ 136585

Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, die Ware innerhalb von 2 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihren Lieferanten (Buchhändler, Book-Shop.de oder Verlag C.H. Beck, c/o Nürnberger Verlagshaus, Augsburg, Postfach 10 15 51, 91051 Nürnberg) zurückzusenden, wobei die rechtliche Abwicklung gemäß. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant.
© Verlag C.H. Beck oHG, Wetzlar, 9. 60881 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck, 90794 München
Fax: 089/38189-402, www.beck.de



Die wichtigsten Änderungen auf einen Blick

Heute	SEPA
Individuelle und nationale Märkte	→ Lokaler, geregelter Markt
Unterschiedliche Abwicklungsmodelle	→ Einheitliche Abwicklungsformen
Unterschiedliche Standards	→ Gemeinsame Standards
Unterschiedliche Usancen	→ Europäische Regelungen
Unterschiedliche gesetzliche Bedingungen	→ Gemeinsames rechtliches Rahmenwerk
Lastschrift	→ SEPA European Direct Debit (EDD)
Überweisung	→ SEPA European Credit Transfer (ECT)
Kartenzahlung	→ SEPA Cards Framework (SCF)
Einzugsermächtigung / Abbuchungsauftrag	→ Mandat
DTAUS / DTAZV	→ SEPA-XML

Die Hürden der SEPA

In nahezu allen Bereichen des Zahlungsverkehrs sehen wir die größten Hürden auf dem Weg zur SEPA im technischen und administrativen Bereich. Von besonderer Relevanz für Kommunen und kommunale Unternehmen ist hier insbesondere das neue Lastschrift- und Überweisungsverfahren.

• Administrative...

Während es für Überweisungen, bei denen die Kommune oder das kommunale Unternehmen Begünstigte sind (Gebühren, Zwangs- oder Bußgelder und Rechnungen) lediglich notwendig ist, dem Zahlungspflichtigen die neue Bankverbindung bekannt zu geben oder neue Überweisungsträger anzufertigen, ist der administrative Aufwand für ausgehende Zahlungen oder Lastschrifteneinzug zugunsten der Kommune oder des Unternehmens ungleich höher.

Da mit der Einführung der SEPA Kontonummer und Bankleitzahl durch IBAN und BIC ersetzt werden, ist es unabdingbar die Datenbestände aller Bürger und Kunden zu aktualisieren. Es müssen sämtliche Bankverbindungen neu erfasst werden, da eine automatisierte Überführung von Kontonummer und Bankleitzahl in IBAN und BIC nicht möglich ist. Hiervon unmittelbar betroffen sind alle Transfers an Bürger oder Kunden wie Eltern- und Kindergeld, Sozialleistungen oder Zuschüsse und Lastschriften, die zum Beispiel beim Einziehen der Grund- und Gewerbesteuer Anwendung finden. Besondere Belastungen sind hier auch für kommunale Unternehmen wie Stadtwerke oder die Abfallwirtschaft zu erwarten, die sehr große Volumina an Lastschriften buchen.

Im Bereich der Kartenzahlungen sind insbesondere die Kassen in den Verwaltungen (Kreisverwaltungsreferate, Führer-

scheinstellen etc.) mit Terminals aber auch der Öffentliche Personennahverkehr und Parkscheinautomaten betroffen.

• ...technische...

Durch die europaweiten Standardisierungen müssen Kommunen und kommunale Unternehmen zeitnah zusätzlich technische Vorkehrungen treffen. So gilt es hier abzuklären, ob die bestehenden Buchhaltungs- und Buchungssysteme SEPA-kompatibel sind, d.h. ob das neue Format XML und die zusätzlichen Informationen wie Rechnungsnummer, Kundennummer etc. verarbeitet werden können. Die Zuverlässigkeit der Systeme und Rechner muss hier durch umfangreiche Probelaufe im Vorfeld geklärt werden.

• ...und rechtliche Veränderungen

Im Hinblick auf den rechtlichen Rahmen wird es neue Voraussetzungen für den Lastschritteneinzug und neue Widerspruchsregelungen geben. Hierfür wird zwischen Zahlungspflichtigem und Zahlungsempfänger einmalig eine Vereinbarung (Mandat) ausgetauscht, die beim Zahlungsempfänger vorgehalten wird. Sie ersetzt die bisherige Einzugsermächtigung und den Abbuchungsauftrag. Für die Kommunen und kommunalen Unternehmen bedeutet dies, dass auch im Inland sämtliche Abbuchungsaufträge und Einzugsermächtigungen den Status „Unautorisierte Transaktion“ erhalten, für den es gesonderte Rückgabefristen gibt. Hier sollten bei allen Bürgern und Kunden neue Mandate eingeholt werden - ein nicht zu unterschätzender logistischer Aufwand.

Weitere Informationen:

Die Commerzbank hat intensive Vorarbeiten zur SEPA-Umstellung geleistet. Erste Ansprechpartner in den Filialen vor Ort sind die jeweiligen Betreuer für den öffentlichen Sektor. □

Gewässernachbarschaften:

Bayernweiter Beratertag in Regensburg

Beim 6. Beratertag der Gewässernachbarschaften Bayern in der Regierung der Oberpfalz standen der Rückblick auf bisher veröffentlichte Unterlagen und die Erfahrungen, die vor Ort damit gemacht wurden, im Mittelpunkt des Interesses. Neben den bereits bekannten Themen „Hochwasser an kleinen Gewässern“, „Gehölzpflege und Uferschutz“ sowie „Eigendynamik und Unterhaltung“ wurde auch ein neues Schwerpunktthema vorgestellt: „Unterhaltung von Gräben“.

In Bayern sind die Städte und Gemeinden sowie die Wasser- und Bodenverbände für die Unterhaltung und den Ausbau der ca. 60.000 km kleineren Flüsse und Bäche zuständig. Um sie bei der fachgerechten und wirtschaftlichen Wahrnehmung dieser Aufgaben zu unterstützen, wurden die Gewässer-Nachbarschaften Bayern 2002 von den kommunalen Spitzenverbänden und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ins Leben gerufen.

Kleine Gewässer stehen für einen bayernweiten Umwelt- und Naturschutz, bieten Lebensqualität und Freizeit und Erholung vor der Haustüre, bereichern das

Landschafts- und Ortsbild, sind Schlüsselfür Artenreichtum, leisten einen wichtigen Beitrag zum Hochwasserrückhalt in der Fläche. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, bedürfen die Gewässer einer fachgerechten Pflege und Entwicklung (Gewässerunterhaltung).

Ein ganzheitlicher Hochwasserschutz bedarf, soll er sinnvoll, umsetzbar und wirtschaftlich sein, einer gemeindeübergreifenden Abstimmung. Hochwasserschutz hat drei Handlungsfelder, die sich gegenseitig ergänzen: Hochwasservorsorge, technischer Hochwasserschutz und Rückhalt in der Fläche. Um Schäden nach-

(Fortsetzung auf Seite 11)

Getrennte Abwassergebühr - ja oder nein?

Dr. Juliane Thimet vom Bayerischen Gemeindetag plädierte bei AKOGIS-Tagung für Anwendung des Gebietsabflussbeiwerts

Würzburg. Zahlreiche Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohner überlegen laut Dr. Juliane Thimet vom Bayerischen Gemeindetag derzeit, eine gesplittete Abwassergebühr einzuführen. Über verschiedene Verfahren zur Trennung der Gebühren in Schmutz- und Niederschlagswasser diskutierte Thimet am 15. Februar mit Gemeindevertretern und Ingenieuren in der Würzburger Fachhochschule. Organisiert wurde die Info-Veranstaltung vom Arbeitskreis Kommunale Geoinformationssysteme (AKOGIS) in der Fördergemeinschaft der FH Würzburg-Schweinfurt.

Die Diskussion über die gesplittete Abwassergebühr kam durch die Entscheidung des

Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs am 31. März 2003 in Gang. Demnach ist es unum-

Bayernweiter Beratertag ...

(Fortsetzung von Seite 10)

haltig zu vermeiden, sind die drei Handlungsfelder gleichwertig (integriert) anzugehen. Durch natürlichen Rückhalt werden Hochwasserwellen gedämpft. Der technische Hochwasserschutz bringt zusätzliche Sicherheit für Siedlungen. Mit der Hochwasservorsorge wird u. a. das notwendige Gefahrenbewusstsein geschaffen.

Auch natürliche Gewässer kennen Hochwasser. Gegenüber ausgebauten Gewässern weisen diese aber meist ein gedämpftes Abflussverhalten auf. Der natürliche Rückhalt in der Fläche wird durch eine qualifizierte Unterhaltung und die zielgerichtete (Eigen-) Entwicklung der Gewässer gefördert. Die wichtigsten Handlungsfelder der Kommunen sind dabei:

- Freihalten bzw. entsprechende Nachnutzung freierwerdender hochwassergefährdeter Flächen im Rahmen der Bauleitplanung
- Nachhaltiger Umgang mit Niederschlagswasser
- Beratung der Bürger zur Verhaltens- und Bauvorsorge
- Frühzeitige Warnung der Bürger im Hochwasserfall
- Reduzierung des Schadenspotentials in Überschwemmungsgebieten
- Fachgerechte Gewässerunterhaltung.

Was die Grabenunterhaltung anbelangt, so muss diese gewässer- und naturverträglich sein. Daher sollte die grundlegende Unterhaltung immer mit Wasserwirtschaft, Naturschutz und Fischerei abgestimmt werden.

Wichtig ist: Die Grabenunterhaltung in der Landwirtschaft muss auf Flora und Fauna Rücksicht nehmen. Wie die gute fachliche Praxis, Düngeverordnung und Pflanzenschutzgesetz fordern, sollen Ackerkrume, Düng- und Spritzmittel nicht in die Gewässer gelangen. Zu den Gräben muss „Abstand“ gehalten werden, wenn diese wasserführend (auch zeitweise trocken) sind, ihr Gewässerbett auch ohne Wasserführung erkennbar ist und die Vegetation der Sohle überwiegend gewässertypisch ist. Ideal ist es, entlang der Gräben Randstreifen, beispielsweise im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen, anzulegen.

Beim Thema „Gräben und Wasserwirtschaft“ kann die Grabenunterhaltung auf Grundlage eines Gewässerentwicklungsplanes erfolgen. Ziele sind z. B.:

- Gräben nicht eintiefen, unter Umständen steile Böschungen abflachen.
- Teile wertvoller Strukturen, z.B. Uferabbrüche belassen bzw. In Teilabschnitten Seggen und Hochstauden stehen lassen.
- Pufferstreifen „liegen lassen“ oder ausweisen
- Sohle u. Böschungen möglichst strukturreich und rau bearbeiten.
- Erst räumen bzw. mähen, einige Tage liegen lassen und später abräumen um ausgeworfenen Tieren die Rückwanderung zu ermöglichen.
- Maschinen und Geräte natur- und gewässerverträglich einsetzen.
- Möglichst keine Schlägel-

gänglich, die Abwassergebühr zu trennen, wenn die Regenwasserbeseitigung - abzüglich des Kostenanteils für die Straßenentwässerung - mindestens 12 Prozent an den Gesamtkosten für die Abwasserbeseitigung ausmacht. Nach Thimets Einschätzung ist dies bei 90 Prozent aller bayerischen Kommunen der Fall.

Thimet wies darauf hin, dass die Splittung jedoch nur dann notwendig ist, wenn die Bürger dies verlangen. Tatsächlich werde derzeit verstärkt über Splittungen nachgedacht, ohne dass der Bürgerwunsch dies fordert. Gemeinden, die freiwillig eine Splittung vornehmen wollen, rät Thimet, die Gebühr für das Niederschlagswasser per Gebietsabflussbeiwert zu ermitteln.

Dieser Wert sei natürlich ungenau, räumte die Abwasserexpertin ein. Gerichtlich werde er jedoch akzeptiert. Thimet verwies auf ein Urteil des BayVGH vom 22. September 2003. Damals musste die Stadt Würzburg den von ihr eingeführten Gebietsabflussbeiwert gerichtlich überprüfen lassen. Die Richter hielten den Gebietsabflussbeiwert mal die Grundstücksfläche als Gebührenmaßstab für rechtens.

Die Abwasserspezialistin verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es sich bei der Gebühr für Niederschlagswasser um eine geringe Kostenmasse handelt. Aufwändige Methoden zur Gebührenermittlung durch möglichst exakte Erfassung der tatsächlich versiegelten Flächen erhöhten die Gebühr deutlich.

mäher (Mulcher) und Saugbagger verwenden.

- Stellenweise Gehölze zulassen
- Fräsen an wasserführenden Gräben nur nach Genehmigung durch die Untere Naturschutzbehörde einsetzen.

Gerade bei der maschinellen Unterhaltung kann z.B. der Löffelbagger oder ein Mähkorb so eingesetzt werden, dass viele Arten eine Überlebenschance haben. Das Wissen und Verständnis der Unterhaltungsverpflichteten und der Ausführenden vor Ort ist hier besonders wichtig. **DK**

Diese Tatsache sei vielen Bürgern, die eventuell einem Gebietsabflussbeiwert als grober Wahrscheinlichkeitsmaßstab bei der Gebührenermittlung zunächst skeptisch gegenüberstehen, meist leicht zu vermitteln.

Wer zum Einstieg in die Gebührentrennung die versiegelte Fläche exakt bemisst, warnte Thimet, müsse dies in jedem Veranlagungszeitraum neu tun. Jede kleinste Veränderung müsse neu in die Datenbank eingegeben werden. Bei Anwendung des Gebietsabflussbeiwerts hingegen werden Änderungen auf Antrag der Bürger nur dann akzeptiert, wenn eine Abweichung der - laut Beiwert - angenommenen Versiegelungsfläche zur tatsächlichen Versiegelung in Höhe von 25 Prozent nachgewiesen wird.

Laut Thimet führte die Stadt München bereits in den 1970er Jahren den Gebietsabflussbeiwert ein. Die Stadt kommt mit insgesamt fünf Gebietskategorien mit jeweils ähnlicher Bebauung aus. In Kategorie 1 beträgt der Abflussbeiwert 0,2, in Kategorie 5 wird mit dem Faktor 0,9 multipliziert. München ist laut Thimet eine von rund 70 Kommunen, die den Gebietsabflussbeiwert bisher eingeführt. Bei diesen 70 Kommunen handle es sich vorwiegend um größere Städte.

Mariella Sachs von AKOGIS riet Gemeinden, die sich zur Einführung des Gebietsabflussbeiwerts entscheiden, die jeweiligen Zonen genau einzuteilen. Andernfalls seien zahlreiche Änderungsanträge der Bürger zu erwarten. Die zu bearbeiten, koste viel Zeit und Geld.

Wer den Gebietsabflussbeiwert einführt, kommt nach Angaben der Expertin darum herum, Anschlussverhältnisse zu ermitteln. Gemeinden, die sich für andere Methoden zur Ermittlung der Niederschlagsgebühr entscheiden, müssen teilweise aufwändig untersuchen, ob ein Anschluss an die Kanalisation besteht, ob es Zisternen mit oder ohne Überlauf gibt, ob auf einem Flurstück Versickerungseinrichtungen existieren oder ob das Niederschlagswasser natürlich versickert.

Laut Sachs fallen bei der Einführung der getrennten Abwassergebühr die wenigsten Kosten an, wenn sich eine Gemeinde für den Gebietsabflussbeiwert entscheidet. So investierte die Stadt Würzburg vor zehn Jahren lediglich rund 55.000 Euro in die Einführung der Gebührentrennung. Die Stadt Haßfurt in Unterfran-



Emter schafft neue Kapazitäten:

Innovative Verwertung von Klärschlamm

Anlage im Oktober 2007 betriebsbereit

Neue Wege bei der thermischen Verwertung von Klärschlamm beschreitet die Firma Emter aus Altenstadt bei Schongau. Im Oktober dieses Jahres soll die neue Anlage in Betrieb gehen. „Wir sind mit dem Rohbau der Halle fast fertig, die ersten Anlagenkomponenten stehen zur Montage bereit“, sagte Johann Emter, Geschäftsführer der Emter GmbH (im Foto links). Mit dieser hochmodernen thermischen Klärschlammverbrennungsanlage schaffe das Unternehmen weitere, dringend benötigte Kapazitäten im Oberland, so Emter. Jährlich könne man für die Kommunen mit dieser neuen Technologie ca. 120.000 Tonnen Klärschlamm umweltfreundlich und preisgünstig entsorgen. Zwei Verbrennungsöfen garantieren hohe betriebliche Verfügbarkeit. Die Trocknung des Klärschlammes erfolgt durch eine Wannentrocknungsanlage. Die geruchsbehaftete Abluft aus der Lagerung und aus der Brüdenkondensation wird den Verbrennungsöfen zugeführt. Damit bleibt die Umwelt unbelastet. Die Abgasreinigung geschieht in zwei Stufen. Ein eigenes Klärwerk wird sicherstellen, das nur unbelastetes Abwasser in die Kanalisation gelangt. Emter: „Mit dem Neubau liegen wir voll im Zeitplan. Im September beginnt der Probetrieb, die Aufnahme des Routinebetriebs ist für Anfang Oktober vorgesehen.“ □

ken hingegen, die sich für die Methode der Selbstauskunft entschieden hatte, investierte insgesamt 300.000 Euro in die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr. Allein 120.000 Euro wurden für den Aufbau einer Kanaldatenbank benötigt. Die Ermittlung der versiegelten und Abwasser relevanten Flächen kostete fast 80.000 Euro.

Eine ähnlich hohe Summe wie Haßfurt gab die Gemeinde Helmstadt im Kreis Würzburg aus, die sich für Begehungen als Instrument der Gebührenermittlung entschied. Rund 75.000 Euro investierte Volkach im Kreis Kitzingen, das den Gebührenmaßstab für das Niederschlagswasser durch eine Befliegung des Gemeindegebiets ermittelte. □

EMTER TECHNOLOGIE-FORMEL

FÜR MODERNE KLÄRSCHLAMM-ENTSORGUNG



Klärschlamm in Bayern, jährlich sind rund 6 Mio. t zu entsorgen.

Neue Emter Verbrennungsanlage im Bau

Zur thermischen Entsorgung von Klärschlamm baut die Emter GmbH derzeit in Altenstadt/Schongau eine moderne und hocheffiziente Verbrennungsanlage. Die Inbetriebnahme ist für Oktober 2007 geplant. Rund 120.000 t können hier pro Jahr umweltschonend entsorgt werden.

Emter-Vorteile

Die Technologie-Formel der Emter GmbH: Optimale Energieeffizienz, Neutralisierung der Schadstoffe, keine Belastung der Böden, saubere Abluft, dezentrale Anlage. Das neue Klärwerk sorgt für klares Wasser.

Entsorgungskonzept aus einer Hand

Ab Oktober bietet die Emter GmbH ein Entsorgungskonzept aus einer Hand: Komplett Transportabwicklung, Entsorgungssicherheit, Kosteneffizienz, Zukunftssicherheit, ökologische Akzeptanz und Nachhaltigkeit durch Kreislaufentsorgung der Rückstände.

Einladung zum Emter-Forum

Auf einer Informationsveranstaltung am Donnerstag, 24. Mai 2007, ab 11.00 Uhr, wird die Emter GmbH in der in Bau befindlichen Anlage die Technologie vorstellen.

Ort: Emter GmbH - Thermische Verwertung in Altenstadt, Wolfgarten 1 (an der B 472 Schongau - Marktberdorf).

Anmeldungen bitte an:

Emter GmbH
Alpenstraße 50, 86972 Altenstadt
Telefon: 08861/2344-0
Telefax: 08861/2344-55
Internet: www.emter-gmbh.de
E-Mail: emter-gmbh@t-online.de



Das Mono-System macht's möglich:

Innovation im Bauwesen

Alle Leitungen in einem Graben - alle Hausanschlüsse aus einem Schacht

Hans Würmseher hat eine Vision: Bereits 1999 stellte der Berater Ingenieur und Architekt aus Ruhstorf, Landkreis Passau, sein „Mono-Erschließungssystem“ vor. Mit dieser innovativen Idee will er beweisen, dass bessere Systeme auch kostengünstiger sein können. Längst ist das Mono-System patentiert; Auszeichnungen zeugen vom kreativen Weitblick des unermüdeten Experten in Sachen Ver- und Entsorgung.

Schon lange dürfte dem Steuer- und Gebührenzahler folgendes Szenario ein Dorn im Auge sein: Die Straße wird aufgegraben, Arbeiter reparieren eine Leitung. Das Loch wird aufgefüllt, verdichtet und asphaltiert. Unzählige Male kann sich die Szene an genau derselben Stelle wiederholen. Einmal Gas, einmal Kabel, einmal Strom, einmal Kanal. Das Resultat: Fleckerlteppich, Frostschäden, Holperpisten, Schlaglöcher.

Alle Aktionen in einem Graben

Ein ähnliches Dilemma kennt jeder, der schon einmal ein Haus gebaut hat: Erst kommt der Wasserexperte, gräbt das Grundstück um und stellt diese Arbeitsleistung in Rechnung. Anschließend werden Strom und Gas separat in Angriff genommen. Dass sich diese Aktionen an einem Tag, mit einem Bagger und in einem Graben durchführen lassen, wurde bereits in diversen Kommunen eindrucksvoll bewiesen. Die Beteiligten jedenfalls zeigen sich ausnahmslos mit dem Mono-Prinzip zufrieden.

Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler

Beim Ruhstorfer Pilotprojekt beispielsweise gab es nach Auskunft des Bauamts bislang „nicht ein Problem“. Die Gemeinde sparte etwa 30 Prozent der Erschließungskosten, als sie 1999 das Baugebiet „Am Grafenholz“ erschloss. Der Bund der Steuerzahler in Bayern verlieh Hans Würmseher dafür den Kreativpreis. Zudem erhielt der Architekt 2001 beim Wettbewerb „Geschäftsidee“ des Kompetenzzentrums für Existenzgründungen und Regionale Netzwerke Degendorf eine Auszeichnung.

Auch die Einstellung der Versorger ist heute positiv. Wassermeister Johann Büttner von der Wasserversorgung „Ruhstorfer Gruppe“ erklärt: „Das Mono-System hat uns zu hundert Prozent überzeugt. Der Anschluss über das Leerrohr vom Schacht ins Haus und die Wartung über den Schacht, in den man einfach nur hineinsteigen muss - das alles funktioniert prima.“

Herzstück des Systems ist der patentierte „Mono-Schacht“, für

den keine Kanaldeckel und Schieberkappen für Gas und Wasser in der Straße sowie Hausanschluss-schächte in den angeschlossenen Grundstücken mehr benötigt werden.

Das Motto lautet: „Deckel auf, Leiter runter“ - und schon sind alle Hauptleitungen sowie die dem Schacht zugehörigen Hausanschlussabgänge für Schmutz-

sorger mit ihren sonst anfallenden Kosten, so dass für den Kanal nur noch ein kleiner Teil der Kosten verbleibt.

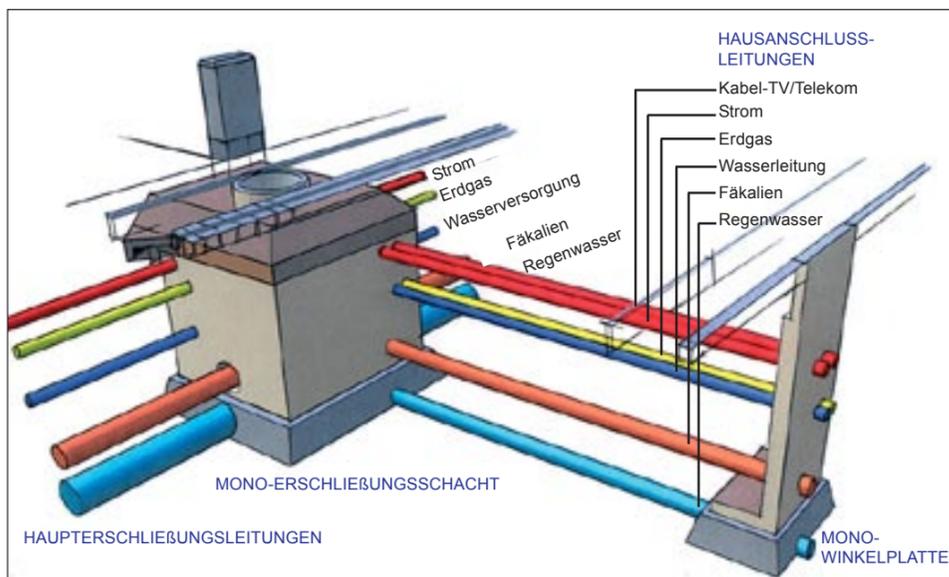
Weniger Folgekosten

Das Mono-System senkt Folgekosten. Die heute zur Verfügung stehenden Kanalrohre und Versorgungsleitungen garantieren eine Haltbarkeit von 80 bis 100 Jahren, durch schonenden Einbau im Gehweg oder am Straßenrand im Mono-Graben sicher auch noch länger. Schachtabdeckungen und Schieberkappen sind im Straßenbe-

bung neue oder zusätzliche Kabel einzubauen sind. Im Schacht befindet sich die Anschlussmuffe zur Herstellung der Hausanschlüsse. Für die Stromversorgung werden ebenfalls Leerrohre verlegt und Kabel von Schacht zu Schacht bzw. den darauf montierten Kabelverteilerschranken eingezogen.

Regeln der Technik

Dennoch trifft das Mono-System immer wieder auf Fachleute, die kritisieren, dass das Verlegen von Leitungen in „einem“ Graben nicht den anerkannten Regeln der Technik entspricht. „Eine gute Norm kann jegliches Denken mindestens 20 Jahre aufhalten“, betont hierzu Prof. Dr. Manfred Specht von der TU Berlin. Dabei würde die DIN 1998 zur „Unterbringung von



Nach Humusabtrag und Herstellen des Straßenplanums in ganzer Straßenbreite, sowie Aufkiesung nur eines Fahrbahnbereiches von 0,4m Breite werden alle Ver- und Entsorgungsleitungen und zwar die Hauptleitungen im Gehwegbereich parallel zur Straße (gerade oder gebogen) und die Hausanschlussleitungen für die gegenüber liegenden Grundstücke rechtwinklig zur Straße - in einem gemeinsamen MONO-Graben genau geordert in Lage und Tiefe - vorgegeben durch die entsprechenden Durchlässe im MONO-Schacht - nacheinander verlegt und mit feinkörnigem, sickerfähigem, selbstverdichtendem Material lagenweise bis auf Straßenunterplanum aufgefüllt, mit Filtervlies abgedeckt und schließlich mit Frostschutzkies - zum Aufbau des Belages (Asphalt, Pflaster, Schotter, usw.) aufgefüllt.

wasser, Regenwasser, Wasserversorgung, Gas oder Fernwärmeversorgung, Stromleitung sowie Medienkabelmuffen zur Kontrolle, Absperrung, Reinigung, Sanierung oder Erneuerung frei zugänglich. Im Multifunktionsschacht (LW 150/150 cm) ist Platz genug, um alle Anschluss- und Reparaturarbeiten ausführen zu können.

Ein Multifunktionsschacht

Ein einziger Graben für alle bedeutet nicht nur Kostenminderung, sondern auch Umweltschutz, Ressourcenschonung und kürzere Bauzeit. Aushub und Wiederfüllung mindern sich um rund zwei Drittel. Am Mono-Graben beteiligen sich die Ver-

reich nicht vorhanden und können daher keine Folgekosten verursachen.

Alle potenziellen Schadstellen wie Kabelabzweige, Wasser- und Gasrohrschieber sind im Mono-Schacht zur Kontrolle und evtl. Erneuerungen frei zugänglich. Dennoch auftretende Rohrschäden zwischen den Schächten können von Schacht zu Schacht - wie heute bei Kanalleitungen zu 80 Prozent bereits üblich - auch bei Wasser- und Gasleitungen mit Inliner kostengünstig, ohne aufzugraben, saniert werden.

Die Kabel für Telekom und Kabel-TV (Telekom Zulassung seit 2006) werden in Leerrohre von Schacht zu Schacht eingezogen, so dass später ohne Aufgra-

bauma bricht alle Rekorde

3.000 Aussteller / 540.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche

Die bauma, die vom 23. bis 29. April 2007 in München stattfindet, übertrifft alle Erwartungen. Über 3.000 Aussteller aus der ganzen Welt werden Ihre Innovationen in den Bereichen Bau-, Baustoff-, und Bergbaumaschinen, Baufahrzeuge und Baugerät ausstellen. Die Hallenfläche und die Freifläche sind bereits komplett ausgebucht.

Aufgrund dieser enormen Nachfrage wurde die Standfläche der bauma im Vergleich zu 2004 um weitere 40.000 Quadratmeter auf 540.000 Quadratmeter erweitert. Somit wird die diesjährige bauma die größte aller Zeiten werden.

Die bauma 2007 verzeichnet ein Wachstum von circa zehn Prozent im Gegensatz zu 2004. Auch die internationale Beteiligung wird weiter steigen. Sie liegt voraussichtlich bei 54 Prozent mit Ausstellern aus 49 Staaten.

Mit Gemeinschaftsständen werden sich die Länder Brasilien, China, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Indien, Kanada, Korea, Spanien, die Tschechische Republik und die USA präsentieren. Ein überproportionaler Zuwachs auf der Ausstellerseite war besonders hinsichtlich Russland, der Türkei und China zu verzeichnen. China meldete mit 13.200 Netto-Quadratmetern eine sieben mal größere, Russland eine fünf mal größere Fläche an und die Aussteller aus der Türkei verdoppelten ihre Ausstellungsfläche.

Die Messe München stellt rund 540.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zur Verfügung. Alle 16 Messehallen sowie das Freigelände werden komplett belegt sein. Dies entspricht einem erneuten Flächenzuwachs von 40.000 Quadratmetern und somit einer Steigerung um fast 10 Prozent.

Weitere Informationen: www.bauma.de

Leitungen und Anlagen in öffentlichen Flächen“ eher für den Mono sprechen. In der 1978 zum letzten Mal überarbeiteten Fassung heißt es in der Präambel: „Die Unterbringung von Kanälen und Leitungen soll so geregelt werden, dass damit die gesamtwirtschaftlich und technisch günstigste Lösung erreicht wird.“

ESB-Empfehlung

Dass gerade sein System genau dieser Vorgabe entspricht, dafür muss Hans Würmseher jede Menge Überzeugungsarbeit leisten. Der Idee von Anfang an aufgeschlossen gegenüber stand Hans Windpassinger, Leiter des Service-Centers der Erdgas-Südbayern GmbH in Pocking: „Allein das gemeinsame Verlegen

der Leitungen spart Kosten. Durch die gebündelten Trassen fügen wir uns später gegenseitig keine Schäden mehr zu.“

Referenzen

Seit 1999 wurde - wie bereits angedeutet - bei mehreren Erschließungen das Mono-System verwendet und zur Serienreife entwickelt. Ausgehend von einem Systemschacht können alle möglichen Varianten „bedarfsgemäß“ geplant und geliefert werden. Die Baugebiete des Jahres 2006 in Poppenricht, Kreis Amberg-Weilburg (52 Parzellen), in Amberg (99 Parzellen) und in Pfarrkirchen, Kreis Rottal/Inn (26 Parzellen) sind Zeugen der Entwicklung. **DK**

Städtebauförderung:

Oberpfalz-Bilanz 2006

430 Bewilligungsbescheide an 67 Städte und Gemeinden mit insgesamt 11 Millionen Euro an Fördermitteln sind insbesondere dann eine stolze Bilanz, wenn man berücksichtigt, dass damit zusammen mit den Eigenmitteln der Gemeinden und den privaten Finanzierungsanteilen ein Investitionsvolumen von weit über 60 Millionen Euro initiiert werden konnte.

In der Oberpfalz liegt der Schwerpunkt der städtebaulichen Sanierung und Entwicklung nach wie vor in der Stärkung der Innenstädte und Ortszentren. Die Städtebauförderung hilft den Gemeinden diese Standorte aufzuwerten damit sie wieder konkurrenzfähig und für zeitgemäßes Wohnen und Arbeiten attraktiv werden. Zunehmend setzt sich auch die Erkenntnis durch, dass langfristige Sanierungserfolge nur mit integrierten Entwicklungskonzepten erreichbar sind. Viele Faktoren bestimmen die Entwicklung einer Stadt und sind bei Planungsentscheidungen zu berücksichtigen.

Rückläufige Bevölkerungszahlen

Viele Städte werden sich auf rückläufige Bevölkerungszahlen einstellen, was heißt auf weniger Kinder, dafür mehr alte Menschen. Die Auswirkungen auf die städtische Infrastruktur, z.B. auf Kindergärten und Schulen, müssen in die langfristige Entwicklungsplanung einkalkuliert werden. Einige Bereiche der Oberpfalz werden einen tiefgreifenden Strukturwandel zu bewältigen haben, aufgegebene Industrie- und Gewerbestandorte, z.B. Stahl, Porzellan oder Textil, die über Generationen Orte geprägt haben, hinterlassen neben den sozialen Problemen große

wie die angestrebte Aufwertung erreicht werden kann.

Auch in der Stadt Mitterteich hat ein Stadtumbauprozess begonnen. Mit Unterstützung der Städtebauförderung wird in der Innenstadt ein Projektbüro betrieben, das die vielfältigen Aktivitäten zur Umsetzung der beschlossenen Umbaustategie steuert. Als aktuelles größeres Vorhaben fördert die Regierung ein Konzept zur Umnutzung einer brach liegenden Porzellanfabrik. Untersucht werden bauliche und finanzierungstechnische Rahmenbedingungen, die neue gewerbliche Nutzungen in der alten Bausubstanz ermöglichen.

Demographischer und struktureller Wandel

Wie für die Nachbarstädte erzwingt der demographische und strukturelle Wandel auch für Waldsassen eine neue Orientierung in der Entwicklungspolitik der Stadt. Anknüpfend an die historische Bedeutung des Klosters Waldsassen sieht die Stadt neue Entwicklungschancen im Tourismus, mit den Schwerpunktthemen Kultur und Religion. Konsequenterweise unterstützt die Stadt seit mehreren Jahren im Rahmen der Städtebauförderung die Sanierung des Klosters und trägt jetzt zusammen mit der Regierung der Oberpfalz den wesentlichen Finanzierungsanteil zur Schaffung eines Kultur- und Begegnungszentrums in den ehemaligen Ökonomiegebäuden des Klosters. 2006 konnte die erste Rate für das ca. sechs Millionen Euro teure Projekt bewilligt werden. **□**

wunschgrundstück.de

das portal für bauland

Vermarkten Sie Ihr Baugebiet professionell im Internet

Nutzen Sie unser Produkt comsite™

unkompliziert
schnell
kostenlos

Informieren Sie sich:

<http://www.wunschgrundstueck.de>

EMB-Wertemanagement der Bauwirtschaft auf Erfolgskurs

Von Dipl.-Ing. Richard Weidinger
Vorsitzender EthikManagement der Bauwirtschaft e.V.

EMB-Wertemanagement ist nicht nur eine wirksame Initiative zur Verhinderung von Manipulation und Korruption, sondern ein umfassender wertheorientierter Managementansatz in der Bauwirtschaft. Die Ausrichtung des Unternehmens an Wertvorstellungen und deren Implementierung in die maßgeblichen Unternehmensstrukturen ist Voraussetzung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg in der Bauindustrie.

„Strenge Sitten“ - so lautet der Titel eines Artikels in der Süddeutschen Zeitung am 2. 6. 2006, in dem darüber berichtet wird, dass die Bau- und Immobilienwirtschaft mit einer Werte-Charta und Zertifikaten der Korruption vorbeugen wolle. Dabei überrascht es nicht, dass in diesem Beitrag auch über das „EthikManagement der Bauwirtschaft“ (EMB) berichtet wird.

EMB-Wertemanagement beugt Rechtsverstößen vor

Das Wertemanagementsystem, zu dessen Schaffung und Implementierung sich die Mitgliedsfirmen in einem Trägerverein verpflichten, soll vorbeugend wirken, damit es gar nicht erst zu dolosen Handlungen kommt.

„Wir verstehen es als kodifizierte Unternehmenskultur, die die Frage beantwortet: Wie möchte ich, dass die Mitarbeiter miteinander und mit Kunden umgehen?“, so wird Richard Weidinger, Vorsitzender des EMB-Trägervereins in dem SZ-Artikel zitiert.

Ordnungspolitische Antwort auf staatlichen Strafanspruch

Was waren die Grundüberlegungen, die unter wissenschaftlicher Beratung der beiden renommierten Wirtschaftsethiker Prof. Dr. Dr. Karl Homann und Prof. Dr. Josef Wieland vor zehn Jahren zu dieser Initiative geführt haben? Das EMB-Wertemanagement ist die richtige Antwort auf den Kontrollanspruch des Staates in einer gewinnorientierten Wirtschaft.

Das EMB erkennt das oberste Unternehmensziel an, nachhaltig wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen.

Kommunale Förderung von Wohneigentum:

Nürnberg liegt vorn

Auf Initiative von Nürnbergs Wirtschafts- und Wohnungsreferent Dr. Roland Fleck wurde vom Amt für Wohnen und Stadterneuerung eine Umfrage zur kommunalen Förderung von Wohneigentum unter den 528 Städten und Gemeinden der Metropolregion Nürnberg durchgeführt.

„Die Förderung von Wohneigentum in der Metropolregion Nürnberg ist ein kommunalpolitisches Instrument, das zunehmend an Bedeutung gewonnen hat“, betonte Fleck. Immer mehr Kommunen engagierten sich zusätzlich zu staatlichen Programmen mit eigener Förderung.

Etwa ein Fünftel der Kommunen habe oder plane ein Förderprogramm, mit dem der Neubau einer Immobilie für Familien mit Kindern gefördert wird. Die kommunale Förderung hängt nicht von der Größe der Kommune ab. Viele kleine Gemeinden engagieren sich mit eigenen Förderungsprogrammen.

Als Geschäftsführer des Forums „Wirtschaft- und Infrastruktur“ der Metropolregion Nürnberg begrüßt Fleck, dass ein Arbeitsteam „Wohnen in der Metropolregion“ eingerichtet wurde, in dem sich die wichtigen Wohnungsgesellschaften in der EMN (Europäische Metropolregion Nürnberg) vernetzen.

„53 unterschiedliche Förderprogramme wurden genannt, von denen 89 Prozent nur Neubauprojekten und 11 Prozent

len und Gewinne zu machen. Bei dem Gewinnstreben handelt es sich um ein grundlegendes Prinzip unserer sozialen Marktwirtschaft. Für dieses gewinnorientierte Wirtschaften gibt der Staat einen rechtlichen Ordnungsrahmen vor, sagt, was erlaubt und verboten ist. Dabei besteht die Tendenz, dass dieser Ordnungsrahmen immer komplizierter und verworrener wird, wodurch

nicht selbst lösen kann. Das EMB-Wertemanagement fordert deshalb innerhalb des Unternehmens eine klare Haltung zu zulässigen bzw. unzulässigen Verhaltensweisen.

Für dezentral organisierte Bauwirtschaft von besonderer Bedeutung

Genau hier ist die Schnittstelle zu den Anforderungen aus dem Strukturwandel der Bauwirtschaft mit ihren überwiegend dezentralen Organisationsstrukturen. Denn gerade hier können Aufsichtsmaßnahmen von der Unter-

nehmenszentrale aus schwierig durchzusetzen und deshalb rechtlich anzweifelbar sein. Mehr Effizienz versprechen hier für die einzelnen Mitarbeiter Ebenen vorgegebene Wertestrukturen.

Wertheorientierter Managementansatz

Das EMB-Wertemanagement aber nur als Maßnahme zur Korruptionsbekämpfung aufzufassen, wäre bei weitem zu kurz gegriffen. Ein solches wertheorientiertes Managementsystem darf nicht auf Compliance oder gar bloße Exkulpationsstrategien reduziert werden. Das EMB-Wertemanagement ist vielmehr ein Mittel, nach außen und nach innen zu signalisieren und auch zu dokumentieren, dass das Unternehmen sich fair verhalten und entsprechende Anstrengungen unternehmen will. Wer in seinem Unternehmen ein Werteprogramm etabliert, professionell umsetzt und mit Leben erfüllt, kann seine Reputation als vertrauenswürdiger und fairer Partner schützen und entwickeln und somit seine Position im Markt unter den sich permanent verändernden Wettbewerbsbedingungen festigen. Die schriftliche Fixierung des Werteprogramms, die Dokumentation der damit verbundenen Anstrengungen und die externe Zertifizierung unterstreichen für Jeden nachvollziehbar die Glaubwürdigkeit dieser Aktivitäten.

Die 5 Bausteine des Werteprogramms

Welche Anforderungen stellt nun ein solches EMB-Werteprogramm? Es besteht aus fünf verpflichtenden Bausteinen:

• Verhaltensstandards

Verhaltensstandards legen die Werte fest, von denen sich das Unternehmen gegenüber Kunden, Partnern, Mitarbeitern und Öffentlichkeit leiten lässt. In jedem Fall sind hier zentrale Elemente wie Gesetzestreue, Ablehnung illegaler Geschäftspraktiken und die Erwartung der Durchführung eines Werteprogramms bei den Partnern aufzunehmen.

• Werteprogramm als Chefsache

Die Einführung des Werteprogramms muss Chefsache sein. Die Verantwortung für die Durchführung liegt bei der Unternehmensleitung, sie hat Vorbildfunktion. Ein Chef, der selbst anordnet, dass bestimmte Marktverhaltensweisen zu unterbleiben haben, kann nicht wegsehen, auch wenn ein derartiges Verhalten dem Unternehmen einen

Vorteil verschaffen würde.

• Praktische Umsetzung der Verhaltensstandards

Erarbeitung und Umsetzung der Verhaltensstandards erfolgen unter Einbeziehung der Mitarbeiter. Die Verhaltensstandards werden auch formal in das Arbeitsverhältnis integriert und in Form von Arbeitsanweisungen umgesetzt. Es wird unmissverständlich klargestellt, dass die Einhaltung der Regeln und die Beachtung der Werte Firmenpolitik sind und dass abweichendes Verhalten weder stillschweigend erwartet noch geduldet wird.

• Schulung

Die in das EMB-Werteprogramm einbezogenen Mitarbeiter werden entsprechend ihrer jeweiligen Verantwortung über das Werteprogramm, über Inhalt und Konsequenzen der für ihre Tätigkeit einschlägigen Rechtsvorschriften unterrichtet.

• Informationsoffenheit

Der Verpflichtung zur Informationsoffenheit dient einerseits ein externes Audit-Verfahren, das vom Konstanz Institut für Wertemanagement durchgeführt wird. Die Standards für dieses Verfahren sind vorgegeben. Weitere Elemente der Informationsoffenheit können gezielte Kundeninformationen oder Veröffentlichungen in Firmenzeitschriften oder im Internet sein.

Unterscheidung zwischen EMB-Mitgliedschaft und EMB-Zertifizierung

Im Hinblick auf die Erarbeitung und Implementierung dieses Werteprogramms ist von großer Bedeutung, zwischen Firmen, die nur EMB-Mitglied sind, und Unternehmen, die sich dem externen Audit unterzogen haben, zu unterscheiden. Denn

die Ergebnisse des Auditverfahrens werden einem Zertifizierungsausschuss vorgelegt, der darüber entscheidet, ob die geprüften Unternehmen ein Zertifikat erhalten oder nicht. Erst dieses Zertifikat ist sozusagen das „EMB-Gütesiegel“. Den Vorsitz in dem Zertifizierungsausschuss hat die frühere Bayerische Staatsministerin der Justiz, Frau Dr. Mathilde Berghofer-Weichner inne.

EMB-Wertemanagement steigert Unternehmensprofitabilität

Die zertifizierten EMB-Mitglieder bestätigen die positiven Auswirkungen des im Unternehmen eingerichteten Werteprogramms. So hätten sich insbesondere Kommunikation, Führungsstil, Informationsoffenheit, selbständiges Wahrnehmen von Verantwortlichkeiten und Rechtssicherheit sowohl firmenintern als auch bei allen Arten von Geschäftskontakten spürbar verbessert. Ein solches Wertemanagement ist damit eine Investition in die Erfolgsmöglichkeit des Unternehmens. Durch Senkung interner und externer Transaktionskosten, Verringerung von Schnittstellenkosten und Vermeidung von Risiken steigt die Profitabilität des Unternehmens.

Anerkennung und Akzeptanz des EMB bei Politik und Verwaltung

Was die Akzeptanz und Anerkennung bei Politik, Verwaltung, verschiedenen Auftraggebern und diversen Fachkreisen betrifft - kurz in seiner gesamten Außenwirkung - kann das EMB-Wertemanagement durchaus als Erfolgsstory bezeichnet werden.

Seine Akzeptanz und Anerkennung zeigt sich z.B. darin, dass bei dem Präqualifikationsverfahren der Deutschen Bahn AG in dem Fragebogen Stufe 1 die EMB-Zertifizierung als ein Nachweis zur Ergreifung von Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung im Unternehmen anerkannt wird. Auch in der neu gefassten bayerischen Korruptionsbekämpfungsrichtlinie vom April 2004 werden u.a. Maßnahmen im Rahmen eines EthikManagements als geeignet angesehen, um nach einem Vergabeabschluss die Wiederzulassung zu öffentlichen Aufträgen zu erreichen.

Übernahme durch Hauptverband der Deutschen Bauindustrie

Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklungen ist mittlerweile ein Konzept erarbeitet worden, das EMB-Wertemanagement mit seinem bisher bayerischen Schwerpunkt auf der Ebene des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie zu einer Initiative für die Bauindustrie in ganz Deutschland zu machen (eine Initiativveranstaltung dazu fand am 21. März in Berlin statt). Dieses Konzept baut auf der Erkenntnis auf, dass die Orientierung an ethischen Wertvorstellungen wie Fairness, Offenheit, Ehrlichkeit, Vertrauenswürdigkeit und Integrität eine Voraussetzung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg in der Bauindustrie ist. Die Ausrichtung der Führungskräfte und Mitarbeiter an Wertvorstellungen und deren Implementierung in die Kommunikations-, Anreiz- und Kontrollsysteme eines Unternehmens, das ist es, was das EMB-Wertemanagement der Bauwirtschaft ausmacht. □

www.der-flexible-Raum.de Container · Raummodule · Hallensysteme

Die Abgrenzung zwischen rechtlich zulässigem und unzulässigem Handeln immer schwieriger wird. So wie das Recht allgemein immer schwerer verständlich wird, wird es gerade für die Mitarbeiter von Unternehmen immer schwieriger, die Rechtsordnung zu durchschauen und ihr Handeln danach auszurichten. Gleichzeitig besteht seitens des Staates eine permanente Tendenz zu Strafverschärfungen, also zur Verstärkung des Gedankens der Generalprävention, beispielsweise durch die Einführung des Straftatbestandes „Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen“ (§ 298 StGB).

Verhältnismäßigkeits- und Subsidiaritätsprinzip

Das EMB-Wertemanagement tritt dem mit einem Verweis auf das Verhältnismäßigkeits- bzw. Subsidiaritätsprinzip entgegen: Der Staat soll mit seinem Wirtschaftsstrafrecht erst dann eingreifen müssen, wenn die Wirtschaft das Problem der Verhinderung von Rechtsverstößen

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

RA Gerhard Hess,
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

www.bauindustrie-bayern.de

Heiße Nacht zugunsten der „Allgäu-Hilfe“

Benefizveranstaltung in Ettringen am 8. und 9. Juni mit einem Feuerwerk an Attraktionen - Reinerlös für Kinderhospiz Bad Grönenbach

Nach dem Vorbild des ZDF-Fernsehgartens veranstaltet der Veteranen- und Reservistenverein (V & R) Ettringen am 8. und 9. Juni auf dem weitläufigen Gelände des Gutshofes Ost-Ettringen zugunsten der „Allgäu-Hilfe“ eine Benefizaktion der Superlative. Der Reinerlös des Abends wird für das neu eröffnete Kinderhospiz in Bad Grönenbach, Landkreis Unterallgäu, verwendet. Als Schirmherr der Open-Air-Veranstaltung fungiert Luitpold Prinz von Bayern.

Vorsitzender Max Maurus und seine Mitstreiter haben ein Programm auf die Beine gestellt, das sich hören und sehen lassen kann. Mit von der Partie sind die Volksmusikstars Conny Singer aus Babenhausen und Nico Sanders, zudem DSF-Sportmoderatorin Katharina Kuhlmann, Toni Roßberger,

Weltmeister im Motorradweit- und -hochsprung, Stimmungskanone Buddy, die Newcomerband „Ortsgespräch“ sowie die Fernsehköche Horst Lichter und Christian Henze. Gemeinsam mit weiteren Entertainern und Showeinlagen versprechen sie einen unvergesslichen Abend. Wenn das offizielle Programm

zu Ende ist, geht die Partynacht erst richtig los: Bis in den frühen Morgen wird die Joe Williams Band, eine der erfolgreichsten Partybands Deutschlands, den Besuchern kräftig einheizen.

Party auch bei schlechter Witterung

Bereits am Vorabend, am Freitag, 8. Juni, öffnet die Festzone auf Gut Ost-Ettringen ihre Pforten. Zum Auftakt gastiert die Band „Starmix“ in der Wertachgemeinde. Sie zählt zu den ganz Großen der Partyszene: regelmäßige Engagements bei der McLaren-Formel-1-Party in Monaco, der legendären Silvesterparty in Salzburg vor 10.000 Besuchern sowie bei den Parties des internationalen JetSets sprechen für sich. Der Erlös dieses ersten Abends kommt der Vereinsarbeit des V & R zugute. Gefeierte wird am 8. und 9. Juni bei jedem Wetter. Für den Fall der Fälle hat der V & R vorgesorgt und ein riesiges, an einem Autokran schwebendes Dach geordert.

Prominente Paten

Prominente Paten bürgen mit ihrem guten Namen für die Seriosität der Benefizveranstaltung und der „Allgäu-Hilfe“: Neben Sängerin Conny Singer stellen sich auch die Bürgermeister Robert Sturm (Ettringen) und Klaus Holetschek (Bad Wörishofen) in den Dienst der guten Sache.

Die Benefizaktion „Allgäu-

Hilfe“ wurde im vergangenen Jahr vom Veteranen- und Reservistenverein Ettringen ins Leben gerufen. Der Traditionsverein, der mit Überalterung und sinkenden Mitgliederzahlen kämpft, war auf der Suche nach einer neuen, langfristig angelegten Vereinsaufgabe. Laut Vorsitzendem Max Maurus spielte der Verein trotz vielfältiger Aktivitäten und einer langen Erfahrung bei der erfolgreichen Organisation von Veranstaltungen im Reigen der anderen Ortsvereine eine immer geringere Rolle. Dies habe man ändern wollen. Mit der Gründung der „Allgäu-Hilfe“ habe der Verein den richtigen Weg gefunden.

Gestärkte Gemeinschaft

Die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen und Organisationen werde auf aufgrund leerer öffentlicher Kassen immer wichtiger, weshalb ein derartiges Engagement in der Gesellschaft positiv aufgenommen wird. Maurus: „Außerdem stärkt es die Vereinsgemeinschaft enorm, wenn wir ein großes Ziel vor Augen haben, für das es sich zu arbeiten lohnt. Unsere Mitglieder jedenfalls sind Feuer und Flamme für die ‚Allgäu-Hilfe‘. Der Wirkungskreis unserer Initiative erstreckt sich in einem Radius von etwa hundert Kilometern rund um die Unterallgäuer Kreisstadt Mindelheim.“

„Sehnsucht nach Leben“

Mit dem Erlös seiner Benefizveranstaltungen, die alle unter dem Motto „Sehnsucht nach Leben“ stehen, unterstützt der V & R mit seinen über 200 Mitgliedern Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind. Ein Gremium, bestehend aus der Vorstandschaft und den Paten, befindet über Vorschläge und Anträge. **DK**

und Bürgern und den Gästen zu präsentieren“.

Jubiläumjahr als besonderer Ansporn

Zwar verfüge Rain über eine „wirklich gute Ausgangslage für die weitere Entwicklung“, meinte Martin; „doch dürfen wir uns nicht selbstzufrieden einfach zurücklehnen, sondern müssen die täglich neuen Herausforderungen weiterhin mit viel Engagement angehen“. Dafür könne das Jubiläumsjahr ein ganz besonderer Ansporn sein. „Aus der Betrachtung dessen, was in der Vergangenheit geschaffen wurde, aus dem bewussten Blick auf die Stärken, aber auch auf das Verbesserungswürdige, soll uns neue Kraft erwachsen um die künftigen Aufgaben zu meistern“, bemerkte der Bürgermeister abschließend. **DK**

Urteil zum Kindergartengesetz

Ansbach (fa) - Das Verwaltungsgericht Ansbach hat erstmals ein Urteil gesprochen, in dem eine Gemeinde nach dem neuen Bayerischen Kindergartengesetz dazu verurteilt wird, die Förderung eines Kindergartenplatzes außerhalb des Gemeindegebiets zu übernehmen. Ergangen ist der Richterspruch am 15. Februar.

Das Gericht ist der Argumenten der Eltern aus einer Kommune des Landkreises Ansbach gefolgt und hat erklärt, dass die Förderung auch dann übernommen werden muss, wenn die Gemeinde selbst nicht über ausreichend Plätze verfügt. Dazu die Gunzenhäuser Rechtsanwältin Dr. Sylvia Meyerhuber: „Ob ausreichend Plätze vorhanden sind, muss zuvor durch eine Bedarfserhebung festgestellt werden. Bei der Anerkennung des Bedarfs ist in erster Linie das gesetzlich fixierte Wunsch- und Wahlrecht der Eltern zu beachten.“ Die fehlende Pluralität von Kinderbetreuungsangeboten in der Aufenthaltsgemeinde ist nach den Vorgaben des Kindergartengesetzes über die Gastkindregelung auszugleichen.

Durch das Urteil werden die Rechte der Eltern gestärkt nachdem das neue Gesetz zu ihrer Verunsicherung geführt hatte. Die Juristin: „Es wird klargestellt, dass nicht die wirtschaftlichen Interessen der betroffenen Gemeinden, sondern nach wie vor das Recht der Eltern auf Erziehung im Vordergrund steht.“ **□**

Thermalbad „Fürthermare“ feierte Richtfest:

Neues Kapitel der Stadtgeschichte

Die für Oktober geplante Eröffnung des Fürther Thermalbades ist nach Auffassung von Oberbürgermeister Thomas Jung einer jener Meilensteine, die das 1000-jährige Stadtjubiläum setzen soll. Beim Richtfest erklärte Jung, die neue Bäderlandschaft stehe für die Nachhaltigkeit des Jahres 2007 und könne Fürth über Jahrzehnte hinweg eine neue Bedeutung in der Region geben.

Für Jung, der bereits zu Beginn seiner Amtszeit die Nutzung des „wertvollen Schatzes, der unter unserer Stadt fließt“, als ein wichtiges Ziel seiner Bemühungen bezeichnete, geht ein Jahrhunderttraum in Erfüllung. Die große Qualität des 33-Millionen-Euro-Projektes mit Thermal- und Spaßbad sowie Wellnessbereich, aber auch das wertvolle Heilwasser, das sich mit den bekannten Quellen in Bad Kissingen und Bad Windsheim messen kann, werde dafür sorgen, dass sich die „Fürthermare“, so der Name der Einrichtung, zu einem Anziehungspunkt für die gesamte Region entwickelt.

Zur Bäderlandschaft zählen weiterhin das Frei- und Hallenbad am Scherbsgraben, die beide von der Betreibergesellschaft Vitaplan bereits aufwändig saniert und ausgebaut wurden. Der Anteil der Stadt beläuft sich auf das frühere Bäderdefizit von 1,8 Millionen Euro jährlich. Die Stadt zahlt 30 Jahre lang denselben Betrag und erhält laut Jung „mehr Bad für genauso viel Geld“. Dafür blieben die Eintrittspreise für das Freibad und die Hallenbäder in Stadeln und am Scherbsgraben auf niedrigem Niveau.

Die Thermalbadträume begannen 1901, als die Fürther bei der Suche nach Kohle auf das 460 Meter im Untergrund liegende und 22 Grad warme wertvolle Nass stießen. Nachdem erste Nutzungsversuche und das Kurbad am Ersten Weltkrieg scheiterten, wurden immer wieder Versuche zur Verwirklichung unternommen allerdings bis in die 80er Jahre hinein ohne Erfolg. Die entscheidende Idee, das Thermalbadvorhaben auf Grund der Synergieeffekte am Scherbsgraben zu realisieren, kam vom Geschäftsführer der infra fürth gmbh, Dr. Hans Parthemüller, und dem damaligen Bäderchef Wolfgang Greul. Nach einer Grundsatzentscheidung des Stadtrates im April 2004, einer europaweiten Ausschreibung und intensiven Bieterverhandlungen folgte im Frühjahr 2006 der Spatenstich. Dass nun schon Richtfest gefeiert werden kann und sich das Großprojekt bereits auf der Zielgeraden befindet, freut Parthemüller: „Das zeigt, dass sich auch in schwierigen Zeiten etwas bewegen lässt, wenn die Einbindung von privatem Kapital und Know-how gelingt.“

Angesichts des viel verspre-

chenden Konzeptes von Betreiber Horst Kiesel sind sowohl der infra-Chief als auch OB Jung vom wirtschaftlichen Erfolg überzeugt. Die drei tragenden Säulen Spaßbad mit drei großen Rutschen sowie einer vielfältigen Poollandschaft, Terme mit unterschiedlich temperierten Becken und als Highlight eine Solegrotte sowie Wellnesslandschaft mit Saunen und Dampfbädern, ergänzt mit Hallen- und Freibad, sorgen dafür, dass keine Wünsche offen bleiben.

Badespaß für die ganze Familie und alle Generationen lautet Kiesel zufolge auch die Philosophie des Bäderkomplexes, wobei aber durch die klare Trennung der Angebote auch gewährleistet ist, dass sich jeder Gast optimal versorgt und wohl fühlt. **DK**

Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherbiele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlussfrist:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.



Stecken schon mitten in den Vorbereitungen für die groß angelegte Benefiz-Nacht: Max Maurus, der Vorsitzende des federführenden Veteranen- und Reservistenvereins, Volksmusikstar Conny Singer und Ettringens Bürgermeister Robert Sturm (v. l.).

750-Jahr-Feier der Stadt Rain:

Zeitgenössische Feierlichkeiten

Mit einem vielfältigen ganzjährigen Programm feiert die Stadt Rain ihr 750-jähriges Jubiläum der ersten urkundlichen Erwähnung. Gegenüber anderen Kommunen geht Rain im Jubiläumsjahr einen anderen Weg, d. h. es gibt kein mittelalterliches Treiben, sondern die Lechstadt feiert zeitgenössisch und unterstreicht ihr Selbstverständnis unter anderem als Musikerstadt (Geburtsort mehrerer berühmter Komponisten), Agrarstandort (Landhandel, große Verarbeitungsbetriebe für Zuckerrüben, Kartoffeln) und als „Stadt der Blumen“ (Zentrale von Dehner & Co.) Zum Jahreswechsel erschien ein umfangreiches Programmheft.

Der 4. Juli als Urkunds-Tag von Herzog Ludwig wird mit einem Festakt am Rathausplatz öffentlich begangen. Das Haupt-Wochenende vom 13. bis 15. Juli wird ein auf drei Tage ausgedehntes Stadtfest sein, das bereichert wird durch eine Friedensfeier, einen Künstler- und Handwerkerhof, eine Geburtstagsparty der vier städtischen Kindergärten, dem Seniorennachmittag und einem Treffen ehemaliger Rainer Bürger.

Bunte Melodienstraße

Den Anfang des Jubiläumsjahres setzte in der Musikerstadt Rain die Stadtkapelle mit einem Neujahrskonzert. Diese wird das Jubiläumsjahr auch mit einem Kirchenkonzert am 23. Dezember beenden. Dazwischen gibt es eine Reihe bunter Melodienstraße, darunter ein Frühjahrskonzert des Liederkranzes (5. Mai), ein Gala-Konzert des Landesjugendorchesters (9. Juni), ein Benefizkonzert des Musikkorps der Bayerischen Polizei (6. Oktober) sowie ein Gemeinschaftskonzert der Rainer Musikschaffenden (26. Oktober).

Historisch genau in der Mitte zwischen der Gründungsurkunde und dem Festjahr liegt die Schlacht bei Rain vor 375 Jahren: Ihrer wird u. a. mit folgenden Aktionen gedacht: Am 15. April - dem Tag der Verwundung des Feldherrn - wird der „Tillyweg“ (in Kooperation mit

der Gemeinde Oberndorf derzeit im Entstehen) eröffnet sowie die Aktion Lechfloss (ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Nachbarkommune sowie mit „Lebensraum Lechtal“ und THW) durchgeführt.

Nacht der Sinne

Beim Jubiläumsforum der Sparkasse Neuburg-Rain am 12. April wird die weitere Entwicklung der Stadt im Mittelpunkt stehen. Eine Pflanzaktion Bäume für Rain“ als erweiterter „Tag des Baumes“ ist für den 28. April vorgesehen. Gewerbebetriebe in der Nähe der Grundschule und Feuerwehr richten einen „Tag der offenen Tür“ (9. Juni) aus und am 23. Juni steigt in Verbindung mit dem Hobby-Triathlon das 2. Wellness-OpenAir. Kulturell gibt es unter anderem eine Nacht der Sinne der Interessengemeinschaft Rainer Winkel (28. Juli) und ein Kunstforum Jean Daprai (9. und 10. November). Ein großes Ballereignis wirft ebenfalls seine Schatten voraus: der große „Ball der Stadt Rain“ am 7. Juli in der Dehner-Galerie mit dem Spitzen-Tanzorchester Fink-Steinbach.

Nach dem Haupt-Wochenende wohl größtes Highlight und größter Besuchermagnet werden die „ErLebenstage Rain 2007 - Landwirtschaft, Gesundheit und Sicherheit“ am 8. und

9. September sein. Die Stadt präsentiert sich dann zusammen mit verschiedenen Betrieben als Agrarzentrum, denn eine Konzentration an Lieferanten und Abnehmern (Südzucker, BayWa, Kartoffel-Centrum) ist wohl einmalig in Bayern. Ausgangspunkt und Standort sind dabei die Dehner-Maistage, erweitert um Zuckerrübe, Kartoffeln, Sicherheits- und Gesundheitstage der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung und großem Erlebnisbereich für die Kinder. Zugesagt haben unter anderem Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller und der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner.

Dauerausstellungen

Bereichert wird das Jahr sowohl sportlich - hier ist über das „normale“ Jahresprogramm der Vereine einiges geboten -, als auch mit verschiedenen Dauerausstellungen, unter anderem über Rainer Persönlichkeiten (Motto „Köpfe und Karrieren“), sowie begleitenden Vorträgen im Heimatmuseum. Präsentiert wird das Ergebnis des Fahnenwettbewerbs „Stadt, Land, Fluss - ein Kinderspiel (?)“. Die katholische Stadtpfarrei eröffnet am 22. Juni mit der Enthüllung des „Kirchenbaumes“ ihre Ausstellung „Kirchliche und sakrale Geräte und Parameter“.

Blühendes Zentrum

Wie 1. Bürgermeister Gerhard Martin betont, habe die Stadt in der Neuzeit wirtschaftlich aufgeholt und sich zu einem blühenden Zentrum mit einer aussichtsreichen Zukunft entwickelt. Man habe sich vorgenommen, „die Stadt Rain als eine prosperierende Kommune mit einem vielfältigen kulturellen Angebot den Bürgerinnen

Ländliche Entwicklung im Fokus

Politisches Forum der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) im Kloster Seon

Im Kloster Seon fand das AGEG-Forum „Ländliche Entwicklung und Grenzregionen“ statt, das von der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein und der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) organisiert und von der Europäischen Union, dem Landkreis Traunstein sowie dem Land Salzburg finanziell unterstützt wurde. EuRegio-Präsident Dr. Emmerich Riesner aus Neumarkt und der Generalsekretär der AGEG, der Spanier Martín Guillermo Ramírez, konnten über 70 Vertreter aus Grenzregionen Europas und aus der EuRegio begrüßen.

Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl führte in das Tagungsthema ein, indem er das Spannungsfeld zwischen Metropolregionen und ländlichen Räumen, insbesondere in Grenzregionen aufzeigte.

Förderinstrumente

Das Forum war fachlich hochkarätig besetzt. Referenten der Europäischen Kommission, vom Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, vom Deutschen und Bayerischen Landwirtschaftsministerium sowie vom Amt der Salzburger Landesregierung informierten über die verschiedensten Förderinstrumente und deren Zusammenspiel. Vertreter von vier unterschiedlichen Grenzregionen aus Skandinavien, dem deutsch-belgisch-niederländischen Grenzraum, Spanien und den Karpaten sowie ein Unternehmer brachten die praktische Sicht der Ländlichen Entwicklung in die Tagung ein. Abschließend zeigte Professor Fritz Auweck von der Fachhochschule in Weihenstephan Strategien zur Entwicklung ländlicher Regionen in Europa auf.

Strategien und Erwartungen

Die Teilnehmer haben über die neue Strategie der Europäischen Kommission für ländliche Gebiete diskutiert und ihre Erwartungen an die Deutsche Präsidentschaft des Rates der Eu-

ropäischen Union formuliert. Grundlage dafür sind die Göteborg- und Lissabon Initiative der Europäischen Union, in denen Wettbewerb, Umweltschutz, Lebensqualität und ländliche Entwicklung verankert sind.

Schlussfolgerungen

Mit ihrer Schlussfolgerung wenden sich die Teilnehmer an den Europäischen Ministerrat, der am 24. und 25. Mai in Leipzig tagt. Sie fordern dazu auf, dass eine intensive Koordination der europäischen und der nationalen Politiken mit denen der regionalen Ebene erfolgen muss. Und dies insbesondere für die Grenzregionen, die sich allen Arten territorialer Herausforderungen gegenübersehen, wie etwa der Entwicklung von Wirtschaft und Verkehr, der demografischen Entwicklung, der Wichtigkeit des Bildungsbereichs oder der ländlichen Entwicklung. Jeder dieser Bereiche erfordert besondere grenzübergreifende Maßnahmen, nicht nur in den Regionen der neuen Mitgliedsstaaten der EU, sondern auch an den bisherigen Binnen- und Außengrenzen.

Ergebnisse

Die europäischen Grenzregionen benötigen dabei ganz andere Maßnahmen als die Städte oder städtischen Gebiete. Insbesondere dünn besiedelte Grenzräume haben mit großen strukturellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es

ist daher notwendig, in den Grenzregionen z. B. neue Arten der Zusammenarbeit zu unterstützen, die ökonomische Entwicklung zu fördern und gute Transportverbindungen zu schaffen.

EuRegio-Präsident Riesner fasste abschließend wesentliche Ergebnisse der Tagung zusammen: Ländliche Entwicklung ist nicht nur Landwirtschaft, sondern berührt alle wesentlichen Aspekte des täglichen Lebens. Unter anderem können auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen einen wichtigen Beitrag leisten.

In jeder Region gibt es diverse Problemlagen, die unterschiedliche Handlungsansätze erfordern. Unterstützung bieten dabei die Europäische Union sowie, in unterschiedlichem Ausmaß, auch die Staaten und Länder. Das LEADER-Programm ist in diesem Rahmen eine „Erfolgsstory“ der EU und steht den Regionen auch in der neuen Förderperiode von 2007 bis 2013 wieder zur Verfügung.

Betreuung der Regionen

Bestehende Fördermöglichkeiten erfordern aber grundlegende Konzepte und Strategien der Regionen. Große Bedeutung erhält in diesem Zusammenhang auch eine effiziente Betreuung der Regionen durch die zuständigen Behörden. Die Regionen müssen diese Betreuung noch stärker einfordern.

Wichtig ist eine Bündelung der Entscheidungskompetenzen und -abläufe auf kommunaler Ebene, um als Region gegenüber den Ballungsräumen großer Städte bestehen zu können. Kirchturmpolitik ist überholt, die Zusammenarbeit muss weiter verbessert werden!

Neue Überlegungen

Zu diskutieren sind im Zusammenhang mit der ländlichen Entwicklung auch ganz neue Überlegungen. Können etwa Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen in die Regionen ausgelagert werden? Kann die Besteuerung von Klein- und mittelständischen Betrieben in Abhängigkeit von ihrer Entfernung zu den Zentren neu gestaltet werden? Lassen sich in Ausschreibungen Distanzzuschläge einführen?

Arbeitsplätze, Infrastruktur und Kommunikation sind wichtige Herausforderungen, kulturelles Erbe, traditionsreiches Handwerk, Bildung und Tourismus die Chancen für die ländliche Entwicklung. Sprachenviel-

falt in Grenzregionen, aber auch Minderheitenprobleme können hemmend wirken.

Die EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein ist ein freiwilliger Zusammenschluss von derzeit 97 Städten und Gemeinden, den beiden Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein, der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer Salzburg sowie mehrerer Privatpersonen.

Die AGEG ist ein europaweiter Verband von fast 100 Grenz- und grenzübergreifenden Regionen, in dem auch die EuRegio seit 1997 Mitglied ist. Der Sitz der AGEG ist in Gronau an der Grenze zu den Niederlanden (www.aebr.net). □

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Der Bürgermeister im niederbayerischen Markt Arnstorf, Alfons Sittinger, ist mit knapp 98 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt worden. Die Wahlbeteiligung lag bei 29,53 Prozent. Der CSU-Kommunalpolitiker war im April 2001 als Neueinsteiger in die Politik erstmals zum Bürgermeister gewählt worden.

CSU-Kandidat Michael Abraham wurde in Rehau, Landkreis Hof, zum Nachfolger des langjährigen Stadtoberhauptes Edgar Pöpel gewählt. Der 33-jährige Kulturamtsleiter der Stadt erhielt 62,2 Prozent der Stimmen. Für den SPD-Bewerber Hagen Rothemund votierten 33,5 Prozent und für den Kandidaten der Wählergemeinschaft, Jörg Dietrich, 4,3 Prozent.

Bei der Bürgermeisterwahl in Breitengüßbach, Landkreis Bamberg, wurde Amtsinhaber Reiner Hoffmann (Unabhängiger Bür-

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Warum haben wir kein zünftiges Fest mit allem Drum und Dran einschließlich Feuerwerk organisiert? Schließlich würden wir unsere Freiheit, unseren Frieden und unseren Wohlstand feiern!“ Mein Chef, der Bürgermeister, maulte rum, weil wir in der Stadt den 50. Geburtstag der Römischen Verträge jetzt im März sang- und klanglos passieren lassen.

Ehrlich gesagt haben wir ihm alle abgeraten, dem Geburtstagskind Europa die Reverenz zu erweisen, wie er es wollte. Denn Europa hat ein Imageproblem. Mit dem Begriff verbinden die meisten Deutschen Bürokratie, Bürgerferne und Zahlungen in Kassen, aus denen sich andere Länder bedienen. Wir Deutsche sind demoskopisch gegen alles: Gegen den Verfassungsvertrag, gegen die Erweiterung der EU und sogar immer noch gegen den Euro. Es ist immer das

Europa und sein Imageproblem

Gleiche in der Politik - ob unten in der Kommune oder oben in Europa: Das Positive wird als selbstverständlich wahrgenommen, das Negative zum Popanz aufgeblasen. Kein Mensch äußert sich anerkennend über den guten Zustand innerstädtischer Straßen - nur wenn mal der Belag erneuert werden muss, schimpft jeder über den Stau. Alle wollen eine ökologische Abwasserbeseitigung - aber wenn die Kanalgebühren erhöht werden, ist die Stadt der Abzocker.

Wer lobt Europa dafür, dass man heute nach Österreich, Italien oder Frankreich ohne Einreiseformalitäten fahren kann? Mein Vorschlag wäre, im europäischen Jubiläumsjahr ab und zu im Radio die Staumeldungen der Reisesaison 1980 zu wiederholen: Zwei Stunden Wartezeit am Grenzübergang Kiefersfelden, drei Stunden am Brenner waren keine Seltenheit. Sehnen wir uns wirklich nach den Zeiten zurück, als wir zu Hause verschiedene Geldbeutel mit Schilling, Lira, Peseten, Franc oder Drachmen hatten, je nachdem, wohin uns der Sommerurlaub führte? Wissen wir eigentlich noch, dass es Zeiten gab, da Deutsche und Franzosen einander waffen-



starrend gegenüber standen? Eine große deutsche Tageszeitung wirbt für ihr Onlineangebot mit zwei nebeneinander stehenden Fotos: Kohl und Mitterand, unser früherer Kanzler und der ehemalige französische Präsident in Verdun vor einem Sarg - erst getrennt, dann geben sie sich die Hand. Das waren zwei Männer einer Generation, die in der Gesellschaft, Schule und Politik gesicherten

Erkenntnis aufwuchsen, dass jenseits des Rheins jeweils der Erbfeind lauerte. Über den Bildern steht sinngemäß, dass ein Augenblick die Welt verändern könne. In Wahrheit mussten Millionen sterben, wurden hunderrtausende zu Krüppeln geschossen, unzählige Träume zerstört, bis Europa zu dem Zustand fand, dass die Leute zu viele Amtssprachen in der Kommission, zu viel Papier aus Brüsseler Amtsstuben oder zu große Liebe zum Regelungsdetail bei der berühmten Bananenkrümmung als die größten Aufreger des europäischen Alltags sehen. Probleme der Luxusklasse.

Könnte es sein, dass in fünfzig Jahren einfach zu viel erreicht wurde? Hätte man sich länger Zeit lassen sollen, die Leute besser „mitnehmen“? Also, ich bin froh, dass heute die europäischen Staaten vom Atlantik bis zum Bug die gleichen Werte teilen, das gleiche Wirtschaftssystem haben und auf dem ganzen Kontinent die Freizügigkeit zum Greifen nahe ist. Ich sehne mich nicht nach der begrenzten, nationalen Dimension von Gestern. Aber wer so denkt, muss Farbe bekennen.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat keine Lust mehr auf das ewige Europa-Genörgel. Und ich bin diesmal auf seiner Seite: Wenn jetzt keine Fete zusammen geht, dann im Mai zum Europa-Tag. Denn er will beweisen, dass es nicht immer so ist, wie es die französische Publizistin Brigitte Sauzay auf dem heutigen Kalenderblatt ausdrückt: „Jedesmal, wenn ich die Deutschen über Europa reden höre, habe ich Lust zu weinen. Was gibt es Traurigeres als eine deutsche Rede über Europa? Es gibt darin nichts, was zum Träumen anregt.“

the
Sabriul



Landrat Karmasin präsentierte Arbeitshilfe:

„Prävention (S)ucht Schule“

Das Landratsamt Fürstenfeldbruck - Gesundheitsamt - hat eine umfangreiche Arbeitshilfe zur Suchtprävention an Schulen entwickelt. Diese Arbeitshilfe mit dem Titel „Prävention (S)ucht Schule“ übergab Landrat Thomas Karmasin im Landratsamt Fürstenfeldbruck ca. 30 anwesenden Lehrkräften und Schulleitungen und betonte, dass ihm die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer bei der Bewältigung ihrer zahlreichen Aufgaben ein wichtiges Anliegen ist. „Prävention (S)ucht Schule“ bietet auf 140 Seiten Informationen über Sucht, Drogen und Prävention, einen umfangreichen Teil zur praktischen Umsetzung mit Übungen etc., Internetadressen zum Weiterlesen, Materialverzeichnisse, Bestell- und Ausleihmöglichkeiten und Vorschläge zum Umgang mit Suchtmittelkonsum in der Schule. Nach der Übergabe der Arbeitshilfe führte Dr. Summer, Leiter der Abteilung Gesundheit im Landratsamt Fürstenfeldbruck, mit dem Vortrag „Suchtmittelkonsum im Jugendalter aus gesundheitlicher Sicht“ in das Thema ein. Die inhaltliche Einführung in die Arbeitshilfe übernahmen die Sozialpädagoginnen des Gesundheitsamtes Frau Kriegner und Frau Simon-Kraus. □

Mehr Außenwirkung für Naturpark Augsburg

Mittelschwabens größtes Freizeitgebiet, der Naturpark Augsburg - Westliche Wälder, stellt ein großes Gut für die Region dar. Bei der Sitzung des Naturparkvereins waren sich der Vereinsvorsitzende, Landrat Dr. Karl Voegel, und alle Vorstandsmitglieder in dem Ziel einig, den Bekanntheitsgrad des Naturparks und seiner einzigartigen Kulturlandschaft regional und überregional zu steigern. Der Vorstand beschloss zahlreiche Projekte, um das Freizeitangebot, aber auch das Angebot an kulturgeschichtlichen Highlights zu erhöhen. Neue Prospekte und Bücher sollen für die nötige öffentliche Aufmerksamkeit sorgen.

Es waren gute Nachrichten, die der Geschäftsführer des Naturparkvereins, Werner Platteder, dem Vorstand berichten konnte. Fast 11.000 Personen nahmen an den Naturführungen des Naturparkvereins und des Walderlebniszentrums „Naturpark-Haus“ im letzten Jahr teil. Auch das Internet spielt eine immer wichtigere Rolle bei der Vermittlung des Naturparks nach außen: Fast 40.000 Interessierte besuchten 2006 die Internetseiten des Naturparks (www.naturpark-augsburg.de). Die Zunahme der touristischen Nachfrage und der Verkäufe belegen ebenfalls, dass Schwabens bislang einziger Naturpark beliebt ist und geschätzt wird.

Es gibt aber noch viel zu tun. Der Vorstand beschloss einstimmig, einen studentischen Ideenwettbewerb zu vergeben, um entlang des Kulturwegs VIA JULIA kulturgeschichtliche Stationen zu schaffen. Bei Deuringen soll ein Natur- und Kulturpfad entstehen und auf dem Staufenberg bei Bonstetten wird ein geologischer Lehrpfad verdeutlichen, warum gerade hier die Theorie von den Eiszeiten belegt werden konnte. Für Voegel kommt überdies der Werbung für den Naturpark

große Bedeutung zu. „Wir können stolz sein auf unseren Naturpark, ein besonderes Kleinod am Rande eines der erfolgreichsten Ballungsräume Deutschlands. Aber wir müssen unseren Schatz auch bekannt machen“, betonte der Naturparkvorsitzende. Die Vorstandschaft beschloss deshalb, Broschüren zum Angebot im Bereich „Nordic Walking“, zu den geführten Wanderungen und zum Naturpark-Haus zu erstellen. Außerdem ist ein neuer Wander- und Freizeitführer in Planung und das Internetangebot soll grundlegend modernisiert werden. Auf besonderen Wunsch von Bezirkspräsident Jürgen Reichert soll noch heuer das Gesamtangebot in Oberschönenfeld mit einer ansprechenden Broschüre dargestellt werden.

Das Naturpark-Haus ist nun als Walderlebniszentrum der Staatsforstverwaltung und als Umweltbildungseinrichtung der „Dachmarke Umweltbildung“ des Bayerischen Umweltministeriums anerkannt. Dies besiegelten Reichert, Voegel und der Leitende Forstdirektor Reinhold Hoyer mit ihrer Unterschrift unter die neue Vereinbarung zum Naturpark-Informationszentrum in Oberschönenfeld. □



12 Orte der Metropolregion Nürnberg wurden von der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ ausgezeichnet. Unsere Aufnahme entstand bei der Pressekonferenz. Im Gruppenbild präsentierten sich die Preisträger gemeinsam mit OB Maly, Vertretern der Deutschen Bank, dem Geschäftsführer der FC Deutschland GmbH sowie Gabriele Engel (Geschäftsführung Marketingverein), die die einzelnen Preisträger mit ihren Projekten in einer Präsentation vorstellte.

Zwölf ausgezeichnete Ideen

Marketingverein und Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg stellen die Orte vor, die von der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ prämiert wurden

Deutschland ist einfallreich und kreativ - das möchte die Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ vermitteln. Zum Beweis präsentiert sie in diesem Jahr jeden Tag eine gute Idee aus allen Gegenden Deutschlands. Zwölf davon stammen aus der Metropolregion Nürnberg. Der Marketingverein und die Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg stellen nun gemeinsam mit der Initiative „Land der Ideen“ die ausgezeichneten Orte im Land der Ideen aus der Metropolregion Nürnberg vor.

„Südstadtkids“, die durchs Museum führen, Helme, die beim Unfall zum Schutzengel werden und ein Fest anlässlich der Einbürgerung in Deutschland - sie alle haben eins gemeinsam: Sie sind gute Ideen und als solche von der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ zu einem Ort im Land der Ideen gekürt worden. Sie stehen damit für den Einfallsreichtum, die schöpferische Leidenschaft und das visionäre Denken Deutschlands schlechthin.

„Wir freuen uns sehr, dass die Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ zwölf Projekte, Organisationen und Unternehmen aus

der Metropolregion Nürnberg als ausgezeichnete Orte im Land der Ideen prämiert hat. Die Auswahl belegt die Innovationskraft und die visionäre Leidenschaft, die in der Metropolregion Nürnberg vorhanden sind“, so Dr. Ulrich Maly, Ratsvorsitzender der Metropolregion und Nürnberger Oberbürgermeister.

Beleg für besondere Stärke

Und auch die Geschäftsführerin des Marketingvereins der Metropolregion Nürnberg, Gabriele Engel, sieht die Auszeichnung der zwölf Orte als Beleg für die besondere Stärke der Metropolregion in Sachen Innovation: „Erfinderinnen und Erfinder, Querdenker, Künstler und sozialdenkende Organisatoren hatten in der Metropolregion schon immer eine Heimat. Die zwölf ausgezeichneten Ideen stehen für all die guten Ideen, die täglich in der

Metropolregion entstehen und umgesetzt werden.“

Enorme Vielfalt

Die Bandbreite der ausgewählten Orte ist groß: Sie reicht von sozialen Projekten zu Integration und Völkerverständigung wie die Einbürgerungsfeier des Europäischen Forums für Migrationsstudien in Bamberg oder die Mini-Europameisterschaft der Deutsch-Tschechischen Fußballschule in Rehau über kulturelle Vermittler wie die Villa Concordia in Bamberg oder die Laufer Literaturtage bis hin zu standorttreuen und innovativen Unternehmen wie Playmobil, die immer noch im mittelfränkischen Diethenhofen produzieren, oder Uvex aus Fürth, die mit Schutzausrüstungen und Helmen bisweilen die Funktion von Schutzengeln übernehmen.

Prämiert wurde aber beispielsweise auch das Wissensportal „regiolog.com“ der Erlangen AG oder die Nürnberger Erfindermesse IENA, die sich mittlerweile als wichtiges Forum und Kontaktbörse für Tüft-

Veranstaltungen zum Weltfrauentag im Landkreis Schweinfurt:

Ermutigung zum Mitmischen

Feuerwehrfrau oder Initiatorin, Politikerin, Unternehmerin oder Vereinsvorsitzende: „Frauen mischen mit“ - unter diesem Motto stand die Veranstaltung am vergangenen Weltfrauentag, zum dem die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Schweinfurt, Ute Suckfüll, gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Gerolzhofen, Eva Maria Ott, Volkshochschule (Georgine Bachmann) und Stadtbibliothek Gerolzhofen (Brigitte Vogt) eingeladen hatten.

Durch die gut besuchte und unterhaltsame Podiumsdiskussion in der Gerolzhofener Stadtbibliothek führte Dr. Anita Conze. Die Leiterin der VHS-Außenstellen Schweinfurt engagiert sich seit rund 25 Jahren für die Gleichberechtigung der Frauen. An ihrer Seite berichteten von Stolpersteinen und Erfolgen Heike Frank (FrauenKraftWerk Schweinfurt), Silvia Stock (stellvertretende Kommandantin der Freiwilligen Feuerwehr Hirschfeld), Dorothea Geißler (Vorsitzende Eine-Welt-Gerolzhofen e.V.), Veronika Klose (Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Wasserlosen) und Gerolzhofens neue Bürgermeisterin Irmgard Krammer. Alles Frauen, die in verantwortlichen Positionen das öffentliche Leben mitge-

stalten und prägen. Sie erzählten von ihren Erfahrungen, Motiven, Erreichten und weiteren Zielen.

Dr. Conze verdeutlichte anhand von Zahlen, dass in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens noch ein Defizit an Frauen in verantwortlichen Positionen herrsche. Und so machte die Diskussionsrunde anderen Frauen Mut, im Beruf, im Elternberuf, in Vereinen, Verbänden oder in politischen Gremien verantwortliche Positionen zu übernehmen. Für die Unterhaltung sorgten Liedermacherin Stefanie Schwab und Veronika Klose mit „n Gschichtla zum Wähl'n. Frauen mischen mit“.

Prima Klima im Allgäu

Die Anzeichen für eine Verbesserung des wirtschaftlichen Klimas im Allgäu nehmen zu. So berichtet die Messeleitung der Allgäuer Festwoche (vom 11. bis 19. August 2007 in Kempten), dass sich „deutlich mehr Firmen aus der Region zum ersten Mal auf der Festwoche präsentieren wollen als in den vergangenen Jahren und viele Stammassteller möchten größere Flächen belegen“.

Die Allgäuer Festwoche ist die bedeutendste Verbrauchermesse in Schwaben. Im vergangenen Jahr kamen 103.000 Besucher. In den 20 Hallen und auf dem Freigelände können jeweils rund 400 Aussteller ihre Angebote aus Industrie, Handel und Dienstleistung präsentieren. Insgesamt haben sich 550 Firmen angemeldet.

Vorschau auf GZ 7

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 7, die am 5. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Abfallwirtschaft - Recycling
- Kommunalfahrzeuge - Städtereinigung

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken - Ankauf
Kostenlose Schätzung und Beratung - Ständiger Ankauf zu Höchstpreisen
Einkauf jederzeit - Wir beraten Sie gerne auch zu Hause
Briefmarkenaktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Außen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

Funeralia GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
• Grabmalpflege, Grabmalbau
• Bestattungsdienste, Bestattungshilfe
• Bestattungsinformation, Bestattungsbüro
• Bestattungsinformation, Bestattungsbüro

Kindergarteneinrichtungen

élbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 11 · D-92785 Röttingen
Tel: 091381 89-0 · Fax 091381 89-99
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielers!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 11 · D-92785 Röttingen
Tel: 091381 89-0 · Fax 091381 89-99
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielers!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
Ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de